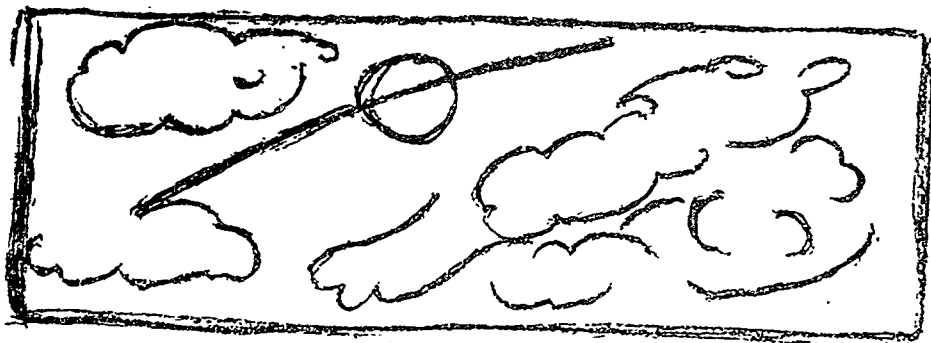




24. Juni 1922

MAX COHEN · DAS GEBOT DER ZEIT

WIEDER einmal befinden wir uns in einer Periode politischer Hochspannung, die sich sowohl in der Innenpolitik wie auch bei der Behandlung der außenpolitischen Fragen zeigt. Der negative Erfolg der Konferenz von Genua, von der man sich merkwürdigerweise etwas versprochen hatte, bewirkte eine starke Ernüchterung. Und nun sind auch die Hoffnungen, die man auf das Zustandekommen einer ausländischen Anleihe gesetzt hatte, wenigstens vorläufig, zerfallen. In weiten deutschen Kreisen befürchtet man jetzt ein stärkeres Abwutschen der schon so tief gesunkenen deutschen Valuta: einen Prozeß, der natürlich durch die von vielen Seiten unternommenen Devisenbeschaffungen für Rohstoffeinkäufe beschleunigt wird. Es ist die Frage, ob die Bemühungen der Reichsbank einen noch tiefern Sturz der Mark zu verhüten von Erfolg sein werden: die Tendenz der BaisseEinstellung und die Auffassung, als ob die Entwertung des deutschen Geldes ein von uns nicht aufzuhaltendes Schicksal wäre, sitzt bei einem großen Teil des deutschen Volkes derart fest, daß man sich allgemach nur noch von einer Hilfe von außen eine Besserung verspricht. Man vergißt vollständig, daß ein Volk auch in der schwersten Zeit sein Schicksal selber gestalten muß. Aber nur wenn wir uns das vollkommen klar machen und durch unsere Leistung zeigen, daß wir uns selbst zu helfen gedenken, werden wir jene Unterstützung von außen erhalten, auf die man wartet, und deren wir in der Tat bedürfen, wenn unsere Arbeit vollen Erfolg haben soll. Am Anfang aber muß unsere eigene produktive Leistung stehen, in der wir nicht etwa nachlassen dürfen, wenn sich die Hoffnungen auf äußere Hilfe vermindern. Unsere produktive Arbeit muß umgekehrt um so größer werden, je geringer die Aussicht auf ausländische Unterstützung ist, die wir, wenn überhaupt, so nur dadurch erringen werden. Vor allen Dingen aber müssen wir uns bemühen die außenpolitischen Zusammenhänge endlich einmal richtig zu sehen, damit unsere Handlungen klar, und Wirkungen überhaupt möglich werden.

Ist es nicht wirklich gänzlich unüberlegt, ja nahezu lächerlich, daß man in Deutschland immer und immer wieder den von England vorgepredigten Text wiederholt, eine vernünftige Regelung der Reparationsfragen könne nur mit einem Nachlassen der Forderungen Frankreichs beginnen? Man denke einmal ruhig darüber nach, was das eigentlich heißt. Nach Statesman's Year-Book von 1921 hat Frankreich eine Auslandsschuld von rund 74,4 Milliarden Francs, für die es 4,3 Milliarden Francs an Zinsen jährlich aufzu-

bringen hätte. Rechnet man dazu die innere Staatsschuld Frankreichs von 202 Milliarden Francs, so kommt man auf eine jährliche Zinssumme von 9 Milliarden Francs für die innere Schuld. Der Anteil Frankreichs aber betrüge, wenn Deutschland auf Grund des Londoner Ultimatums und nach dem Stand seiner gegenwärtigen Ausfuhr, die Reparationen voll zu zahlen in der Lage wäre, etwa 2,2 bis 2,3 Milliarden Goldfrancs. Das heißt also: Frankreich wird seinen ausländischen Gläubigern wesentlich mehr Zinsen jährlich zu zahlen haben als es von Deutschland *im günstigsten Fall* an Reparationszahlungen erhalten kann. Man braucht diese Tatsache nur festzustellen, und es wird allen, die in Deutschland noch objektiv zu denken vermögen, sofort klar sein, daß eine vernünftige Neuordnung der Reparationsfrage, die der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt ist, nicht mit einem Nachlaß durch *Frankreich* beginnen kann. Von Frankreich einen Verzicht zu unseren Gunsten verlangen, damit es selber um so schwerer belastet da steht: das scheint mir keine Politik zu sein, die Aussicht auf Erfolg hat. Welches Volk, das sich selber in Bedrängnis befindet, nähme denn größere Lasten auf sich, ohne auf der andern Seite auch eine Erleichterung zu bekommen? Man vergesse niemals, daß Frankreich sich nicht in der Lage seines englischen Alliierten befindet, der seinen Anteil vorweggenommen hat und nun von anderen Großmut verlangt. Noch starren die Ruinen des zerstörten Nordfrankreichs, das zum größten Teil erst des Wiederaufbaus harrt, für den vorläufig Frankreich selbst die Kosten trägt. Man leistet dem deutschen Volk wahrlich einen schlechten Dienst, wenn man es sich immer tiefer in den Glauben von der angeblichen Unnachgiebigkeit Frankreichs verstricken läßt, statt ihm klar und ruhig die Welt der Wirklichkeiten zu zeigen. Eine vernünftige Neuregelung der Reparationsschuld kann nur, wie hier mehrfach dargelegt wurde, gelingen, wenn vor allen Dingen England und mit ihm natürlich auch die Vereinigten Staaten damit beginnen wollten den Franzosen einen Teil ihrer Schuld zu streichen. Dann, aber auch nur dann, wird es ein leichtes sein Frankreich zu der gleichen Haltung gegen Deutschland zu bewegen. Aber es geht in der Tat gegen alle ökonomische Vernunft von dem ärmern Gläubiger Frankreich ein Entgegenkommen zu verlangen, das die reichen: England und Amerika, bis zur Stunde noch nicht gezeigt haben. Wenn schon England ein Interesse daran hat das Pferd am Schwanz aufzuzäumen, so liegt wirklich kein stichhaltiger Grund vor, daß wir diesen unmöglichen Versuch unterstützen und dem deutschen Volk die wahre Sachlage verdunkeln, weil wir uns in der Rolle des Trabanten Englands bereits so sehr eingelebt haben, daß wir, wenn auch vielleicht zum Teil unbewußt, politisch kaum noch eine andere Sprache reden als die eines englischen Echos. Und doch wird uns nichts anderes übrig bleiben als allmählich zu begreifen, daß der Schlüssel zur Reparationspolitik (die unserer politischen Leitung das Zentralproblem scheint) nicht in London sondern in Paris liegt. Alle auf Lloyd George gesetzten Hoffnungen haben getrogen, und man hätte schon längst, wenn man sich ein ganz klein wenig Mut und klares Denken bewahrt hätte, höflich zwar, aber mit aller Deutlichkeit den Engländern sagen müssen, daß es leicht sei anderen Mächten Wirtschaftsvernunft und Reparationsnachlaß zu empfehlen, daß es aber praktischer sei selbst diese Dinge einmal zu üben. Wie weit könnten wir sein, wenn England, das, trotz Handelsstörung und großer Arbeitslosenzahl, in seinem Dauernden nur wenig durch den Krieg geschädigte Land, die Opfer für den Wiederaufbau Europas selber

brächte, die es dem am schwersten geschädigten Staat: Frankreich, täglich zumutet. Möge uns England doch für die deutschen Kolonien, Schiffe usw., die es zunächst an sich genommen, und mit denen es sich schon vorweg entschädigt hat, den vollen Gegenwert zahlen und sich dann für seine eigenen Reparationsansprüche mit Ratenzahlungen begnügen, wie dies Frankreich tun muß! Dann wäre uns geholfen, und wir könnten gleichmäßig die Wiedergutmachung leisten, die dann auch gleichmäßig von den Gläubigern herabgesetzt werden könnte. *Charity begins at home.*¹ Erst wenn England durch die Tat bewiesen hätte, daß es der europäischen Sache Opfer zu bringen bereit ist, bekämen seine Ermahnungen an Frankreich einen Sinn.

Daß Großbritannien einstweilen dazu nicht bereit ist, hat es, wie Ludwig Quessel hier schon dargelegt hat², auch in Genua bewiesen. Nicht um einen Aufbau Rußlands hat es sich dort für England gehandelt sondern um die Erhaltung Rußlands als eines ähnlich wie Kolonien auszubedeutenden Objekts. Das wurde bei der Petroleumfrage derart augenfällig, daß man es kaum zu begreifen vermag, wie die deutschen Vertreter nicht dahinter kamen sondern durch den Abschluß des Rapallovertrags den Engländern wie den Bolschewisten einen Trumpf in die Hände spielten, der die politische Situation für die Franzosen verschlechtern sollte. Irgendeine Notwendigkeit für diesen Akt lag, wie die Entwicklung der Dinge nachher gezeigt hat, nicht vor. Es ist zwischen der Entente und Rußland tatsächlich zu keinem Abkommen gekommen; der Glaube also, man müsse einem zwischen den anderen und den Bolschewisten bevorstehenden Vertragsabschluß zuvorkommen, ist ein Irrglaube gewesen. Das brauchte man aber nicht erst nachher zu sehen, der Irrtum konnte auch vorher klar erkannt werden. Denn so viel Schlaueit mußte man den Bolschewisten gewiß zutrauen, daß sie den fetten Vertrag mit der Entente, wenn sie ihn hätten bekommen können, dem mageren mit den Deutschen vorgezogen hätten. Wir sollten also den Bolschewisten Handlangerdienste leisten. Lohnte es das uns bei den Franzosen in den begreiflichen Verdacht bringen zu lassen, wir hätten uns von England für eine direkt gegen berechnigte französische Interessen gerichtete Politik einfangen lassen?

Inzwischen hat schon gar mancher in Deutschland eingesehen, daß das Übereinkommen mit den Bolschewisten nichts weniger war als der von seinen Lobpreisern so hoffnungsvoll verkündete Beginn einer neuen aktiven Außenpolitik Deutschlands, und auch, daß es wieder einmal nichts gewesen ist mit der in allen Zeitungen gemeldeten Isolierung Frankreichs, die jedesmal, wenn von ihr die Rede wird, bei vielen Deutschen eine unbeschreibliche, aber recht merkwürdige Freude erregt. Ganz einmal davon abgesehen, daß diese Nachrichten bisher stets falsch gewesen sind, muß doch einmal ganz ernsthaft die Frage aufgeworfen werden: Welchen Nutzen erträumen sich denn jene seltsamen Politiker für uns von einer Isolierung Frankreichs? Weder in der Gegenwart noch in der Zukunft könnte uns doch daraus ein Plus erwachsen. Im Gegenteil, der Druck auf uns würde, wäre diese Isolierung einmal wirklich Tatsache geworden, nur noch stärker werden. Frankreich hat die Macht auf dem Kontinent und kann, wenn es das will, sie auch gegen uns anwenden. Es wäre auch direkt gezwungen dies zu tun, da es, wenn es nicht mehr auf

1) In *Muret-Sanders'* Enzyklopädischem Wörterbuch /London 1908/ wird dieses englische Sprichwort allerdings beziehungsweise mit »Jeder ist sich selbst der Nächste« übersetzt. Sollte es wirklich so zu verstehen sein?

2) Siehe *Quessel* Ein Rückblick auf Genua, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 496 ff.

Rückhalt bei seinen Verbündeten in der Zukunft rechnen kann, nunmehr in der Gegenwart alles tun muß, um sich überhaupt zu sichern. Eine einigermaßen verständige deutsche Politik wird freilich Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland verhindern können; nur sollen wir uns nicht einbilden, daß wir im entscheidenden Augenblick auf englische Hilfe rechnen könnten. Es wäre daher viel besser, wenn die deutschen liberalen Zeitungskorrespondenten und Zeitungspolitiker endlich einmal mit dem Gerede über die Isolierung Frankreichs aufhören wollten; es kann uns nichts nützen, wohl aber schaden.

Jetzt scheint es ja so, als ob man sich bei uns in der Frage der provisorischen oder der sogenannten definitiven (von England herrührenden) Neuregelung der Reparationsfrage auf den französischen Standpunkt stellen wollte: für mehrere Jahre sich mit einer provisorischen Lösung zu begnügen. In den Sozialistischen Monatsheften ist die provisorische Regelung befürwortet worden: zu einer Zeit, als sie von weit größerer Bedeutung war als sie jetzt werden kann; nämlich vor der Bekanntgabe des Londoner Ultimatums, als von seiten Frankreichs eine vorläufige Festlegung für 4 oder 5 Jahre ohne Festsetzung der Gesamtsumme vorgeschlagen wurde, ein Plan, der, nach seinem Haupturheber, der Plan Seydoux genannt wurde. Ob nun aber eine Neuregelung auf diese oder jene Weise erfolgt und wir den im Augenblick noch nicht erlangbaren ausländischen Kredit doch noch später erhalten, so muß eindringlichst vor der Auffassung gewarnt werden, als ob der Kredit allein schon die Rettung bedeute. Auch durch eine Anleihe kann der Wert der deutschen Mark, wenn er sich auch beträchtlich erholen mag, nicht etwa stabilisiert werden. Die dauernde Stabilisierung hängt ausschließlich von der Produktionsleistung und der vernünftigen Führung unserer Wirtschaft ab. Der Nutzen einer ausländischen Anleihe kann, wenn sie uns ein Ansporn wird richtig ans Werk zu gehen und die Produktivität unserer gesamten Volkswirtschaft zu steigern, nicht bestritten werden. Aber auch nur dann, »Ohne eine starke Steigerung der Produktion würde«, wie hier der badische Arbeitsminister Wilhelm Engler mit Recht betont hat, »eine Auslandsanleihe sogar eine Gefahr für uns bilden.«³ Denn einmal werden die Anleihezinsen sehr viel höher als der Satz sein, mit dem wir unsere Reparationsschulden zu verzinsen haben, und außerdem wird kein ausländischer Gläubiger uns Geld ohne sichere Zinsgarantie leihen. Die beste Zinsgarantie ist aber unsere produktive Mehrleistung, die uns am festesten mit dem Gläubiger verbinden wird. Man soll nur nicht annehmen, daß ein Gläubiger, der einem Schuldner Geld geliehen hat, immer weiter leiht, um nichts zu verlieren und das Geliehene wieder herauszuholen. Bei entsprechenden Erzeugungsleistungen wird das sicher geschehen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß hier das Gebiet ist, auf dem das deutsche Volk, das in seiner Geschichte genügend bewiesen hat, wie sehr es zu arbeiten, zu schaffen versteht, sich bewähren kann und wird. Nur sollten wir uns davor hüten, den Eindruck zu erwecken, als ob wir die Steigerung unserer Gütererzeugung von der Verminderung unserer Reparationsleistungen abhängig machen, und besonders sollten die Arbeiter oder ihre Vertreter die Dinge nicht in diesen Zusammenhang bringen. Die Herabsetzung der Reparationsleistung kann nicht durch Verweigerung der Mehrleistung bewirkt werden sondern nur durch sachliche Klarlegung unserer gesamten Verhältnisse, sofern wir nur die Gegenseite davon über-

3) Siehe Engler *Währung und Leistung*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, Seite 485.

zeugen, daß wir nach wie vor gewillt sind unser Möglichstes zu tun. Es wäre auch ein Trugschluß, wollte man annehmen, daß man bei geringen Gesamtleistungen den andern mehr schädige als sich selbst. Das ist nicht der Fall. Denn wir geben in *jedem* Fall nur einen *Bruchteil* unserer Gesamtproduktion für Reparationszwecke her, *der größte Teil bleibt für uns selber*. Je größer daher das vom deutschen Volk hergestellte *Gesamtprodukt* ist, desto größer ist die Menge, die zu seiner *eigenen* Verfügung steht.

Der Versailler Vertrag ist gewiß schlimm, und er drückt schwer auf uns. Es ist aber eine Übertreibung in ihm die Quelle aller Übel zu sehen. Diese ist und bleibt darin zu suchen, daß die Gütererzeugung, deren Vergrößerung für die innere Wiedergutmachung noch notwendiger ist als für die äußere, vorläufig noch immer viel zu gering ist. Es wird mit der Leistung sicherlich besser werden, wie auch der Aufschwung seit 1918 unverkennbar ist. Gefährlich für eine aufsteigende Entwicklung der Produktion ist es aber, wenn man dem deutschen Arbeiter einzureden sucht, daß seine Mehrleistung in der Hauptsache nicht dem deutschen Volk selber zugute käme sondern nur eine Vermehrung dessen bedeute, »was wir in den unergründlichen Schlund der Kontribution werfen«. Vor einer solchen, die Sachlage nach jeder Richtung (ökonomisch, politisch wie moralisch) entstellenden Darstellung sollte man sich hüten, und die bis zur Grenze des Möglichen erfüllungsbereiten deutschen Arbeiter müssen ihr entgegentreten, wo immer sie (auch wenn durch Irrtum in den eigenen Reihen) auftauchen möge. Es gibt nur eine Rettung für das deutsche Volk: starke Steigerung seiner Erzeugung. Dann wird sich alles das leicht von selbst ergeben, was sich durch formale und künstliche Mittel in keinem Fall erreichen läßt. Je schneller und entschiedener wir diesen Weg beschreiten, um so heller werden die Aussichten der Zukunft sein. Nie war das deutsche Volk mehr als in unserer Zeit darauf angewiesen sich durch eigene Kraft ein neues Schicksal zu gestalten.

MAX SCHIPPEL · BERGARBEITERKÄMPFE IN AMERIKA

DER amerikanische Kohlengraberstreik scheint abermals in *Westvirginien* zu den erbittertsten Kämpfen zu führen. Scharen von Bergarbeitern wurden hier, nicht zum erstenmal, aus den Werkswohnungen, teils durch Gewalt teils durch gerichtlichen Entscheid, ausgetrieben; Zeltstädte und große Lager im Freien entstanden wie schon früher. Staatsmiliz und Bundestruppen ergänzen die örtliche und bezirkliche Polizei und vermehren in gewohnter Weise schon durch ihre bloße Anwesenheit den Zündstoff, der seit den Mayor-Haywood-Tagen der Western Federation of Miners nirgends gefährlicher aufgehäuft war. Was zahlreiche deutsche Leser aus Upton Sinclairs Kohlenkönig über abgefeimteste, unerträglichste Spitzelwirtschaft und roheste Polizeibrutalität, über Arbeiterrechtlosigkeit und Gewerkschaftsunterdrückung erstmals erfahren und vielleicht als krasse Tendenzschilderungen ziemlich ungläubig hinnahmen, gewinnt hier greifbare Wirklichkeit: nur, dem älteröstlichen Schauplatz entsprechend, mit verändertem Lokalkolorit.¹

1) Eine sehr gute Darlegung der westvirginischen Verhältnisse bietet *Lane Civil War in West Virginia* (New York 1921/; Commons hat dazu eine Vorrede, vor allem über den Mißbrauch der injunctions, geschrieben.

Westvirginien, das ehemals in dem Grenzgebiet zwischen südstaatlicher Sklavengroßlandwirtschaft und nordstaatlichem Farmbetrieb ziemlich still dahinglebte, ist für die Kohलगewinnung ein verhältnismäßig junger Landstrich. Sein Osten und Südwesten ist von tiefen Tälern und steilen Hügelketten durchfurcht, von deren Seitenhängen man meist ohne kostspielige Schachtanlagen geradeswegs zu den überaus wertvollen und ergiebigen, wenig mit fremdem Gestein durchsetzten Brennstofflagern vordringen kann. Unter so günstigen Umständen ist daher in 2 bis 3 Jahrzehnten die Zahl der beschäftigten Arbeiter bereits bis auf 100 000 angewachsen, und die alten Kohlenproduktionszentren der Vereinigten Staaten würden die neuerwachte Konkurrenz noch viel drückender als lästig und gefährlich empfinden, wenn sie (wie nördlich und östlich die Kohlenreviere Pennsylvaniens und nördlich und westlich die entsprechenden Teile Ohios, Indianas und Illinois') nicht den großen Absatzmärkten von Neuengland und New York-Staat, den Großen Seen bedeutend näher gerückt wären.

WAS die soziale Schichtung, die Klassenbeziehungen anlangt, so herrscht in dem jüngern Kohlenneuland vorwiegend der unumschränkte Kapitalsabsolutismus; hier und da mit einigen patriarchalisch versöhnlichen Zügen ausgestattet, überwiegend jedoch mit der ganzen Rücksichtslosigkeit und Raffgier des parvenuhaften Eindringlings auftretend, der noch dazu rasch die bekannten Selbsthilfepflogenheiten des vorstaatlichen amerikanischen "Grenzer-" und "Pionier"lebens sich anzueignen weiß.

Die Arbeitskräfte schöpfte er aus den Familien der seit jeher etwas verwilderten verarmten Weißen der Berggelände oder aus den untersten Tiefen des großen europäisch-amerikanischen Einwanderungsstroms, also immer aus vollkommen organisationslosen und organisationsunreifen Massen. Aber auch die sonstigen Nebenumstände verschafften dem Großkapital, das sich der hervorragend günstigen Anlagesphäre mit verdoppeltem Eifer zuwandte, eine abnorme Überlegenheit, selbst wenn es sich nicht zu einem guten Teil um Filialgründungen und Tochtergesellschaften des allgewaltigen, in der Mobilisierung und Ausnutzung großer und spröder Menschenmassen erfahrenen Stahltrusts und der einflußreichen Norfolk und Western-Eisenbahngesellschaft handelte. Jedes neue Bergwerksunternehmen in Westvirginien war von Anbeginn an gezwungen zunächst in weitem Umkreis auf allen verfügbaren Boden seine Hand zu legen, gleichviel ob durch endgültigen Eigentums-erwerb oder durch langfristige Pacht. Nicht nur die eigentlichen Produktionsanlagen mit ihrem Zubehör für Kokerei und Aufbereitung, für Lagerung, Ladung und Transport erforderten beträchtlichen Raum. Beim Fehlen jeder engermaschigen Siedelung und aller benachbarten größeren Ortschaften mußte man die Wohnungsbereitstellung selber übernehmen, für Läden, Schulen und Kirchen, für Krankenhaus und Arzt, für Kinos, Sport- und Spielplätze, Hallen und sonstige Unterhaltungs- und Zerstreuungselegenheiten selber sorgen. Andernfalls waren eben keine Arbeitskräfte heranzuziehen und festzuhalten. Das Kapital, das den Arbeitsprozeß beherrscht, vermittelt und leitet deshalb weiter so gut wie alle Funktionen des sozialen Zusammenlebens, weit über den Bereich des Produktionsbetriebs hinaus, mit dem sonst die Einflußnahme des Arbeitgebers auf die Gestaltung des Arbeiterdaseins im allgemeinen endet.

An sich könnte diese autokratische "Planwirtschaft", weil sie sich einheitlich den Bedürfnissen einer größern Menschenmasse anzupassen sucht, manchen Erfolg verheißen. Ein einheitlicher umfassender Häuserbau, eine einheitliche Zuführung von Lebens- und Genußmitteln, von elektrischem Licht (viele dieser Siedelungen sahen von vornherein elektrische Beleuchtung für alle Haushalte vor), die planmäßige, andernfalls überhaupt unerreichbare Sicherung von Arzt, Krankenpflege und Mütterfürsorge kann zweifellos wesentlich billiger und zuverlässiger sein als die zersplitterte, dem Zufall überlassene Bedarfsdeckung. Doch rein kapitalistisch in Angriff genommen, nur bis zur Grenze des kapitalistischen Interesses entwickelt und womöglich gar noch kurzsichtig und schamlos rein als einträgliches Privatmonopol ausgebeutet, entartet dies alles nicht bloß zum trostlosesten kasernenartigen Daseinszwang sondern geradezu zu Treibherden der schlimmsten Konsumentenauwucherung, Abhängigkeit und Entwürdigung nach jeder Richtung. Was der Überlandreisende aus den verlorenen mining camps des fernen Westens und Südwestens kennt, wird hier zur Regel für eine ganze ausgedehnte Produktionsprovinz.

Viele, mitunter die meisten der bald in breiterm Talgrund eintönig reihenweise, bald an abschüssigen Hängen bunterstreut angesetzten Häuschen sind elende Holzbaracken: oft ohne jede Untermauerung einfach auf Holzpfeilern, wie auf Stelzfüße gestellt, so daß die Regenlachen sich unter ihnen sammeln, ohne jeden Anstrich oder alle in der gleichen unschönen Weise auf das dürrigste "übermalt", mit freiliegenden Abtritten auf dem schmalen, vor Abfällen und Gerümpel kaum gangbaren Hof, ohne undurchlässige Senkgruben, nicht selten ohne fließendes Wasser, so daß eine gemeinsam benutzbare Pumpe für je eine größere Zahl von Häusern ausreichen muß. Eine geordnete Müllabfuhr fehlt in vielen dieser wilden Siedelungen; die alleys und Zwischenplätze starren deshalb von Schmutz und Unrat, der Schwärmen von Fliegen und anderen Insekten zur Brutstätte wird. Mit Steinplatten oder doch mit Steinen und Holzknüppeln belegte besondere Fußgängerpfade hält man oft genug für überflüssig, sogar die Straßen entbehren zuweilen jedes festern Oberbaus, so daß zeitweilig der überall vordringende Schienenweg noch am gangbarsten scheint. Dabei erzeugt die ganze Anlage und Umgebung an sich schon Schmutz aller Art in unerträglichstem Maß. Das Erdreich ist ringsum aufgewühlt, und der Regen wäscht es in Massen nach dem Tallauf herab. Primitive Verkokungseinrichtungen, häufig weiter nichts als eine niedrige, 10 bis 12 Fuß hohe Ummauerung und Einbettung von freibrennenden und glimmenden Kohlenmassen, werfen schwarze, undurchdringliche und erstickende Wolken von Ruß und Rauch nach den zuweilen dicht darangelegenen Behausungen.

Die düstere Freudlosigkeit dieses Lebens wird jedoch weit von seiner empörenden Rechtlosigkeit und Unsicherheit übertroffen. Man ist, soweit sich nicht schon nach verschiedenen Seiten eine dichtere Siedelung herausgebildet hat, im Einkauf der alltäglichen Bedarfsartikel ohne Konkurrenz auf den einen Laden der Grubenkolonie angewiesen. Die Löhne in Anweisungen auf diese stores auszuzahlen ist auch in Westvirginien, wie in anderen Unionsstaaten, mit der Zeit für ungesetzlich und strafbar erklärt worden. Aber Lohnvorschüsse werden überall nach wie vor durch Abreißblocks oder Metallmarken gewährt, und am Lohntag, das heißt überwiegend alle 14 Tage,

vom Barlohn abgezogen. Sie fließen fast ausschließlich dem Laden zu, werden aber zuweilen ebensogut von den Billard- und Kegelwirtschaften, den Speisewaggons, den Kinos und anderen der Kompanie gehörenden Anstalten als Zahlung angenommen. Diese Kreditierung, an sich schon ein Mittel der Fesselung des Arbeiters an den Betrieb, verleitet zudem zu unvorsichtigen Mehrausgaben, so daß bei der 14tägigen Lohnabrechnung die freiverfügbare Schlußsumme des Arbeitseinkommens noch niedriger als sonst ausfällt. Ferner nutzt der Ladeninhaber, unmittelbar oder mittelbar immer wieder das Kohlenwerk, sein Monopol zu unbegründet hohen Preisen aus, und bei mühsam genug errungenen Lohnerhöhungen will man wiederholt die Beobachtung gemacht haben, daß der Warenaufschlag in den Läden sofort wieder einen ansehnlichen Teil des Er kämpften zurückerbeutete. Selbst der Hausierer, der in den Pioniergebieten Nordamerikas seit jeher keine geringe wirtschaftliche Rolle spielte, ist hier glatt außer Wirksamkeit gesetzt; einfach durch das lückenlose Wege- und Hausrecht der allgegenwärtigen Kompanie.

Da die Kompanie Wohnung, Arzt, Hospital, Licht, Wasser liefert, zieht sie dafür, neben dem Markenvorschußausgleich, gleichfalls ihre <festen> Beträge am Lohn tag ab. Dieses check-off-System hat sich also überaus vielgliedrig ausgestaltet, und wenn der Lohn bei schlechter Konjunktur oder bei anderer Betriebseinschränkung sinkt, werden diese fixierten Beträge, die vielfach an Stelle unserer Steuern und Kassenbeiträge erhoben werden, vollends unangenehm fühlbar.

Wo sich sonst die Einwohner zu kommunalen oder korporativen Schöpfungen zusammenschließen und in freier gemeinsamer Selbstverwaltung die Kindererziehung, die religiöse Erbauung, das Straßenwesen, die Gesundheitsfürsorge und Krankenpflege, die polizeiliche Aufsicht und Sicherung regeln, haben sie hier, in dem großindustriellen "Gutsbezirk", in dem alle ausschlaggebenden privaten und öffentlichen Rechte in der allseitigen Souveränität des einen Unternehmens vereinigt sind, alles, mag es werden und kommen wie es will, nur wie eine unerschütterliche, unantastbare Fügung des Himmels hinzunehmen.

TROTZDEM entspringen die Hauptkonflikte dem Produktionsgebiet. Selbst in Europa waren, bei aller Wachsamkeit der öffentlichen Meinung, der Gesetzgebung und Verwaltung, die Kohlengrubenreviere stets Sorgenkinder der Sozialpolitik. In unserm Fall aber handelt es sich um den Zusammenstoß von gegensätzlichsten Interessen in kulturfernen, zunächst noch wenig beachteten Landstrichen, bei denkbar schärfster geistiger und moralischer Scheidung der beiden sich gegenüberstehenden sozialen Kampfparteien. Vor allem das Eindringen und Festwurzeln jeder Arbeiterorganisation sucht das verwöhnte und mißtrauische Kapital mit allen Kräften und Mitteln zu verhindern, und nur die kulturelle Rückständigkeit und Weltentlegenheit dieses sozialen Kampfschauplatzes kann die furchtbaren Auswüchse der nunmehr 20- und 30jährigen Kampfesführung, auf beiden Seiten, erklären.

Die energischeren, selbstbewußteren Köpfe der westvirginischen Arbeitermassen waren zweifellos niemals leicht zu behandeln. Die Bergbewohner dieses Staates und des angrenzenden Kentucky waren wegen ihrer blutigen Familienfehden und ihrer gewalttätigen Leidenschaftsausbrüche bekannt. Romane und Dramen haben sich damit beschäftigt, und in den Zeitungen

kann man beispielsweise noch heute von den seltsamsten Selbsthilfekampagnen der Tabakfarmer Kentuckys lesen, wobei es nicht bloß zu lärmenden Einschüchterungsversuchen durch nächtliches Haberfeld- und Maskeradentreiben kam, sondern Flinten und Revolver sehr ernstlich mitsprechen. Ferner sind erfahrungsgemäß alle größeren mining camps, wie alle zusammengewirbelten, wenig bodenständigen und durch die Erfahrungen ihres Berufs abgehärteten und geschulten Arbeitermassen stets zu plötzlichen hemmungslosen Explosionen der Verzweiflung und des Unmuts geneigt. Dies alles mag die westvirginischen Kohlenmagnaten, mit dem als unionstodfeindlich berüchtigten Stahlfrust an der Spitze, gemahnt und gewöhnt haben jeden Organisations- und Streikversuch wie einen beginnenden, in den Folgen unabhsehbaren Bürgerkrieg, koste es was es wolle, im Keim zu ersticken.

Gesteigert wurde dieser ebenso zähe wie skrupellose Minierkrieg gegen das Einnisten der Gewerkschaften durch rein geschäftliche Befürchtungen. Die älteren Kohlenproduktionsgebiete der Vereinigten Staaten sind nunmehr längst stark oder überwiegend "unionisiert" und mit der Zeit in zunehmendem Maß Tarifverträgen unterstellt, deren Wirkungen sich selbst auf die nichtunionisierten Gruben jener Bezirke erstrecken. Je mehr die dort beteiligten Unternehmer das vorläufig Unabänderliche dieser Abmachungen und Zugeständnisse einsahen, desto nachdrücklicher bestanden sie mitunter selber darauf: die Gewerkschaften müßten folgerichtig den unlautern Wettbewerb Westvirginiens, des ohnehin nicht willkommenen jungen, mit mancherlei natürlichen Vorzügen ausgestatteten Konkurrenten, durch normalere Arbeitsbedingungen in bescheidenere und erträglichere Grenzen zurückdämmen. Obwohl dieser Gesichtspunkt bei den Gewerkschaftsvorstößen sicherlich nur ganz nebenher mitspielen kann, verschärfte er doch die Angst und den abwehrenden Despotismus des westvirginischen Grubenkapitals.

Die aufreizendste Betätigung dieser Auffassung ist vielleicht die Überwachung der Arbeiter auf Schritt und Tritt durch Detektive, die in den Gruben wie schlichte Arbeiter oder doch als Aufseher und Mittelspersonen mitätig sind, um auf die leiseste Andeutung jeder gewerkschaftlichen Verbindungsanknüpfung oder jeder spontanen solidarischen Selbstständigkeitsregung zu achten; durch jene dunklen Existenzen und zweifellosen Nichtgentlemen, die auf allen Zugangswegen zu den Grubensitzen herumlungern, um verdächtige Ankömmlinge sofort, ganz wie in Sinclairs Roman aus dem Felsengebirge, als Hausfriedensbrecher zu exmittieren: jedes Haus und jeder Weg und Steg ist ja Kompaniebesitz, innerhalb dessen der Eigner oder Pächter nach Gutdünken schalten und walten kann.

Die öffentliche Polizei untersteht formell allerdings zum Teil der umfassenden und deshalb nicht ganz so einseitig beherrschten County- (Grafschafts-, Kreis-)verwaltung. Aber selbst hier macht sich der mittelbare Einfluß der Grubenleitung übermächtig bemerkbar, und eine vom Staatsgouverneur Cornell durchgesetzte Enquete enthüllte neuerdings erst wieder die Tatsache, daß im Logankreis (neben dem Mingocounty der schwerste soziale Wetterwinkel Westvirginiens) die Assistenten des Sheriffs, die deputy sheriffs, einen Teil ihrer Besoldung aus der Grubenkasse bezogen: angeblich für besondere Nebendienste, wie Überwachung der Geldbeförderung an den Zahlungsterminen und ähnliches. Für diese eine Grafschaft zahlte der in Betracht kommende Arbeitgeberverband, nach den Angaben von dessen eigenem

Schatzmeister vor dem erwähnten Untersuchungsausschuß, nicht weniger als 2725 Dollars monatlich, also jährlich 32700 Dollars an den Sheriff, das heißt an die Countypolizei, zur Bestreitung dieser vorgeschützten Überwachungsausgaben. Was ist von einer derartigen bezahlten und bestochenen übergeordneten Polizeileitung im Ernstfall und selbst im alltäglichen Kleinkrieg für die Arbeiter zu erwarten? Den beliebtesten Vorwand für das beliebige Eingreifen dieser prügelnden und schießenden, verhaftenden und haussuchenden Rowdies bietet das, an sich gewiß erklärliche westvirginische Verbot des Waffentragens ohne ausdrückliche behördliche Erlaubnis. Jeder noch so willkürliche polizeiliche Übergriff wird von unten damit beschönigt und an entscheidender Stelle damit entschuldigt, daß hinreichender Verdacht vorliege, es seien unbefugt Waffen getragen oder im Haus versteckt worden.

Die Gerichte wirken ganz und gar mit dieser Art von teils voreingenommener teils durch und durch korrupter Verwaltung zusammen. Für sie liegt der Grund (oder soll man hier ebenfalls einfach sagen: der Vorwand?) zu ihrer Stellungnahme vor allem in den einzigartigen Arbeitsverträgen der westvirginischen Grubenbezirke. In diesen yellow dog-Verträgen verpflichtet sich der Arbeiter niemals den United Mine Workers of America, den Industrial Workers of the World oder irgendeiner andern gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, auch der Gewerkschaft nicht das Eindringen irgendwie zu erleichtern, und sogar nach dem Wechsel der Arbeitsstelle Arbeiter der Kompanie zum Anschluß an irgendwelche Union in keiner Weise zu bereden. Die Gerichte ihrerseits deduzieren daraus, daß jeder gewerkschaftliche Vorstoß von außen unter solchen Voraussetzungen Verleitung zum Kontraktbruch sei, und sie haben diesem Umsichgreifen der Rechtsverletzung dadurch vorzubeugen gesucht, daß sie für ganze Gebiete, wie Mercer und McDowell County, gegen jede Aufforderung zur Organisation und jede gewerkschaftliche Agitation, weil die Verleitung zum Vertragsbruch in sich bergend, injunctions (Verfügungen, Einhaltsbefehle) erließen. Jede gewerkschaftliche Betätigung, des einzelnen Arbeiters wie der Organisation selber, ist damit also im voraus für eine Rechtsverletzung und für strafbar erklärt. »Wir können für das verbürgte freie Recht auf Organisation nur noch dadurch wirken, daß wir uns ins Gefängnis werfen lassen«, faßte ein Gewerkschaftsführer diese uns ganz unfaßbare Sachlage zusammen.

Die Rechtlosigkeit hat auch hier die Unterdrückten zu um so gewalttätigerer Kampfesweise angestachelt. 1912 kam es während des Cabin Creek-Streiks zu blutigen Gefechten zwischen bewaffneten Detektiven und Bergleuten. Im September 1919 kam es zu dem berühmt gewordenen Massenmarsch von bewaffneten Grubenarbeitern nach dem Logankreis auf das Gerücht hin, man habe auf Weiber und Kinder geschossen. Im Mingokreis wechselte man im Juli 1920 Flinten und Revolverkugeln und zählte nicht weniger als 10 Tote, als die Geheimagenten Massenaustreibungen aus den Grubenhäusern infolge Streiks vorgenommen hatten.

Die Kämpfe, von denen wir heute hören, setzen nur die Vergangenheit fort, und sie werden nicht eher zur Ruhe kommen, als bis das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Verhandlungsvollmacht der Gewerkschaften auch in diesen entlegenen Zufluchtsstätten des Kapitalsabsolutismus zur Anerkennung gelangt sind.



WLADIMIR LEBEDEW · ZUM VERTRAG VON RAPALLO

DER Vertrag, der in Rapallo zwischen der deutschen und der russisch-bolschewistischen Regierung abgeschlossen worden ist, hat viel Lärm gemacht und die allgemeine Aufmerksamkeit erregt. In Moskau sprach man anfangs (jetzt haben sich die Gemüter etwas beruhigt) von diesem Vertrag wie seinerzeit von der Elektrifizierung, die alles erlösen sollte. Er fiel in die Zeit, da Trotzki der Armee befahl die Gewehre bereitzuhalten, die Zeit der Inspizierungen, militärischen Konferenzen, Paraden und Interviews der Militärs von Brussilow bis zu Slaschtschew, jenem Räuber, der noch vor kurzem die Kommunisten hatte aufhängen lassen.

Am Tag des Abschlusses telegraphierte der Bolschewist Sosnowskij aus Genua den Iswestija: »Ganz zweifellos bedeutet der Vertrag einen wesentlichen Sieg der Sowjetdiplomatie, der Rußlands Stellung befestigt.« Im selben Ton war auch der Leitartikel der Iswestija vom 20. April 1922 gehalten. Von der ökonomischen Bedeutung des Vertrags, von dem angeblich dadurch in die Wege geleiteten Wiederaufbau Rußlands mit Hilfe der deutschen Industrie und Technik, ist darin kein Wort zu finden. Dieser Artikel, der erste, der sich mit dem Vertrag beschäftigt, ist völlig politisch gehalten. Der Vertrag wird ausschließlich als politisches Manöver angesehen, als Gegendruck der bolschewistischen Diplomatie gegen die Stellungnahme der Ententeregierungen. Beim Lesen des Artikels fragt man sich unwillkürlich: Hätten die Bolschewisten diesen Vertrag auch abgeschlossen, wenn Genua nicht existiert hätte, und womit hätten sie dann seine Notwendigkeit begründet? Und man fragt sich weiter: Hätten sie den Vertrag auch abgeschlossen, wenn Frankreich eine andere Politik getrieben hätte, natürlich nicht Deutschland sondern der bolschewistischen Regierung gegenüber? Denn, das sei nochmals betont, weder in diesem Artikel noch in anderen Artikeln und Reden der Bolschewisten über den Vertrag findet sich irgendeine Begründung für ihn außer den Manövern der Entente. Lassen wir übrigens die Iswestija selber reden: »Sie [die Ententemächte] rechnen mit unserer Isoliertheit. Aber der Vertrag, den die Sowjetdelegation mit Deutschland abgeschlossen hat, zeigt, daß diese Berechnungen ebenso unbegründet waren wie ihre Hoffnungen auf unsere Friedfertigkeit... Die rechtschaffenen Alliierten wollten ein stimmloses, isoliertes, an Händen und Füßen gefesselt Rußland haben, dem sie ihre unverschämten und unsinnigen Forderungen diktieren könnten, ohne auf Widerstand zu stoßen... Dieser Vertrag ärgert deshalb die Alliierten so sehr, weil er zeigt, in welchem Sinn man die durch den Weltkrieg und seine Folgen entstandenen Streitfragen lösen soll. Gegenseitiger Verzicht auf die Forderungen, allgemeine Abrechnung, die Anerkennung der gegenseitigen Gleichberechtigung beider Parteien: das sind die Grundlagen des der Entente verhaßten Vertrages, den sie doch wird anerkennen müssen, wenn sie wirklich eine Verständigung mit Sowjetrußland und den ökonomischen Wiederaufbau Europas wünscht.« Diese Ausführungen sind höchst charakteristisch. So sah das offiziöse Organ der bolschewistischen Regierung in den Tagen ihres vermeintlichen ersten Sieges in Genua die Bedeutung des deutsch-bolschewistischen Vertrags an. Sie liegt ausschließlich auf *politischem* Ge-

biet. Das selbe Motiv klingt auch in dem Leitartikel der Iswestija vom 22. April durch, wo die Möglichkeit des Abbruchs der Konferenz erörtert wird: »Durch ihren Entwaffnungsvorschlag und durch den Abschluß des Vertrags mit Deutschland, der alles Vergangene begraben sein läßt, um den Weg zu einer bessern Zukunft zu bauen, steht die Sowjetdelegation moralisch viel fester als ihre Gegner.« Auch in der Nummer vom 23. April ist der Leitartikel Sieger und Besiegte wieder dem Vertrag von Rapallo gewidmet. Hier wird er nicht als Musterbeispiel für die Übereinkommen hingestellt, die mit allen anderen Ländern abgeschlossen werden sollten, sondern als Beweis dafür, daß Rußland nicht zu den Besiegten gehört und zu den Siegern nicht gehören wolle: »Das hat Sowjetrußland durch sein Verhalten den Völkern des Ostens gegenüber gezeigt, besonders durch sein Verhalten der revolutionären Türkei gegenüber. Ein gleiches Verhalten hat es den mitteleuropäischen Völkern gegenüber bewiesen und will es auch ferner beweisen, soweit sie sich gegen den sie erdrückenden Imperialismus der Entente wehren müssen. Rußland ist immer bereit jedem Volk, das für seine Selbständigkeit kämpft, auch Deutschland, selbst einem Bourgeoisdeutschland, eine moralische Stütze zu sein gegen diejenigen, die es völlig unterdrücken und unterjochen wollen.« Solcher Art sind also Ton und Inhalt der Propaganda, die in Rußland mit dem Vertrag getrieben wird. Besonders charakteristisch ist die Erwähnung der »Völker des Ostens« und der »revolutionären Türkei« im Zusammenhang mit dem Versprechen Deutschland zu unterstützen. Die ganze Unterstützung der »Völker des Ostens« und der »revolutionären Türkei« ging vor den Augen des russischen Volkes vor sich, das sie am eigenen Leib zu spüren bekam. Sie bestand in der Aufhetzung der Völker des Ostens zum "heiligen Krieg" mit England (um England so unangenehm zu werden und es zu weiterer Hätschelung des Bolschewismus zu veranlassen) und drückte sich nicht nur in "moralischer Unterstützung" Envers, Kemals usw. aus sondern auch in einer Reihe von Kriegen, in der Zerstörung Georgiens, Armeniens, in der Übergabe wichtiger transkaukasischer Gebiete an Kemal und in furchtbaren physischen und materiellen Opfern des russischen Volkes.

In Verbindung mit den kriegesischen Erlassen Trotzkijs gegen Frankreich ist der Vertrag nach dieser Darstellung in den Augen derer, die die bolschewistischen Zeitungen lesen, zweifellos nicht "ökonomischer" Natur. In den Iswestija vom 25. April wird das selbe Thema weiter mit der selben Leichtigkeit behandelt. Der Leitartikel vom 26. April, der wieder rein politische Erörterungen daran knüpft, erklärt den Vertrag für einen Stein des Anstoßes zwischen den Ententemächten: »Der Abschluß des russisch-deutschen Vertrages in Rapallo hat Frankreich viel stärker getroffen als England. Und das ist verständlich. Dieser Vertrag durchbricht zum erstenmal das System der französischen Hegemonie auf dem europäischen Kontinent, das als Resultat des imperialistischen Krieges entstanden ist.« Ferner konstatieren die Iswestija triumphierend, daß dieser Vertrag »Wasser auf die englische Mühle« ist, und versteigen sich bis zu der kühnen Hoffnung, daß er einen Bruch zwischen England und Frankreich verursachen und dadurch Frankreich isolieren werde. Also die gleichen Isolierungshoffnungen, mit denen die deutsche Presse ihre Leser dauernd zu beschwichtigen suchte, auch hier im amtlichen Organ des Bolschewismus. Hüben wie drüben das nämliche. In einem weitem Leitartikel sehen die Iswestija

sogar Frankreich bereits durch die »englische Geißel« gezüchtigt. Mitfühlend erwähnen sie, daß Lloyd George »deutlich auf die Möglichkeit einer Annäherung an Rußland und Deutschland gegen Frankreich und seine Vasallen« hingewiesen habe. Wie klingen alle diese Tiraden jetzt, da die Konferenz von Genua vorüber ist! Und doch waren diese politischen Aspirationen, und nicht ökonomische Erwägungen, die Haupttriebfeder der bolschewistischen Regierung beim Abschluß des Vertrags. Der Leitartikel der Iswestija vom 27. April, der den Titel Der gordische Knoten führt, beginnt folgendermaßen: »Das Beispiel Deutschlands, das von sich aus, ohne die Genehmigung der Alliierten abzuwarten, einen selbständigen Vertrag mit Rußland abschloß, droht ansteckend zu wirken.« Dann erzählt der Artikel, die Vasallen Frankreichs und die neutralen Länder murrten gegen Frankreich, England aber (hier klingt eine Note der Enttäuschung hindurch) gehe in allem Wesentlichen mit Frankreich zusammen und drohe ihm nur in Worten. Der Artikel endet mit der dunkel vielsagenden Aufforderung den »gordischen Knöten der französischen Provokation, der die Konferenz endgültig einzuspinnen drohe, mit entschiedenen Gesten zu lösen, nicht mit Worten sondern mit Taten«.

Der Leitartikel der Iswestija vom 28. April nennt sich Traurige Grübeleien. Er meint, wenn die Isolierung Frankreichs verwirklicht werden könnte, wenn es möglich wäre Frankreich verstehen zu lassen, daß es auch ohne seine Einwilligung zu einer Verständigung kommen würde, dann würde es gezwungen sein Einräumungen zu machen. Und wenn Frankreich unter allen Umständen hartnäckig auf dem seinen beharren würde, so könnte man auch ohne es auskommen. Die übrigen Mächte könnten selbständig Verträge mit Rußland und Deutschland abschließen, sie würden selber genug Kapital besitzen, um die für den ökonomischen Wiederaufbau Europas im allgemeinen und der "Sowjetrepublik" im besonders notwendigen Anleihen aufzutreiben. Aber schon die Verfasser dieses Artikels mußten konstatieren, daß die Bolschewisten, die Deutschland und den Vertrag der »Durchbrechung« der »kapitalistischen Front« und der »Isolierung des wucherischen Frankreichs« nutzbar machen wollten, auf der Konferenz von Genua augenscheinlich keine Stütze finden würden. Diese »traurigen Grübeleien« bildeten den Epilog einer Reihe von Leitartikeln über den deutsch-bolschewistischen Vertrag. Die bolschewistische Presse bekam wichtigere Dinge zu erörtern: die Parade des 1. Mai, die religiösen Prozessionen, die Gerichtsverhandlungen gegen die Sozialrevolutionäre usw. Seitdem ist noch nicht viel Zeit verfloßen. Die Isolierung Frankreichs, das einzige Ziel bolschewistischer Diplomatie, das für die bolschewistische Presse unauf löslich mit dem deutsch-russischen Vertrag verknüpft war, ist jedenfalls nicht erreicht worden.

Wie wir sahen, wurde also in dem offiziösen bolschewistischen Organ der Vertrag vom 18. April 1922 ausschließlich als ein Manöver dargestellt, als ein geschickter Schachzug der bolschewistischen Diplomatie, der ihre Widerstandsfähigkeit den Kräften gegenüber vergrößern sollte, die augenblicklich vor allem den wirklichen ökonomischen Wiederaufbau Rußlands stützen könnten. Der Vertrag sollte, gemäß der Politik der Bolschewisten, Zwie tracht zwischen den alliierten Mächten säen, viele von ihnen zum Abschluß von Separatverträgen anregen, eine Konkurrenz wachrufen, die Standhaftigkeit Frankreichs schwächen und endlich dahin wirken, daß Europa den

Bolschewisten unter für sie günstigeren Bedingungen Hilfe leiste. Darum ist es kein Zufall, wenn in der bolschewistischen Presse keine Rede von einer selbständigen Bedeutung des bolschewistisch-deutschen Vertrags ist. Er war und ist für die Leser der bolschewistischen Zeitungen kein Ziel sondern ein Mittel. Das wahre Ziel des Vertrags ist für die Bolschewisten natürlich nicht Rache an der Entente zu nehmen oder die durch »jahrhundertalte Traditionen« geheiligte Verbindung zwischen Deutschland und Rußland wiederanzuknüpfen, wie die rechts stehenden deutschen Parteien naiv glauben, sondern die Anerkennung der bolschewistischen Regierung durch die Entente und die Gewährung eines so großen Kredits wie ihn Deutschland niemals gewähren kann. Eben diesem Zweck ordnet sich gegenwärtig alles unter, diesem Zweck wird alles geopfert werden, auch der deutsch-russische Vertrag, falls er sich zu seiner Erreichung als unbrauchbar erweisen sollte. Das gaben übrigens die bolschewistischen Diplomaten gleich am Tag nach dem Vertragsabschluß ganz unzweideutig zu, indem sie den Mitgliedern der Entente ähnliche (und sogar nicht nur ähnliche sondern vorteilhaftere) Verträge anboten und so Deutschland der Stellung in Rußland berauben wollten, die ihm der Vertrag angeblich gesichert haben soll.

Diese einfache Wahrheit sollten auch diejenigen deutschen Politiker erkennen, die über den Vertrag so hochfreut waren. Die in Berlin erscheinende bolschewistische russische Zeitung »Nakanunje« veröffentlichte nach dem Vertragsabschluß eine Reihe von Interviews mit deutschen Politikern, mit dem Reichspräsidenten, mit Otto Hoetzsch als Deutschnationalen, Werner Freiherrn von Rheinbaben von der Deutschen Volkspartei, Paul Fleischer vom Zentrum, Hermann Müller von der Sozialdemokratie und Rudolf Breitscheid von den Unabhängigen. »Durch den Abschluß des Vertrags mit Rußland«, meine Hoetzsch, »kehren wir zu den alten hergebrachten deutsch-russischen Beziehungen zurück.« Freiherr von Rheinbaben drückte sich präziser (und vorsichtiger) aus: »Einen unmittelbaren Vorteil von den Handelsbeziehungen zu Rußland erwarten wir vorläufig nicht, aber der Vertrag eröffnet uns weite Perspektiven für die Zukunft, sogar die einer neuen Umgruppierung der Mächte.« Und endlich sagte der Abgeordnete Fleischer: »Vielleicht war der europäische Krieg am Anfang des 20. Jahrhunderts unvermeidlich, aber um wie viel leichter wäre er für Deutschland, für Rußland, vielleicht für ganz Europa gewesen, wenn wir Schulter an Schulter mit Rußland als unserem Verbündeten gekämpft hätten.« »Jetzt«, fuhr er fort, »seit dem Vertrag von Rapallo hat sich alles geändert, und unsere Politik Rußland gegenüber ist wieder ins alte Geleise getreten. Was die unmittelbaren materiellen Vorteile des Vertrags von Rapallo betrifft, so erwarten wir keine.« Hermann Müller begnügte sich damit seine Zustimmung zu diesem Vertrag auszudrücken, den er für einen ökonomischen hält, und der Unabhängige Breitscheid äußerte Bedenken wegen der Gefährlichkeit eines Spiels, das auf die Uneinigkeit der Alliierten begründet ist. Der Führer der sogenannten kommunistischen Reichstagsfraktion, Wilhelm Koenen, endlich erklärte nach einer Bedenkzeit von 4 Tagen auf die an ihn gestellten Fragen, der deutsch-russische Vertrag hätte »eine Bresche in die ökonomische und politische Blockade zwischen den konkurrierenden kapitalistischen Mächten« gelegt. Freilich mußte er einräumen, daß diese Bresche schon viel früher geschlagen worden war, nämlich als nach dem Rigaer Frieden der Vertrag zwischen den Bol-

schewisten und den Engländern abgeschlossen wurde. Koenens Ansicht nach besteht der Nutzen des Vertrags hauptsächlich darin, daß die anderen Mächte nach dem Beispiel von Rapallo analoge Verträge mit den Bolschewisten abschließen könnten. Vorläufig sieht er in dem Vertrag einen Vorteil nur für die deutschen Kapitalisten; wahren Nutzen würde Deutschland erst dann daraus ziehen, wenn es eine »Sowjetregierung« bekäme.

Der deutsche Regierungsvertreter von Maltzahn sagte dem Korrespondenten des Rul, der Hauptgrund, der die deutsche Regierung zum Abschluß des Vertrags bewogen hätte, sei die Besorgnis gewesen, die Bolschewisten könnten auf Innehaltung der für Deutschland unannehmbaren Bestimmungen des Londoner Memorandums bestehen, das die laut Artikel 116 des Versailler Vertrags von Deutschland an Rußland zu zahlenden Reparationssummen festsetzt und die Betätigungsmöglichkeiten des deutschen Kapitals in Rußland umgrenzt. Dieser Grund ist nicht recht verständlich. Denn jener Artikel des Versailler Vertrags bezieht sich selbstverständlich nur auf eine von den Vertragschließenden anerkannte russische Regierung, also keinesfalls auf die bolschewistische, die diese Anerkennung noch nicht gefunden hat und, zumindest von Frankreich, auch schwerlich finden dürfte. Jener Verzicht ändert daher an der Sachlage gar nichts, da die Bolschewisten nur etwas preisgegeben haben, was sie ohnehin nicht besaßen. Die sonstigen Vorteile, die man sich von dem Vertrag erhofft, könnten sich auch nur dann realisieren, wenn die Bolschewisten von der Entente völlig unabhängig wären. Aber das eben ist ja nicht der Fall. Die Bolschewisten wenden sich ja gerade an das Ententekapital, und der Vertrag selbst wurde, wie erwähnt, in der Hoffnung abgeschlossen die Entente gefügiger zu machen. Kommt sie aber den Bolschewisten zu Hilfe, so wird sie auch auf irgendeine Art alle Vorteile des Vertrags für Deutschland zu annullieren wissen, um so mehr, als die Bolschewisten nicht darauf dringen werden, daß er in seinen wesentlichen Teilen aufrechterhalten wird. Denn dieser Vertrag kann ihnen die Unterstützung der Entente nicht ersetzen, und ohne die gemeinsame Hilfe der Entente und Amerikas können keinerlei Separatverträge Rußland auch nur im geringsten helfen. Sie können diesen oder jenen politischen Manövern der bolschewistischen Machthaber dienen, das ist aber auch alles.

Doch man sagt ja, die politische Bedeutung des Vertrags zwischen Rußland und Deutschland sei so groß, daß sie selbst ein Faktor zur Verbesserung der Lage beider Länder werden könnte. Ist dem wirklich so?

Zunächst haben wir schon gesehen, wie sich die politischen Parteien Deutschlands zu dem Vertrag stellen. Man kann nicht sagen, daß sie ihn aus den gleichen Motiven heraus schätzen. Bei den einen leuchtet der Wunsch durch: den Vertrag außenpolitisch gegen Frankreich auszunutzen; die anderen hegen die Hoffnung eine große Menge Waren an Rußland loszuwerden: an das ruinierte Rußland, das keine Kaufkraft mehr hat; die dritten erträumen den Sturz des demokratischen Regiments und den Triumph des Bolschewismus; die vierten wollen mit Hilfe des Vertrags von Rapallo den von Versailles umgehen usw. In Rußland selbst betrachten ihn die "Komunisten" als einen geschickten Vorstoß gegen die Entente. Die anderen politischen Parteien verhalten sich ihm gegenüber verschieden. Die Konservativen sehen darin einen politischen "Verrat" Deutschlands; die Libe-

ralen halten seinen Abschluß für einen großen Fehler, da dadurch wohl vorübergehend die Lage der Bolschewisten, nicht aber die Rußlands gebessert werden kann; die Sozialdemokraten wünschen, daß er ausschließlich in ökonomischem Sinn angesehen werden, zum Wiederaufbau Rußlands beitragen und als Beweis der Freundschaft der beiden Völker dienen solle, ohne daß er deshalb die chauvinistischen Instinkte der anderen Nationen aufreizen dürfte.

Es kann nicht Sache eines russischen Sozialisten sein in einer deutschen sozialistischen Zeitschrift über die Unhaltbarkeit der politischen Gruppierungen zu sprechen, die die Völker gegen einander hetzen, oder auf die Nutzlosigkeit dieser Gruppierungen für die Wiedererstarkung der deutschen Kräfte hinzuweisen. Die nüchternen Politiker Deutschlands glauben kaum daran, daß es zurzeit möglich sei der Entente allein Widerstand zu leisten. Könnte da Rußland helfen? Von den Kräften des von den Bolschewisten regierten Rußlands hat die russische Sozialdemokratie eine sehr pessimistische Meinung. »Das hungernde und frierende, in Grund und Boden zerstörte Rußland«, schreibt R. Abramowitsch im *Socialistitscheskij Wjestnik*, in dem Organ der Ausländischen Delegation der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Menschewisten, »mit seinen Fabriken und Bergwerken, auf denen die Schornsteine nicht mehr rauchen, mit seinen verfallenen Eisenbahnen, mit seinen unendlichen, mit Leichen übersäten Triften, dieses Land ist ungeachtet seiner kolossalen Dimensionen, seiner riesigen Armee und, last not least, der Unterstützung seitens des westeuropäischen Proletariats, doch nur ein kraftloses Objekt für die Weltpolitik, und man kann seine Lage nicht einmal mit der Deutschlands vergleichen, das durch den Krieg in militärischer Hinsicht entkräftet ist, aber seine ökonomische Macht bewahrt hat.« »Deutschland wird sich grausam täuschen«, schreibt die von den russischen Sozialrevolutionären herausgegebene Wochenschrift *Wolja Rossij*, »wenn es die Macht und die Bedeutung eines erneuten Verständnisses mit den Bolschewisten überschätzt. Der Bolschewismus, der der wirklichen Unterstützung des Landes beraubt ist, der in seinem Innern ausschließlich durch Polizeimaßnahmen herrscht, und der dem Hungers sterbenden Rußland furchtbar erscheint, ist so weit gekommen, daß seine Unterstützung in den Fragen der großen europäischen Innenpolitik gleich Null ist, nicht der Null, die man hinter die Eins stellt, um ihre Bedeutung zu vervielfachen, sondern der vor der Eins.«

Für die Chauvinisten der Entente ist der Vertrag von Rapallo ein kostbarer Fund gewesen. Obgleich sie sehr gut wissen, wie harmlos er de facto ist, nutzten sie doch seine angebliche politische Bedeutung in ihrem Sinn aus und werden es auch weiter tun. So hat er dazu beigetragen die Kluft zwischen Deutschland und Frankreich zu vergrößern: was freilich durchaus im Sinn des Bolschewismus liegt, der sein Dasein so lange gesichert sieht, als er, im Besitz der englischen Unterstützung, Deutschland und Frankreich durch eine Barriere der Feindschaft von einander getrennt und so an jeder Art des Zusammenwirkens gehindert weiß.

Der russische Sozialismus, dem das russische Volk wie die sozialistische Sache am Herzen liegen, ist hier, wie in allem, den Tendenzen des russischen Bolschewismus (der immer noch das europäische Proletariat und die europäische Geistigkeit durch den von ihm usurpierten Namen des ihm geistesfremden Kommunismus irreführt) diametral entgegengesetzt. Der russi-

sche Sozialist ist der Überzeugung, daß nicht die Trennung sondern die Vereinigung der Völker Europas das Heil bringen wird: den ersehnten wirklichen Frieden, die Freisetzung der Produktivkräfte und damit das Entstehen einer wirklichen Völkergemeinschaft, bei der sich alle nationalen Kulturen entfalten können. Und er weiß ferner, daß vor allem die Annäherung Deutschlands an Frankreich die Möglichkeit einer solchen allgemeinen Annäherung aller europäischen Völker in die Nähe rückt. Alles, was diese Annäherung hindern kann, was das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich verschärft, muß auch in Rußland schmerzhaft empfunden werden, dem Land, das unter dem Zwiespalt jener beiden Nationen während des Krieges am meisten zu leiden hatte.

Die russischen Sozialisten, ohne Unterschied der Richtung, streben nach der größtmöglichen politischen und kulturellen Annäherung an Deutschland. Der Vertrag von Rapallo ist nicht geeignet (und im Sinn der Bolschewisten auch nicht bestimmt) die Völker einander näher zu bringen. Er bringt dem Bolschewismus, dessen Existenz durch Prestigezuwachs etwas verlängert wird, wohl Nutzen. Die dauernden Interessen des russischen wie des deutschen Volkes werden aber durch ihn nicht gefördert.

CLARA PASCH · MUTTER UND KIND

JUNGE MUTTER

M EIN Kind, noch trägt der Schlaf
Dich wiegend durch die Tage.
Noch bist du nicht zum Leben voll erwacht.
Die Augen öffnen sich dem lieben Licht
Und wissen doch die Dinge nicht zu ordnen.
Mein Sohn, genährt von meiner Kraft,
Ganz bin ich deines Daseins Quelle.
Dem Tage möcht' ich mich entgegenstemmen,
Der dich von meinem Busen löst.
Und träume doch vor deiner Wiege
Von fernster Zukunft nur,
Da du mich führst.

KINDES TOD

I N dem ich erstes Mutterglück gefühlt,
Durch den ich ersten ahnungsvollen Schmerz gelitten,
Mein Kind, es ist mir sanft entglitten.
Und alle Blüten hängen welk am Strauch.
Vertausendfachte Freuden gab sein Auge,
Ich sah den Geist, den erst die Jahre reifen,
Bald tastend nach Gestaltung greifen,
Und schon verstummt.
Nun ist es wieder wie einst mein Kind:
Du bist im Herzen der Mutter geborgen,
Aber es weckt dich kein leuchtender Morgen,
Ruhst ewig in mir.

ADOLF BEHNE · EXPRESSIONISMUS ALS SELBSTZWECK

FUTURISMUS, Expressionismus, Kubismus, Dadaismus und abstrakte Kunst stellen sich nicht als verschiedene Richtungen, als verschiedene mögliche Lösungen dar, die parallel neben einander stehen können, und aus denen wir uns nach unserm persönlichen Geschmack die uns zusagende als "unsere" neue Kunst auswählen können, sondern jene Richtungen sind auf einander folgende Phasen einer auf ein bestimmtes Ziel zugehenden Entwicklung, verschieden klare Erkenntnisgrade, deren primitivere durch exaktere überwunden wurden. Auch heute noch ist das eigentliche Ziel erst mehr zu ahnen als mit Worten, so einfach und allgemeinverständlich wie ein Rezept aus dem Kochbuch, aufzusagen. Denn es handelt sich bei dem Ganzen um einen Prozeß allmählicher Klarwerdung. Auch ein Mensch, der in einer geistigen, moralischen Krisis ist, kann, ehe der Prozeß sich nicht vollendet hat, nicht in wohlgefügtten Sätzen sagen: Ich will dieses oder jenes. Er kann nur ehrlich und wahrhaftig sagen: Ich muß weiter, ich muß mir eine neue Klarheit suchen. In einem solchen Prozeß ist heute die Kunst, und es ist wohl nicht allzu schwer zu verstehen, daß sie es ist. In einer Zeit, in der alle menschlichen Verhältnisse seit einer Reihe von Jahren die denkbar größten Erschütterungen erleben und erleiden, kann selbstverständlich die Kunst nicht unberührt bleiben. Ich möchte hier ein Wort jenes Künstlers anführen, in dessen Person die ungeheure Krise der neuen Kunst vor rund 40 Jahren erstes schmerzhaftes Erleben wurde, ein Wort Vincent van Goghs: »Verliert man etwas dabei, wenn man einige der Begriffe, die uns als Kind eingeprägt sind, fahren läßt oder gewisse Formen nicht mehr als die maßgebenden betrachtet? Ich für meine Person denke nicht einmal daran, ob ich dabei etwas verliere oder nicht verliere. Ich weiß allein, was meine Erfahrung lehrt, nämlich, daß die Formen und Begriffe nicht stichhaltig und manchmal verhängnisvoll, ja ausgesprochen schlecht sind. Ich komme zu der Schlußfolgerung, daß ich nichts weiß und gleichzeitig, daß dieses Leben, darin wir stehen, ein solches Mysterium ist, daß dafür die Regeln der Schicklichkeit entschieden zu engstirnig sind. Diese also haben für mich all ihren Kredit eingebüßt. Was ich nun tun werde, oder, wie der gebräuchliche Ausdruck lautet: Welches ist dein Ziel, worauf geht dein Streben? O, ich werde schon das tun, was ich tun muß. Wie, weiß ich nicht im voraus. Weißt du denn, der mir die pedantische Frage stellt, was dein Ziel, was dein Streben ist? Nun sagt man: Du, der du kein Ziel, kein Streben kennst, bist charakterlos. Worauf ich erwidere, daß ich nicht gesagt habe kein Ziel, kein Streben zu kennen, sondern daß ich gesagt habe, wie unaussprechlich pedantisch ich es finde jemand dazu zwingen zu wollen zu definieren, was undefinierbar ist.«

Versuchen wir aber, so viel zu sagen wie heute möglich ist, dann kann man das letzte Ziel der neuen Kunst wohl so formulieren: Unter konsequenter Lösung der Abhängigkeit von der Natur soll eine Kunst aufgebaut werden, die ihre Gesetze ausschließlich vom schaffenden Menscheng Geist empfängt. Die Lösung von der Natur erfolgt nicht etwa, weil der moderne Künstler der Natur entfremdet wäre (im Gegenteil, er ist der Natur vielleicht liebevoller hingegeben als der Naturalist), sondern aus der Erkennt-

nis heraus, daß die Gesetze der beiden Kategorieen wesensverschieden sind. Die Natur wächst, ohne das Prinzip einer Verantwortung zu kennen. Das Schaffen des menschlichen Geistes steht unter Verantwortung. Für alle Gebiete des menschlichen Geistes pflegte man das ohne weiteres und mit einem gewissen Stolz zuzugeben. Die Kunst aber hat man sich in den Kopf gesetzt als Äußerung einer interessanten Willkür, einer verantwortungslosen Laune zu betrachten, und man empfindet es als Sakrileg, als Barbarei auch an die Arbeit des Künstlers den Maßstab der Verantwortlichkeit für jeden Pinselstrich anzulegen. Das hieße ja, meinen die meisten sogenannten Kunstfreunde, die Kunst aus dem Reich des Unbewußten, in dem sie allein blühen könne, zu reißen, und sie im Prinzip neben die allerdings leicht zu kontrollierende Arbeit eines Schusters zu stellen. Nun, wir wollen den Mut haben zu erkennen, daß in der Tat die künstlerische Arbeit, da sie menschliche Leistung ist, dem Schuhbesohlen näher steht als etwa dem Wachstums- und Blüteprozeß einer Lilie auf dem Felde. Wir wollen mit den poetischen Vergleichen und Floskeln Schluß machen, uns nicht einbilden der liebe Gott zu sein, sondern wir wollen ein jeder seine Arbeit so leisten, daß er sie Schritt für Schritt verantworten kann. Auch hier möchte ich noch ein Wort von Goghs fixieren: »Die Gesetze der Farbe sind unaussprechlich prachtvoll, gerade weil es keine Zufälligkeiten sind. Ebenso wie man heute nicht mehr an willkürliche Wunder glaubt, nicht mehr an einen Gott glaubt, der launisch und despotisch vom Hundertsten ins Tausendste springt, sondern mehr Respekt und Bewunderung für die Natur und den Glauben an sie zu bekommen anfängt, ebenso und aus dem selben Grund finde ich, daß man in der Kunst die altmodischen Ideen von angeborenem Genie, Inspiration usw., ich sage nicht: fortlassen, aber einmal gründlich bei Licht betrachten, verifizieren und — ganz bedeutend umgestalten muß.« Dieser, wie ich meine, durchaus ethische Gedanke ist es, der Künstler veranlaßt in ihre Werke keine von der Natur geformten Elemente zu übernehmen. Denn für solche haben sie nicht die Verantwortung. Solche Formen sind Anleihen, die gegen das künstlerische Gewissen gehen. Es sei noch einmal betont, daß es eine große sittliche Idee ist, die hinter der neuen Kunst steht.

Wir können nun aber nicht verlangen, daß diese Idee sogleich von allen Zeitgenossen verstanden respektive erkannt wird. Hat sie sich doch auch in den Köpfen der führenden Künstler selbst nur allmählich in einem noch längst nicht beendeten Prozeß kristallisiert. Es kann uns nicht verwundern, daß gewisse Durchgangsstadien dieses gewaltigen Verwandlungsprozesses, die für die kühnsten Pioniere schon durchschritten sind, für viele andere Maler und Betrachter noch Thema der intensivsten Behandlung sind. Hiergegen ist gar nichts einzuwenden. Derartige Übergangsstadien waren jene als "Richtung" abgestempelten des Futurismus, Expressionismus usw. Die Situation ist also heute die, daß eine kleine Gruppe führender Künstler weit voranschreitet, einer Kunst entgegen, die auf den Gesetzen des menschlichen Geistes aufgebaut ist, und daß eine sehr viel größere Zahl von Künstlern sich in Gebieten wohlich niedergelassen hat, die jene Führer noch nicht als ausreichenden Baugrund befunden hatten. Jene kleine Spitzengruppe entzieht sich fast noch völlig den Augen des "Publikums". Es wird noch eine Weile dauern, ehe die Leistungen eines Léger, eines Mondrian, eines Archipenko, eines Schlemmer nach ihrem Wert er-

kannt werden. Die große Schar jener aber, die mehr oder minder ehrlich ausbeuten, was jene auf ihrem Weitemarsch als entbehrlich, ja störend bei dem letzten Weg zur Höhe zurückließen, steht in der allgemeinen, teils wohl- teils übelwollenden Aufmerksamkeit; und zwar erscheinen sie als die Expressionisten, als die Modernsten, die Helden des Tages.

Expressionismus: das ist in dem engeren Sinn der "Richtung" ein mixtum compositum aller möglichen Tendenzen geworden, die immer zu einem nicht geringen Teil auf Mißverständnissen, zeitlich bedingter Wahrheit beruhen. Es war in einem bestimmten Stadium der neuen Kunst zunächst einmal notwendig den trennenden Schnitt gegen die Naturschilderungen vorzunehmen. Jene Naturschilderungen nannte man in ihrer letzten formalen Ausprägung bekanntlich Impressionismus. Ohne diesen Trennungsschnitt ging es wirklich nicht. Die Kunst mußte zunächst einmal ihre Autonomie gegenüber der Natur durchsetzen. Aber die meisten verstanden schon dieses falsch, das heißt, sie faßten es zu eng auf. Sie erkannten nämlich nicht, daß es sich darum handle völlig neue Grundlagen zu schaffen sondern hielten für den Sinn des Vorgangs, daß man die Natur nicht sklavisch abzumalen brauche, daß man "frei" nach sogenannten künstlerischen Ansprüchen mit ihr umgehen sollte. Nein, sie erkannten den neuen Sinn ganz und gar nicht. Sie setzten ja nur einen neuen, einen willkürlichen, das Recht des "Falschen" für sich beanspruchenden Naturalismus an Stelle eines korrekten. Sie übernahmen ja doch Elemente aus der gewachsenen Natur, die sie nur "frei" um- und zusammenstellten, und von einem neuen Schaffens- und Arbeitsprinzip war bei ihnen keine Rede. So wurde tatsächlich unter Expressionismus bald kaum etwas anderes verstanden als eine freie, billige bis phantastische Umwandlung von Naturmotiven. Und viele Hunderte von Malern reiten auf dieser angeblichen Modernität herum. Das sind die Künstler, die nun alles expressionistisch verzaubern, vom Gottesdienst bis zum Zahnstocher.

Es kann kein schlimmeres Mißverständnis der neuen Kunst geben. Geht diese in ihrem letzten Sinn auf feinste Verantwortung, Ausschaltung aller persönlichen Willkür, so wird in diesem sogenannten Expressionismus eben die künstlerische Willkür auf den Schild erhoben. Das kennzeichnendste Beispiel ist die jüngere Gefolgschaft der Berliner Sezession (Krauskopf, Waske, Kohlhoff, Heckendorf usw.): ein expressionistisches Epigonentum, das den Kern der neuen Entwicklung in nichts anderem als in einer gesteigerten Freiheit sieht, während es richtiger wäre von gesteigerten Pflichten zu sprechen. Jenen Salonexpressionisten ist der Expressionismus das Recht auf Willkür, das Recht ebenso wie die Natur auch den Auftraggeber, das Publikum, die Schrift, den Kaufmann, die Erfahrung, das Plakat usw. vergewaltigen zu dürfen, und von diesem vermeintlichen Recht haben sie denn auch reichlich Gebrauch gemacht, und viele, die fürchteten sich sonst zu blamieren, haben ihren noch so extravaganten und unsachlichen Arbeiten Beifall gespendet.

In dem Expressionismus, von dem hier gesprochen wird, und der am besten in Anführungsstriche gesetzt würde, ist noch ein anderes Moment enthalten, das ebenfalls durch ein Mißverständnis hineinkam: das Element des "gefühlsmäßigen Ausdrucks". Gewiß, die neue Kunst hatte in einem bestimmten Augenblick gegenüber der leeren Routine des in seinen Möglichkeiten

erschöpften Naturalismus das *Gefühl* betont. Aber natürlich handelte es sich dabei nicht um das persönliche und private so- oder so-Gefühl des betreffenden Kunstmalers. Die neue Kunst hatte den *Ausdruck* verlangt. Aber es war wiederum ein Mißverständnis, das leider auch begabten Künstlern gefährlich wurde, zu meinen, unter Ausdruck sei eben der Ausdruck der privaten und persönlichen Malerempfindung zu verstehen. Die Führer entwickelten sich sehr bald über diese erste, unklare Formulierung hinaus. Nicht auf ihre Person bezogen sie das Moment des Gefühls sondern auf das Verhalten der künstlerischen Mittel, und unter Ausdruck verstanden sie nicht die höchst überflüssige Mitteilung von Herzensergießungen sondern Stärke, Charakter und Festigkeit der *Form*. Aber die Mitläufer (ich will keineswegs behaupten, daß sie immer schlechten Willens gewesen wären) verstanden die eigentlichen Tendenzen nicht, beriefen sich auf "Ausdruck" und "Gefühl" und "Freiheit von der Natur", um damit jede von ihrer Laune eingegebene, der letzten Verantwortung entbehrende Malerei als "expressionistisch" zu behaupten. Eine schlimme Neigung zur Phrase wurde damit für eine gewisse Gruppe von Expressionisten charakteristisch, deren Reife und menschliche Quintessenz in gar keinem Verhältnis zu der Selbstsicherheit steht, mit der sie sich an die gewaltigsten Themen machen. Das Mächtigste, das Letzte, das Fernste ist ihnen für ihre sich schnell folgenden Werke gerade bedeutend genug. Sie halten es für ihre Pflicht das Kosmische, das Religiöse, das Mystische zu verexpressioniseln. So Waske. Waske war ein sehr sympathischer, sachlich treuer Arbeiter, bis ihn der Expressionismus erfaßte: mit keinem andern Erfolg, als daß Waske und der Expressionismus sich total mißverstanden. Wer wie Waske in jedem Bild Sonne, Mond und Sterne, Berge, Meer und Himmel, Schiffbruch, die Jahreszeiten und die 4 Winde, Regenbogen und leuchtendes Himmelslicht, Kometen und Tag und Nacht beschwört, der müßte schon etwas mehr als ein geschickter Journalist sein. Was aber die Sezession vor 3 Jahren als erneuerte monumentale Komposition zeigte (Apokalypse, Abendmahl, Gethsemane usw.), war banaler Feuilletonismus. Nicht eine der "kosmischen Urformen" wird überhaupt empfunden. Hohl, leer und lediglich "aufgeregt" stehen ihre "Symbole" spannungslos neben einander.

Und dann kam noch ein letztes Mißverständnis, und zwar ein sehr naives. Gewiß, der Expressionismus als Einleitung der neuen Kunst sagte sich von der normalen Wiedergabe des normalen Augeneindrucks los. Aber deshalb war er nicht die Ausdrucksform für Anomalieen. Schon in Werken wie den oben erwähnten kündigt sich eine fatale Verbindung des Selbstzweck gewordenen Expressionismus über das "Pathos" mit dem "Pathologischen" an, und in ihr sahen viele den Sinn und Gewinn des Neuen. Eine ganz oberflächliche, im Kern durchaus naturalistische Anschauung künstlerischer Dinge meinte: Nun ja, das Ekstatische, das Traumhafte, das Sombambule, das Krankhafte und Verrückte, das mag ja Thema des Expressionismus sein. Expressionismus wurde mit Spuk und Unsinn identifiziert. Man konnte einer Bewegung, die auf letzte Klarheit hinausging, nicht gut geringeres Verständnis entgegenbringen. Noch trauriger aber ist es, daß auch viele Künstler diese Eselsbrücke betraten. Es ist sehr bezeichnend, daß der erste Film, der das übliche Naturalistische verließ und als "expressionistischer" Film etwas voreilig bezeichnet wurde: Das Kabinett des Doktor Caligari, das Milieu eines Irrenhauses wählen mußte. Natürlich hat

<gegen die Absicht seines Urhebers> jener Film das Mißverständnis noch unterstützt, und er spielt auch darin eine etwas verhängnisvolle Rolle, daß er Plakate zeitigte, die am Anfang einer ganzen Reihe von Plakaten stehen, und die, ohne im geringsten in einem ernsthaften Sinn expressionistisch zu sein, äußerlich mit den abgrasbaren Formen des Expressionismus arbeiten. Man entdeckte die Möglichkeit mit Hilfe expressionistischer "Aufmachung" modern zu sein, ohne jemanden zu verletzen. Ein Plakat ist nun einmal Straßenkunst, etwas, das laut, auffallend und ein bißchen verrückt sein darf, vielleicht sein soll, wenigstens zum Schein. Also mag es auch expressioniseln. Um so entschiedener wird man sich dann das in der Malerei und Plastik verbitten dürfen, mit der entrüsteten Frage, ob denn etwa das Gemälde nur ein Plakat sei.

WILHELM SCHÜNING · BERLINER VERKEHRSFRAGEN, EIN KAPITEL DER PRODUKTIONSPOLITIK

BERLINS wirtschaftliche Entwicklung verlangt vor allem eine planmäßige, den Produktionsverhältnissen angepaßte Verkehrspolitik. Es geht nicht an, daß man den städtischen Verkehr schlecht und recht weiterrotten läßt und zufrieden ist, wenn das "Publikum" nicht allzu laut murr. Das Verkehrswesen ist eine der wichtigsten Grundlagen der nationalen Produktion, muß daher so gestaltet werden, daß es diese trägt.

Der lokale *Personenverkehr* entspricht keineswegs dieser Bedingung. Die Ursachen sind zum Teil darin zu suchen, daß die Verkehrsunternehmen, soweit die Straßenbahn in Betracht kommt, der Stadt, die Stadt- und Ringbahn dem Reich gehören, während die übrigen Unternehmen sich in Privatbesitz befinden. Wenn man auch bestrebt ist sich hie und da vereinzelt in Verkehrsfragen zu verständigen, so bedingen doch die verschiedenartigen Besitzverhältnisse die Berücksichtigung der speziellen Sonderinteressen der einzelnen Unternehmen. So hat es oftmals den Anschein, als seien die Verkehrsunternehmen nicht auf die Bevölkerung und deren wirtschaftliche Bedürfnisse eingestellt sondern umgekehrt.

Im Vordergrund der Interessen steht zurzeit der Betrieb, der der Stadtgemeinde gehört: die Straßenbahn, die zu einem Zeitpunkt und zu Bedingungen kommunalisiert wurde, wie beides ungünstiger nicht denkbar ist. Der Zustand ist gegenwärtig so, daß rund 1 Milliarde Mark zu ihrer Sanierung erforderlich ist. Die Stadt muß also, um den Betrieb überhaupt aufrechtzuerhalten, ständig erhebliche Zuschüsse leisten. Dies erleichtert den bürgerlichen Parteien mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Straßenbahn wieder dem Privatkapital übergeben wird. Dagegen wenden sich die Linke und der in seiner Mehrheit sozialistische Magistrat, der sich hier in einer eigenartigen Situation befindet. Er muß bei jeder Tarifierhöhung auf die Mitwirkung einiger bürgerlichen Parteien rechnen. Denn die Kommunisten und Unabhängigen versagen in der Regel die Unterstützung, da ihre Spezialforderungen, deren Durchführung eine erhöhte Unrentabilität zur Folge hätte, abgelehnt werden müssen. Das Verhalten dieser Parteien erklärt sich daraus, daß sie, statt die Förderung unserer Wirtschaftspolitik, ihre Parteipolitik in den Vordergrund stellen.

Die Lage der Straßenbahn wäre nicht so katastrophal, wenn man nach ihrer Übernahme planmäßig auf eine rentable Betriebsführung hingewirkt hätte. Die Belegschaft hätte wesentlich früher vermindert werden müssen. Es wäre sozialistische Pflicht gewesen den Arbeitern und Angestellten begreiflich zu machen, daß dieser wichtige Kommunalbetrieb als solcher nur zu halten ist, wenn die Zahl der Beschäftigten auf das Mindestmaß reduziert, und ihre Leistungen auf das Höchstmaß gebracht werden. Wenn hierfür kein Verständnis vorhanden war, so lag das daran, daß es an sozialistischer Durchbildung durchaus fehlte. Hier durften und dürfen keine Konzessionen gemacht werden. Man muß sich auch darüber klar sein, daß sich die Tarifpolitik in erträglichen Grenzen zu bewegen hat. Das ununterbrochene Anziehen der Tarifschraube bringt Folgen mit sich, die das Wirtschaftsleben störend beeinflussen. Sie beschränken sich nicht nur darauf, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung die Benutzung der Verkehrsmittel vermeidet, sondern es ist auch noch die dadurch entstehende Zeitvergeudung großen Umfangs in Rechnung zu setzen, wodurch letzten Endes eine starke Beeinflussung der allgemeinen Produktivität stattfindet. Ferner muß darauf gesehen werden, daß die Verkehrspolitik Groß Berlins der Wohnungs- und Siedlungspolitik nicht entgegenwirkt. Vom Standpunkt der Volksgesundheit aus muß dahin getrachtet werden, daß die erwerbstätige Bevölkerung ihre Wohnstätten in weit höherem Maß als bisher in den Vororten erhält, und daß demjenigen Teil der Bevölkerung, der seine Wohnstätten in den inneren Stadtbezirken hat, die Gelegenheit nicht entzogen wird zur Erhaltung der Arbeitskraft Erholung in den Außenbezirken zu suchen.

Was hier für die Straßenbahn gesagt wird, gilt in dem gleichen Umfang auch für die Stadt- und Ringbahn, ja für unser gesamtes Eisenbahnwesen und für unsere staatlichen Betriebe überhaupt, namentlich auch für die Post. Es muß unter allen Umständen danach gestrebt werden der ständigen Tarifierhöhung Einhalt zu gebieten, da diese letzten Endes die Ursachen, die zu neuen Erhöhungen führen, zum Teil in sich selbst tragen. Hohe Fahrpreise ohne Rationalisierung des Betriebs und Verringerung der Zahl der Beschäftigten werden schließlich das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt ist; sie werden keineswegs die Rentabilität sichern, dafür aber unsere Produktionsverhältnisse schädlich beeinflussen. Es gilt Mittel zu finden, daß solcher Entwicklung Einhalt geboten wird, und die Verkehrsmittel so eingestellt werden, daß sie den Interessen unserer Volkswirtschaft in höherem Maß als bisher Rechnung tragen. Das Ziel für Berlin muß sein alle Verkehrsunternehmungen, die dem Personenverkehr dienen, zu kommunalisieren. Dies wird aber so lange nicht möglich sein, als der Kommunalbetrieb nicht rentabel arbeitet: zumal, worauf besonders hingewiesen werden muß, die Verkehrsunternehmungen, die sich in Privatbesitz befinden, nicht unerhebliche Überschüsse abwerfen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Berlins verlangt, daß der Verkehr sich den Produktionsverhältnissen nicht nur anpaßt sondern selbst produktionsfördernd wirkt. Nicht minder wichtig als der Personenverkehr ist da nun der **Güterverkehr**. Doch soll hier nicht der Lokalverkehr sondern nur der Fernverkehr einer kurzen Betrachtung unterzogen werden. Eisenbahn und Binne-schiffahrt sind die beiden Verkehrsmittel, die sowohl die Bevölkerung Berlins mit Lebensmitteln als auch die Industrie und den Handel versorgen.

Im Jahr 1920 betrug die Einfuhr per Bahn 11,5 Millionen Tonnen. Auf dem Wasserweg erhielt Berlin 2,3 Millionen Tonnen. Die Ausfuhr mit der Bahn betrug 3,7, per Schiff 0,6 Millionen Tonnen. Die Binnenschifffahrt ist mithin mit zirka 20 % an der Ein- und Ausfuhr beteiligt. Berlin muß nun ein großes Interesse daran haben den Schiffsverkehr zu heben, und zwar mit Rücksicht auf seine umfangreichen, zum Teil neuerbauten Hafenanlagen. Die Bedeutung der 11 Häfen ergibt sich aus folgenden Zahlen: Die gesamten Hafenanlagen umfassen einen Raum von 109,7 Hektar, die Wasserfläche 34,6 und die Landfläche 69,6 Hektar. Die Kailänge beträgt zirka 12 Kilometer; gedeckte Lagerräume sind in der Ausdehnung von zirka 129 150 Quadratmeter vorhanden, außerdem sind 224 150 Quadratmeter Freiladeflächen vorhanden. 2 moderne Kohlenlagerplätze von 35 000 Quadratmeter, ein Benzinlager, das rund eine Million Liter faßt, gehören ebenfalls zu den Anlagen. Gleisanlagen in einer Gesamtlänge von zirka 29,31 Kilometer, 71 Krane, 4 Elevatoren usw. ergänzen die Betriebe. Es gilt nun diese riesigen Anlagen ihren Zwecken dienstbar zu machen. Das ist keineswegs einfach. Die Güter, die für Berlin bestimmt sind, werden, sofern sie vom Ausland kommen, in Hamburg und anderen Küstenstädten eingelagert; erst wenn man sie dringend braucht, werden sie nach Berlin verladen. Der direkte Versand nach Berlin würde also eine Umladung respektive Einlagerung weniger notwendig machen, was erhebliche Verringerung der Transportkosten bedeutete.

Das Bestreben Berlins muß also dahin gehen in erhöhtem Maß Lager- und Umschlagplatz zu werden. Sollen die Hafenanlagen sich rentieren und voll ausgenutzt werden, so müssen über 1 Million Tonnen Güter mehr als bisher eingelagert respektive umgeschlagen werden. Dies wird nur möglich sein, wenn die Berliner Häfen in enge Beziehungen zu einflußreichen See- und Binnenschifffahrtsgesellschaften gebracht werden. Es wird dem reinen Kommunalbetrieb in absehbarer Zeit nicht möglich sein die Frage der erhöhten Güterzufuhr zu lösen, und um des Prinzips willen kann man die Anlagen, die ein Anlagekapital von 200 Millionen Goldmark repräsentieren, nicht unbenutzt lassen, zumal auch die Erhaltung der technischen Anlagen die Summe von 10 Millionen Mark jährlich erfordert. Die volle Ausnutzung der Hafenanlagen wird eine starke Förderung unserer Wirtschaft mit sich bringen und außerdem den Güterverkehr auf den mitteldeutschen Wasserstraßen stark beeinflussen. Dies ist um so notwendiger, als hier eine ungeheure Kräftevergeudung stattfindet. Man bedenke, daß von 7200 beladenen Schiffen 5700 Berlin leer verlassen, daß diese Schiffe oft wochenlang brach liegen, daß Tausende von Arbeitskräften ohne jede Beschäftigung sind. Dieser Umstand hat naturgemäß zur Folge, daß die Transportkosten nach Berlin unverhältnismäßig hoch sind. Eine straffe moderne Organisation im Güterverkehr, ein planmäßiges Zusammenwirken zwischen Eisenbahn und Binnenschifffahrt in Verbindung mit den See- und Binnenhäfen sowie den Produktionsstätten wird die Produktionskosten stark verringern und viele Kräfte für eine produktive Tätigkeit freimachen.

Alle Kräfte unseres Volkes aber zu wirklicher Entfaltung zu bringen, nicht nur irgendwie zu "beschäftigen", muß das Ziel unserer Produktionspolitik sein. Der Wiederaufbau Deutschlands (der in Wahrheit ein Neuaufbau ist) kann *nur* so von statten gehen.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quesel

England und
Europa

In der deutschen Tagespresse finden sich selten Aufsätze, die wirklich geeignet sind Aufklärung über die Probleme der auswärtigen Politik Deutschlands zu verbreiten. Selbst die Leitartikel der großen Tageszeitungen erweisen sich meistens, wenn sie sich der auswärtigen Politik zuwenden, nur als außenpolitische Feuilletons. Zuweilen steht man sogar unter dem Eindruck, als hielten die Auslandsredakteure unserer politisch führenden Blätter ihre Leser nicht für reif eine ernsthafte Behandlung außenpolitischer Fragen zu ertragen. Am stärksten überwuchert die feuilletonistische "Aufmachung" die sachliche Erörterung, wo unser Verhältnis zu England und Amerika in Frage kommt. Aus diesem Grund kann man sagen, daß sich der Londoner Korrespondent der Frankfurter Zeitung ein unzweifelhaftes Verdienst mit der Veröffentlichung einer Artikelserie über England und den Kontinent erworben hat, worin er von seinem, übrigens durchaus proangelsächsischen Standpunkt aus in realistischer Weise Englands Verhältnis zu Europa beleuchtet. An die Spitze seiner Erörterungen stellt er den Satz, England sei »im Grunde genommen keine europäische Macht«, und es genüge für die britische Europapolitik vollkommen, daß »Deutschland und Frankreich sich in Schach halten«. Es darf vielleicht darauf hingewiesen werden, daß die hier ausgesprochene Grundauffassung, zu der der von fast fanatischer Abneigung gegen Frankreich beseelte Korrespondent der großen südwestdeutschen Zeitung sicher nur sehr widerwillig gelangt ist, von der liberalen Presse bisher immer als eine besonders unnötige Behauptung der "Kontinentalpolitiker" betrachtet worden ist, obwohl die führenden Männer der britischen Politik immer und immer wieder betont haben, daß die starken Wurzeln der britischen Weltstellung und Wirtschaft nicht auf dem Kontinent sondern in Asien, Australien, Afrika und Amerika liegen, und es für Englands Europapolitik nur darauf ankomme sie vor europäischer Bedrohung zu schützen, da die machtpolitischen Ausstrahlungen des Kontinents sich leider bis an die schwachen Stellen des Britischen Reichs (Ärmel-

kanal, Suezkanal, Randländer Indiens) erstreckten. Das britische Imperium ist nicht nur weit sondern auch materiell und geistig stark genug, um ohne Europa leben zu können. Was Deutschland bisher geistig geleistet hat, wird man sich in London allerdings zu erhalten wissen, »aber man kann zur Not darauf verzichten sich den deutschen Geist durch Deutsche interpretieren zu lassen, man kann den Deutschen die Tür verschließen, und mit Frankreich liegt es, wenn es sein muß, nicht anders«. Bemerkenswert ist immerhin, daß der durchaus proenglische Korrespondent von seinem Londoner Beobachterposten aus die deutschen Politiker darüber aufzuklären versucht, daß das englische Weltreich sehr gut ohne Europa leben kann. Man könnte sogar sagen, daß England, wenn Europa infolge einer natürlichen Katastrophe in den Fluten des Meeres versänke oder infolge einer sozialen Katastrophe (wie Rußland) seine Export- und Importkraft einbüßte, besser, bequemer und ruhiger leben könnte als heute. Daher die britische Neigung mit den außereuropäischen Angelsachsen sich gegen Europa zu verbünden. Der Londoner Korrespondent der Frankfurter Zeitung bringt diesen Sachverhalt wie folgt zum Ausdruck: »Die Wirtschaft mit dem Kontinent ist lohnend, oder sie kann es sein, aber es ist für viele Engländer nur eine Frage der Organisation, ob die englischen Waren nach Europa oder nach anderen Weltteilen verkauft werden. Und man darf nicht vergessen: England ist zwar die Produktionsstätte einer hervorragenden Industrie, aber der Handel (im weitesten Sinne) ist für Großbritannien viel wichtiger. Die Verhältnisse sind anders als in Deutschland; vollends nach dem Kriege, bei dem England nicht nur Schiffe und Kolonien sondern die ganze überseeische Handelsorganisation Deutschlands errungen hat... Im britischen Imperium liegen ungehobene Schätze, und Asien ist ein weites Feld. Viele empfehlen das heute schon, weil sie glauben, in solcher Politik liege die natürliche Zukunft Englands, das Britische Reich sei das vornehmste Arbeitsfeld der Engländer. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den britischen Inseln und den Dominien und Kolonien haben sich in neuerer Zeit stark erweitert. Northcliffe stellt sein Propagandagenie in den Dienst dieser

Bewegung, ohne freilich daraus irgendwelche Konsequenzen für das englisch-französische Verhältnis zu ziehen. Lord Beaverbrook (Daily Express, Sunday Express), der selbst Canadier ist, wirkt in der selben Richtung. Er zieht aber die Folgerung: Rückkehr zur splendid isolation.« Doch dürfte es mit dieser Rückkehr so lange gute Weile haben, als für England die Gefahr der Entstehung eines Bundes der europäischen Völker unter französischer Führung besteht. Man weiß in London, daß die deutsche Vorstellung von dem moralisch und politisch isolierten Frankreich ein Trugbild ist. Fast mit den selben Worten, die vor Genua in den Sozialistischen Monatsheften zur Charakterisierung der starken kontinentalen Stellung Frankreichs gebraucht wurden, verweist der Korrespondent der Frankfurter Zeitung jetzt die Vorstellung von dem in Genua isolierten Frankreich in das Reich der Fabel. »Die Ziele und Methoden Frankreichs . . . mögen *moralisch* ziemlich isoliert sein. Aber doch nicht überall in der Welt; da ist Polen, da ist die Kleine Entente, und da ist England; wenigstens ein sehr ansehnlicher Teil Englands. Und daß Frankreich *politisch* isoliert sei, läßt sich noch weniger sagen.« Realität ist aber Frankreichs führende Stellung auf dem Kontinent, die England durch Italien, Rußland und Deutschland zu sabotieren versucht. »Eine europäische Hegemonie Frankreichs ist machtpolitisch für England in mancher Beziehung noch gefährlicher als ein deutscher Versuch zur Vorherrschaft. Der Observer zitierte neulich einen französischen Ausspruch, der höhnisch lautete: »England! Wir haben genug Kampfflieger, um England in Stücke zu schlagen.« Das ist vielleicht keine ganz repräsentative französische Meinung, aber die Versteifung Frankreichs auf den Uboothau (man denke an die Konferenz von Washington), die ungeheure Rüstung der französischen Luftflotte und die Möglichkeit, daß der Mensch zu einer chemischen Bestie werden könnte, erwecken in England schon wegen der Nähe der französischen Küste peinliche Gefühle.«

Zweifellos ist England heute in seiner Neigung sich von Europa abzukehren mehr durch rein politische als durch ökonomische Faktoren behindert. Wirtschaftlich kann das durch Krieg und Bolschewismus ruinierte Europa England als Absatzgebiet nur noch wenig bieten. Mit der industriellen Konkurrenz der valutaschwachen Länder Europas in

Übersee würde England aber bald reinen Tisch machen, wenn Frankreich, die Vormacht Europas, erst einmal entwaffnet wäre. Noch besitzen Lateinamerika, Ostasien und selbst Indien in gewissem Umfang die Freiheit ihre Waren dort zu kaufen, wo sie am billigsten sind. Nur politische Kinder können aber annehmen, daß sich England für seine 1½ Millionen Arbeitslosen nicht gewaltsam die überseeischen Märkte sichern würde, wenn es die Macht dazu hätte. Welches Volk könnte sich in Übersee noch gegen England und Amerika auflehnen, wenn der Kontinent völlig entwaffnet wäre? Daß aber die englischsprechenden Völker eine außenpolitische Einheit bilden, fangen jetzt selbst die deutschen Liberalen an zu begreifen. »England hat bei seinen Bestrebungen den höchst soliden Rückhalt seiner Verständigung mit Amerika. Sie ist offenbar so vollständig wie das nur sein könnte.« Selbst der Liberalismus beginnt jetzt einzusehen, daß die Angelsachsen aller Länder geeignet sind, leider muß man hinzufügen: unter imperialistischem Banner gegen die Völker Europas. Immer aber mangelt es noch an der Einsicht, daß, solange die Kontinentalvölker sich in innerm Hader verzehren, Europa nicht gesunden wird. Erst wenn wir begreifen, daß Europas Aufstieg seine politische Einigung voraussetzt, kann Europa wieder das Kulturzentrum der Menschheit werden. Wann werden die europäischen Völker erkennen, daß es keinen andern Weg gibt die Fehler der Friedensverträge zu beseitigen, als die Gründung eines europäischen Völkerbunds? Man hat jüngst die Idee der europäischen Verständigung, den Willen zur europäischen Völkerfreundschaft den »einzig produktiven Gedanken des 20. Jahrhunderts« genannt. Und das mit Recht. Um so schmerzlicher aber ist es die proangelsächsischen Irrungen der deutschen Außenpolitik lawinenhaft anschwellen zu sehen und konstatieren zu müssen, daß unter angelsächsischem Einfluß sich gerade auf deutschem Boden schwere Wolken bilden, die jenen sonnenhaften Gedanken Europa verdunkeln, dessen ferne Morgenröte gerade am Horizont aufzudämmern schien.

Polen und
Rußland

Der Rigner Friedensvertrag vom 18. März 1921 (gegen den das Exekutivkomitee der Konferenz der Mitglieder der russischen Konstituante in ihrem inhaltreichen, in Paris gedruckten Mémoire sur le traité de Riga feierlich Protest einge-

legt hat) gab Polen eine so gewaltige territoriale Ausdehnung, daß es fast in die Reihe der europäischen Großmächte erhoben ist. Mehr als 100 000 Quadratkilometer mit 4½ Millionen überwiegend russischer Bevölkerung fallen nach dem Rigaer Vertrag von Rußland an Polen. Gleichwohl sind Ausdehnung und Bevölkerungszahl Polens noch immer schwankend und unbestimmt, weil nicht feststeht, wie sich die in Warschau angestrebte Union mit Litauen gestalten wird. Fließt jedoch Polen mit Litauen zusammen, so wird der polnisch-litauische Staat annähernd die Größe des Deutschen Reichs erlangen, stünde aber insoweit günstiger da als Deutschland, als er für seine, etwa 30 Millionen zählende Bevölkerung eine ausreichende Nahrungs- und Rohstoffgrundlage hat, weshalb auch, trotz der militärischen Rüstung, eine Besserung der valutarischen Verhältnisse in Polen schon zu verzeichnen ist. Daß Polen zur Großmacht des slawischen Ostens emporsteigen konnte, daran hat die konsequent antifranzösische orientierte deutsche Außenpolitik einen zwar ungewollten, aber nicht unwichtigen Anteil. Denn sie veranlaßte Frankreich sich im Osten Sicherungen zu verschaffen, die es sonst hätte entbehren können. Noch ungeklärt und dunkel sind die Triebkräfte, die Polen bestimmten am 30. März 1922 das Rigaer Protokoll zu unterzeichnen. Insoweit dieses die Anerkennung "Sowjetrußlands" vorsieht, war es, ähnlich wie der Rapallovertrag, gegen die französische Rußlandpolitik gerichtet. Es scheint, daß England beim Abschluß des Rigaer Protokolls ähnlich wie beim Zustandekommen des Rapallovertrags im Hintergrund tätig war. Dafür spricht die Erklärung des polnischen Ministerpräsidenten Ponikowski im Sejm ausschluß, daß der polnische Gesandte Jodko, als er Polen zur de iure-Anerkennung der bolschewistischen Regierung verpflichtete, seine Instruktionen überschritten hätte.

Über die zukünftige Stellung Polens zu Rußland lassen sich nur Vermutungen äußern. Völlig in den Wolken schweben die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, weil dieses zurzeit keine Agrarprodukte besitzt, die es gegen polnische Industrieerzeugnisse austauschen könnte. Die Auseinandersetzungen über die zukünftige russisch-polnische Handelspolitik haben daher auch nur akademische Bedeutung. Immerhin bleibt zu beachten, daß sich der polnische Volkswirt Thomas

Lulek in seinem jüngst veröffentlichten Werk über die Hauptprobleme der Handelspolitik in Polen für ein handelspolitisches Bündnis mit Rußland einsetzt, das so eng sein soll, daß man es fast schon als Zollunion bezeichnen könnte. Jedenfalls steht die nationalistische Einstellung Polens zu Rußland mit seinen ökonomischen Interessen in Widerspruch. Wirtschaftlich sehnt Polen den Sturz des bolschewistischen Regimes herbei, dessen Unproduktivität jeden größeren Handelsverkehr mit dem Osten unmöglich macht; politisch scheint Polen dagegen die Erhaltung der Bolschewistenherrschaft nicht unvorteilhaft zu sein, weil diese Rußland zur Einflußlosigkeit verurteilt. In gewissem Widerspruch hierzu stand freilich die Panik, die die Bekanntgabe des Rapallovertrags in Warschau hervorrief. Allein, dies erklärt sich daraus, daß Polen sich plötzlich von 2 Seiten bedroht glaubte. Die Folge war, daß die Militärs sofort auf den Plan traten, die Sejmkommission sich über die Operationsbereitschaft nach beiden Fronten Bericht erstatten ließ, und die nationalistische Presse einen 40 Milliarden-Kredit zur Verstärkung der Rüstungen forderte. Obwohl sich inzwischen die Gemüter etwas beruhigt haben, wirkt der Rapallovertrag mit voller Kraft fort als »das vielleicht stärkste Mittel, um die Militarisierung zu propagieren, zu beschleunigen und zu intensivieren«. Nicht zu leugnen ist auch, daß, je mehr Rußland verelendet, um so stärker in Warschau der Geist der Kriegsbereitschaft gegen Deutschland wird, dessen Ziel die Eroberung ganz Oberschlesiens und Ostpreußens ist. Man hält es in Warschau vielfach für ratsam mit Deutschland abzurechnen, ehe das bolschewistische System zusammenstürzt. Die Besonnenheit Frankreichs stand bisher den polnischen Angriffsplänen entgegen. Die Gegner der Erfüllungspolitik, die es im Vertrauen auf den angelsächsischen Beistand auf einen Bruch mit Frankreich ankommen lassen wollen, sollten nicht vergessen, daß es in Warschau sehr viele Politiker gibt, die den Einmarsch in das Ruhrrevier und damit die Abschneidung Deutschlands von allen zur Verteidigung notwendigen Kraftquellen als Signal erwarten, um Ostpreußen und Schlesien zu besetzen.

Deutsches Militärsystem Wichtiges Material zur Erklärung des allgemeinen Verfalls des deutschen Militärsystems vor dem Weltkrieg und während seiner Dauer, das zweifellos die

auswärtige Politik der Ententemächte stark beeinflußt hat, liefert uns der französische General Buat in einer kleinen, aber sehr aufschlußreichen Schrift *Die deutsche Armee im Weltkriege*, deren Übersetzung und Herausgabe der Hauptmann Krause besorgt hat (München, Wielandverlag/. Wir erfahren aus Buats Buch, daß im 2. Bureau des französischen Hauptquartiers sorgfältig alles Material über das Erscheinen und Verschwinden der deutschen Divisionen an der Westfront zusammengetragen und gesichtet wurde. Der Chef dieses Bureaus war General Buat selbst, der schließlich auf Grund der angehäuften Dokumente für jede deutsche Division eine »regelrechte Stammrolle« in der Hand hatte. Zugleich erlangte er damit auch einen sichern Einblick in das Manövrieren der deutschen Armee auf der innern Linie, das heißt in die Truppenverschiebungen vom Westen nach dem Osten und umgekehrt. Unter anderm erfahren wir von Buat, daß zur Niederwerfung der Kerenskij-offensive im Sommer 1917 die starke deutsche Truppenmacht an der Ostfront doch nicht ausreichte, und eine Anzahl guter Divisionen von der Westfront nach dem Osten geschafft werden mußte. Es waren immerhin 9 Divisionen erforderlich, um den letzten Schlag gegen die neue russische Revolutionsarmee zu führen, so daß deren Kampfwert nicht so niedrig gewesen sein kann wie häufig behauptet worden ist. Von der kaiserlichen Armee von 1914 spricht Buat insoweit mit tiefer Verachtung, als sie auch nicht entfernt die Stärke aufwies, die sie auf Grund der Zahl der Wehrfähigen hätte haben müssen. In dem Mißverhältnis der ausgebildeten Truppen zu den Wehrfähigen sieht Buat eine schwere Verfehlung des kaiserlichen Generalstabs, und er führt auf sie Deutschlands Niederlage im Sommer 1914 zurück. Wer da weiß, wie grimmig vom deutschen Generalstab der alte, hochverdiente General Caspar Haeusler behandelt wurde, der als Zentrumsabgeordneter die große Mehrheit des Reichstags für eine radikale Armeereform im Sinn Buats gewonnen hatte, die die Aufstellung neuer Millionenheere gleich zu Beginn des Krieges ohne vermehrte Kosten ermöglicht hätte, wird Buat nicht unrecht geben können. Falkenhayn und sein unfähiger Anhang brachten dann die Reichstagsmehrheit wieder ins Schwanken, indem sie Haeusler als halben Hochverräter hinstellten. Haeusler forderte bekanntlich die 18monatige

Dienstzeit für die voll militärtauglichen Wehrpflichtigen, um auf diese Weise für ein halbes Jahr Lehrpersonal und Kasernen zur Ausbildung der minder Tauglichen frei zu bekommen, die beim alten System völlig unausgebildet blieben. Das Haeuslersche System, das jetzt auf Grund der Kriegserfahrungen in Frankreich als das billigste und wirksamste zur Geltung gebracht worden ist, hätte die Neuausbildung von Millionenheeren ermöglicht, ohne die damaligen Gesamtausgaben für das Heer erheblich zu erhöhen. Nach dem Urteil des Generals Buat hätte die deutsche Armee im Sommer 1914 mit einem Plus von Divisionen, wie es durch 6monatige Ausbildung der Ersatzreserve leicht und ohne Mehrausgaben, ja sogar ohne Zustimmung des Reichstags, und zwar allein auf Grund der schon vorhandenen Militärgesetze und der kaiserlichen Kommandogewalt zu erreichen gewesen wäre, »die linke französisch-englische Flanke bis an die Küste der Nordsee und des Ärmelkanals vortreiben können. Dann wären die England am nächsten gelegenen Flottenstützpunkte besetzt und Großbritannien direkt bedroht gewesen. Mehr noch: Die Marneschlacht wäre unmöglich gewesen.« Im Licht der Kritik des Generals Buat, die übrigens streng militärisch, extrem nüchtern und durchaus sachlich ist, erscheint Deutschlands militärischer Zusammenbruch wesentlich anders als er uns in den Memoiren der kaiserlichen Heerführer geschildert wird. Wer, wie der Verfasser dieser Rundschau, den Kampf des Großen Generalstabs mit dem General Haeusler im Reichstag miterlebt hat, wird gar nicht umhin können die Buatsche Auffassung als diejenige militärische Ansicht zu verteidigen, die der Wahrheit am nächsten kommt.

Totenliste

Giacomo della Chiesa, der als Papst den Namen *Benedict XIII.* angenommen hatte, ist am 23. Januar 1922 gestorben. Im Weltkrieg wurde er vielfach als ein Freund Deutschlands angesehen. Das war er aber ganz und gar nicht. Er wünschte den Sieg Italiens und der Entente. Einen ehrlichen Verständigungsfrieden zu vermitteln war er dennoch stets bereit, wenn auch der Siegfrieden, der 1918 wurde, mehr seinen Wünschen entsprach. Oft hat er nach dem deutschen Zusammenbruch die Worte wiederholt: »Der Hauptbesiegte ist und bleibt Luther. Der hat den Krieg verloren.« Über die Friedensaktionen Benedicts

herrscht Streit. Wahrscheinlich ist, daß England den päpstlichen Stuhl mit herangezogen hat, um Bethmann Hollweg davon abzuhalten die Friedensmöglichkeiten, die sich im Osten eröffneten, auszunutzen.

Im Januar ist, 84 Jahre alt, der Historiker *James Bryce* gestorben, der seinerzeit den Bericht über die belgischen Greuel unterzeichnet hatte. Bryce gehörte zu dem in Deutschland seltenen, in England und Frankreich häufigen Typus der Gelehrten, die daneben führende praktische Politiker sind. Sein Hauptwerk ist die 3bändige Geschichte des *American Commonwealth* /1888/, eine der besten Quellen zur Kenntnis der amerikanischen Republik. Auch seine Schrift *Transcaucasia and Ararat* /1877/ und seine *Impressions of South Africa* /1897/ sind recht aufschlußreich. In seinen *Studies of Contemporary Biography* /1903/ schildert er in fesselnder Weise bedeutende Politiker, Juristen und Historiker seiner Zeit; so namentlich *Disraeli* und *Gladstone*.

Am 2. März starb in Davos, wohin er zur Beerdigung seines Sohnes gereist war, der schweizerische Gesandte in Berlin *Alfred von Planta* an einer Lungenentzündung. *Planta* hatte im Juli 1919 als Nachfolger *Merciers* die Leitung der eidgenössischen Gesandtschaft in Berlin übernommen. Er war zuerst Legationssekretär in Wien, wurde 1910 Mitglied des schweizerischen Nationalrats, 1915 Präsident; von 1914 bis 1918 wirkte er als Gesandter in Rom, wo er sich während des Krieges um die Vertretung der deutschen und der österreichischen Interessen verdient gemacht hat.

Sein Nachfolger *Gaston Carlin* wirkte nur 12 Tage in Berlin. Er wurde am 13. Juni auf einem Spaziergang von einem Schlaganfall dahingerafft. *Carlin* war der Sohn des Berner Rechtsgelehrten *Carlin*. Er stand in seinem 62. Lebensjahr und hatte eine lange, erfolgreiche diplomatische Tätigkeit hinter sich.

Am 1. April starb im Exil in Funchal der frühere Kaiser *Karl von Habsburg* in seinem 35. Lebensjahr. Über die auswärtige Politik des Verstorbenen gehen die Meinungen noch weit auseinander. Man sagt, er hätte den Gedanken an den Erwerb der polnischen Krone erst aufgegeben, als der Zusammenbruch der Mittelmächte schon vollzogen war. Auch das Angebot *Elsaß-Lothringen* an Frankreich zurückzugeben sei nicht aus einer klugen, realpolitischen Einschätzung der Kriegsaussichten heraus erfolgt, sondern

weil er geglaubt habe damit seine dynastischen Interessen mit der Gegenseite zu einem bessern Erfolg führen zu können. Ob diese Vorwürfe in vollem Umfang berechtigt sind, muß dahingestellt bleiben, obwohl zugegeben werden kann, daß das dynastische Moment bei seiner außenpolitischen Orientierung naturgemäß stark mitwirkte.

Kurze Chronik Zwischen *Estland, Lettland, Polen und Tschechien* ist eine Eisenbahnkonvention abgeschlossen worden, von der man erwartet, daß sie auch die außenpolitischen Beziehungen dieser Staaten günstig beeinflussen wird. ◊ In *Polen* ist das Kabinett *Ponikowski* zurückgetreten, weil seine Außenpolitik nicht die Billigung des Präsidenten *Pilsudski* fand. Die polnische Kabinettskrise ist wohl auf Genua zurückzuführen, wo das Kabinett *Ponikowski* eine zuweilen schwankende Haltung einnahm, die *Pilsudski* für die ungetrübte Aufrechterhaltung der polnisch-französischen Militärkonvention bedenklich erschien. ◊ Der Gemeinderat von Triest verlangt die Wiederherstellung des *Freihafensystems* mit der Begründung, daß der im Versailler Vertrag Deutschland auferlegte Zwang einen Teil des Hamburger Hafens Tschechien zur Verfügung zu stellen sich für den nordischen Hafen als großer Vorteil zuungunsten Triests erwiesen habe.

Literatur

Neues Licht auf Bismarcks auswärtige Politik wirft die Rektoratsrede *Felix Rachfahls* Bismarcks englische Bündnispolitik /Freiburg, Theodor Fischer/, die Bismarck auch insoweit als einen typischen Deutschen erscheinen läßt, als er immer von neuem wieder versucht England für ein Bündnis mit Deutschland zu gewinnen. Bei jeder Wendung der kontinentalen Politik streckt er seine Hand, Freundschaft werbend, über den Kanal. *Rachfahl* kommt auf Grund von Quellen deutscher wie auch englischer Herkunft zu der Auffassung, daß Bismarck, seitdem er für den Fall eines französischen Angriffskriegs zur Zurückgewinnung *Elsaß-Lothringens* nicht mehr mit Gewißheit auf die wohlwollende Neutralität Rußlands zählen durfte, seitdem er diese Gefahr durch die Orientkrise gesteigert sah, eine deutsch-englische Defensivallianz mit der Spitze gegen Rußland und vor allem gegen Frankreich als das idealste und radikalste Mittel einer Garantie für die Sicherung Deutschlands

vorschwebte. All die andere Politik, die er trieb, war lediglich ein künstlicher Notbehelf, weil er das nicht haben konnte, was er für das beste erachtete. Aber alles Werben war umsonst. England dachte gar nicht daran Deutschland Elsaß-Lothringen zu garantieren. Es war im Gegenteil daran interessiert den Streit um Elsaß-Lothringen zu konservieren, um Frankreich, Rußland und Deutschland gegen einander in Schach und den ganzen Kontinent unter Kriegsdrohung zu halten. Rachfaß feiert Bismarck als Meister der auswärtigen Politik, weil er es nach jedem mißlungenen Bündnisversuch in London immer wieder verstand das Steuerruder schnell nach der russischen Seite umzustellen. Die Frage ist aber wohl erlaubt, ob die Erhaltung des kontinentalen Friedens nicht auch durch eine deutsch-französische Verständigung auf der Basis einer Lösung Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reich unter Aufrechterhaltung seiner wirtschaftlichen Verknüpfung mit Deutschland durch eine Zollunion hätte erreicht werden können. Diese Lösung hätte beide Völker zufrieden stellen und den Frieden Europas sichern können. Da Bismarck auf diesen Gedanken, der von den Freunden Deutschlands in Frankreich propagiert wurde, nicht eingehen wollte, und er eine englisch-deutsche Defensivallianz nicht erlangen konnte, blieb ihm nur das »Spielen mit den 5 Kugeln« übrig, das seine Nachfolger sich fortzusetzen nicht getrauten. So glich das Deutsche Reich einem Bau auf einem mit dünner Erdschicht überdeckten Pulverlager, das die englische Politik jederzeit zur Explosion zu bringen vermochte. ♦ Von *Rudolf Kjellén* ist jetzt eine neue Arbeit Dreibund und Dreiverband erschienen (München, Duncker & Humblot), die insoweit einen bedeutenden Fortschritt in der außenpolitischen Erkenntnis des Autors darstellt, als dieser nunmehr auf Grund des neuen Materials, das die Nachkriegszeit zutage gefördert hat, im britischen Imperialismus die eigentlich treibende Kraft zum Weltkrieg erkannt hat. Der stärkste Mangel der früheren Kjellénschen Publikationen, in denen er die französische Revanchepolitik und den russischen Panславismus (die beide doch nur Hilfsmittel in der Hand des britischen Imperialismus waren) in ihrer den Frieden störenden Kraft stark überschätzte, und die darum gerade während des Weltkriegs keinen günstigen Einfluß ausübten, ist damit überwunden worden.

Innenpolitik / Hermann Schützinger

Selbstverwaltung Das Deutsche Reich und die deutschen Bundesstaaten sind durch die Revolution des Jahres 1918 nach außen Republiken geworden, im Innern aber macht sich noch der gesamte Verwaltungsapparat des monarchistischen Obrigkeitsstaats breit. Während die alten demokratischen Staatsgebilde: England, die Vereinigten Staaten, Holland und etwa die Schweiz, einen in jahrhundertelanger Entwicklung ausgereiften innern Aufbau ihres Gemeinwesens besitzen, der sich meist auf dem Fundament der Gemeinde- und Bezirksselbstverwaltung erhebt, stehen wir deutschen Republikaner vor einem Staat, dessen zentralistischer Apparat durch die einheitliche Macht der Monarchie und des Heeres funktionierte. Diese Voraussetzungen sind nicht mehr vorhanden und werden kaum wiederkehren. Wollen wir aber den deutschen Volksstaat nun endlich auch im Innern, das heißt in seiner Verwaltung, mit republikanischem Geist erfüllen, so dürfen wir uns nicht mit Flickwerk begnügen. Wir müssen an Stelle der alten Kräfte des zentralistischen Staatsorganismus neue setzen. Wir finden sie in der Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung gewährt Autorität nicht durch materielle Macht sondern durch die genossenschaftliche Mitverantwortung der Beteiligten. Sie macht es möglich die Verwaltung der natürlichen Gliederung des Volkes anzupassen und dadurch eine gesunde Dezentralisation herbeizuführen. Sie ist dem wirklichen Leben näher, weil sie die Durchführbarkeit ihrer Maßnahmen in einem von ihr selbst übersehbaren Umfang nachprüfen kann.

Selbstverwaltung und bundesstaatlicher Aufbau sind 2 innenpolitische Probleme, die eng mit einander verflochten sind. Was hilft uns ein preußischer Selbstverwaltungsstaat, wenn sich in den kleinen Bundesstaaten das Alte in aller Zähigkeit noch erhält? Nehmen wir zum Beispiel nur die innere Struktur der beiden größten Bundesstaaten: Preußen und Bayern, vor, um die Gegensätzlichkeit des Verwaltungsapparats zu kennzeichnen. Bayern, das Land, das sich in erster Linie zum Kampf gegen den Berliner "Zentralismus" berufen fühlt, ist selber das am zentralistischsten regierte Land. Die Landgemeinden unterstehen dem Bezirksamt, Städte und Bezirksamter der Kreisregierung, die Kreisregierungen dem Ministerium des Innern. Die "Untertanen" des Bezirksamts haben

nicht den geringsten Einfluß auf die Führung der Verwaltungsgeschäfte und die Besetzung des Bezirksamtmanipostens. Die Kreisregierung hat zwar eine Art Volksvertretung, den Landrat, zur Seite; aber diese hat keinerlei Einfluß auf die Verwaltungsgeschäfte. Die Folge ist, daß die örtlichen Verhältnisse nicht genug beachtet werden, weil einfach außer dem Landtag niemand da ist, der sich um die Wünsche einer Gemeinde oder eines Bezirksamts kümmert. Preußen hat, dank den Reformen des Freiherrn vom Stein, ein Verwaltungssystem, das an und für sich weniger zentralistisch ist als das bayrische, trotzdem aber immer noch von dem Volksstaatsideal der Selbstverwaltung himmelweit entfernt bleibt. Die preußische Provinz baut sich auf den Bezirksregierungen auf, die wiederum auf den Landratsämtern der Kreise fußen. Dem Landrat steht ein Kreisausschuß zur Seite, der als Beschlußbehörde fungiert. Der höchste Beamte der preußischen Provinz, der Oberpräsident, wird vom Landeshauptmann vertreten und beraten, der vom Provinziallandtag gewählt wird. Ein gewählter Bezirkausschuß fungiert als Gerichtshof in Verwaltungstreitsachen. In der preußischen Landesregierung finden sich also wenigstens Ansätze zur Selbstverwaltung. In Bayern aber ist der Beamte der unumschränkte Machthaber: die »bloße Kreatur seiner vorgesetzten Behörde, praktisch ihr Diener, ohne eigenes Urteil und ohne eigenen Willen; der Bevölkerung gegenüber der Herr«, wie selbst die Allgemeine Rundschau, eine der Bayerischen Volkspartei sehr nahe stehende politische Wochenschrift, schreibt. Die preußische Städte- und Landgemeindeordnung ist unterdessen im Entwurf herausgekommen, das bayrische Selbstverwaltungsgesetz aber ruht immer noch im Schoß der Landtagsausschüsse.

Die Teilung der Gewalt zwischen oben und unten, unter Ausschaltung bürokratischer Zwischenglieder ist das Kernproblem der Selbstverwaltung. Die zentrale Verwaltungsmaschinerie muß von Aufgaben entlastet werden, die besser und sachgemäßer von anderen Stellen ausgeführt werden können. Dann kann die Zentrale sich mehr mit den entscheidenden Fragen der Staatsverwaltung beschäftigen, während sie jetzt durch den Kleinkram der Bezirke und Provinzen davon abgehalten wird.

Der Begriff Selbstverwaltung schließt auch die finanzielle Autonomie mit ein, soweit sie für die Erfüllung der lokalen

Aufgaben in Betracht kommt. Die augenblickliche Krisis in der Finanzwirtschaft von Reich, Staat und Selbstverwaltungskörpern steht in engem Zusammenhang mit der Krisis des Staates. Die finanziellen Schwierigkeiten der Selbstverwaltungskörper werden zweifellos zu einer Selbsthilfe und damit zu einer Katastrophe für den Staat führen, wenn nicht grundlegende Änderungen erfolgen. Von der Finanzlage der sogenannten bayrischen Selbstverwaltungskörper entrollte der bayrische Minister des Innern am 18. Mai im Landtag ein sehr trübes Bild. Die Kreise, Bezirke und Gemeinden könnten wohl auf Jahre hinaus nicht damit rechnen, daß ein Haushaltsplan auch nur einigermaßen eingehalten würde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Gestaltung der Kreise und Bezirke nach Aufbau, Zusammenhang und geldlicher Ausstattung geändert werden müsse, doch könnten im Augenblick irgendwelche gesetzgeberischen Beschlüsse nicht gefaßt werden. Das Rechnungsjahr 1920 habe wohl in allen Bezirken ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben erreicht; 1921 aber habe nur die Hälfte der Ausgaben gedeckt werden können, und für 1922 seien die trübsten Zustände zu erwarten. Bei dieser traurigen Lage der Körperschaften, die man nur sehr bedingt als Selbstverwaltungskörper bezeichnen kann, ist für die Übergangszeit zu fordern: Befreiung dieser Verbände von den eigentlich dem Staat obliegenden Lasten bis zur Regelung ihrer finanziellen Autonomie, Zuweisung von Zuschüssen statt von Vorschüssen bei der reichsgesetzlichen Erhöhung der Beamtgehälter. Den neu zu bildenden wahren Selbstverwaltungskörpern ist die Einkommensteuer so weit zur Verfügung zu stellen, daß sie selbstständig wirtschaften können und dann insdinst gesetzt werden weitere Aufgaben der allgemeinen Staatsverwaltung und der Reichsfinanzverwaltung zu übernehmen. Wie weit wir noch von einer wahren Selbstverwaltung entfernt sind, zeigt die Tatsache, daß die bayrischen Großstädte, die bekanntlich sozialistische Stadtratsmehrheiten haben, mit staatlichen Polizeidirektionen bedacht worden sind, deren Leiter innerhalb ihres Wirkungsbereichs sicherlich nicht im Sinn der Einwohnerschaft amtieren.

Deutsches Reich: Neugliederung

Oberstes Ziel der deutschen Innenpolitik muß die Erstickung der Reichseinheit sein. Dazu aber ist eine Neugliederung des Reichsganzen notwendig. Die alte

preussische Machtvorstellung hat seit vielen Jahrzehnten dem deutschen Einheitsgedanken schweren Schaden zugefügt. Der Reichstag beschäftigte sich Ende Juni mit dem Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung, der sich mit der Neugliederung der Länder befaßt. Die Weimarer Verfassung hatte für die Anwendung des Artikels 18 eine Sperrfrist von 2 Jahren vorgesehen. Außerdem hatten die Fraktionen des Reichstags vereinbart mindestens noch auf 1 Jahr Absplittierungsversuche in größerem Umfang hinzuzuhalten. Wenn der Gesetzentwurf trotzdem vorgelegt wurde, so geschah es wegen der Autonomie für den deutsch bleibenden Teil Oberschlesiens. Nach längerer Debatte ging der Gesetzentwurf an den Rechtsausschuß.

Durch eine Fortführung des preussischen Partikularismus würde der großdeutschen Idee alle Hoffnung auf Erfüllung geraubt werden. Ein "Größeres Preußen" ist ebenso wie das "Größere Bayern", wenn die Grenzverschiebung lediglich einer partikularistischen Tendenz entspringt, für die Reichseinheit von Übel. Das führende bürgerliche Organ Nordbayerns, der Fränkische Kurier, hatte unter dem Titel Das größere Bayern einen Artikel losgelassen, der mit aller Beredsamkeit für die Abtretung Südthüringens an Bayern Stimmung machte. Das Presseamt Thüringens setzte sich zur Wehr. Auf die nach Weimar gerichtete Beschwerde der bayrischen Regierung teilte das thüringische Ministerium dem bayrischen Ministerium des Äußern mit, daß es in dem Aufsatz eine berechtigte Abwehr gegenüber dem Artikel des Fränkischen Kuriers erblicke. Unter dem Schlagwort des Größern Bayerns wird im katholischen Süden Bayerns für den Anschluß von Tirol und Salzburg, im protestantischen Norden für den Anschluß Thüringer Gebietsteile Stimmung gemacht. Der Gedanke eines katholischen Bayernstaats, durch früher österreichisches Gebiet vergrößert, mit dem gesinnungsverwandten Ungarn in Freundschaft verbunden, ist nicht neu. Neu ist nur der Lockruf an Thüringen mit dem Argument der fränkischen Stammeszugehörigkeit. In Wirklichkeit handelt es sich gar nicht um den Zusammenschluß fränkischer Stammesgebiete. Bayern ist ja selbst ein Konglomerat altbayrischer, fränkischer, schwäbischer und rheinländischer Stämme. Großpreussische und großbayrische Separationspolitik wird deswegen doch niemals die Entwicklung zur innerdeutschen Neugrup-

pierung nach selbständigen Stämmen, unter Berücksichtigung der einzelnen Wirtschaftsgebiete, aufhalten können. Hier werden sich vielleicht einmal die Bayern mit den Tirolern finden, vielleicht auch die Thüringer mit den bayrischen Franken, aber nicht unter dem Szepter Wittelsbachs sondern als autonome Gliedstaaten des großdeutschen Volksstaats. Auch die von den bayrischen Partikularisten neuerdings angestrebte Arbeitsgemeinschaft zwischen den süddeutschen Staaten wird daran nichts ändern, besonders nachdem man in Stuttgart und Karlsruhe wenig Gegenliebe gefunden hat.

Die Schäden des großdeutschen Verwaltungszentralismus legt der Führer der bayrischen Sozialdemokraten, Erhard Auer, in der Breslauer Volkswacht klar. Auer wendet sich gegen die formaljuristische Behandlung der Fragen der Reichseinheit, durch die die finanzielle Erdrosselung der Länder und Gemeinden nicht gemildert werden könne. Eine derartige einheitliche Leitung des Reichs sei auf die Dauer nicht möglich, wenn der Komplex Preußen unangetastet bleibe. Bei der heutigen Größe Preußens ergebe sich aus den Verhältnissen selbst eine weitgehende Mitbestimmung der Reichspolitik durch preussische Instanzen, auf die die Reichsregierung wegen der Durchführung ihrer Maßnahmen besondere Rücksicht nehmen müsse. Es trete gelegentlich eine Vermischung der Kompetenzen ein, aus der sich eine Undurchsichtigkeit der Verwaltung und die Aussichtslosigkeit aller Bemühungen um demokratische Kontrolle ergebe. Die Größe des preussischen Verwaltungsgebiets mache zudem eine halbe Autonomie der Provinzen notwendig und vermehre so noch das Gewirr der Instanzen. Ein Aufgehen von Kleinstaaten in dem unorganischen Gebilde Preußens bedeute keinen Fortschritt auf dem Weg zur Stärkung der Reichseinheit. Nur organische Neugliederung des Reiches auf den Tragsäulen der deutschen Stämme könne das Produkt dynastischer Hausmachtspolitik: die deutschen Kleinstaaten, beseitigen. Dem süddeutschen Partikularismus und Separatismus wäre ein rasches Ende bereitet, wenn das Übergewicht Preußens innerhalb des deutschen Staatsgebildes beseitigt würde.

Republik und Fürstenbesitz Die Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und dem vormaligen Königshaus fand noch keinen endgültigen Abschluß. Der Finanzminister hat eine

Reihe Gutachten eingefordert, darunter auch eines des Professors Schücking; er erörterte den ganzen Fragenkomplex sowohl mit Vertretern des vormaligen Königshauses wie mit dem preußischen Justizminister. Auf Grund dieser Verhandlungen gedenkt er seine Anträge an das Staatsministerium zu richten, dessen Sache es ist sich über die weitere Behandlung der Materie durch den Landtag schlüssig zu werden. Bei der Trennung des Eigentums besteht die große Gefahr, daß organisch Zusammenhängendes auseinandergerissen wird. Zur Wahrung der geschichtlichen und künstlerischen Werte haben Vertreter der Kunst und Wissenschaft eine Kundgebung erlassen, die die Regierung auf die Pflicht hinweist das geistige Eigentum der Nation als Denkmal ihres Bildungs- und Kunstfließes unversehrt der Allgemeinheit zu erhalten. Die Frage der Entschädigung der Hohenzollern ist durch die Eröffnung der Diskussion über das sogenannte Testament Friedrich Wilhelms III. in ein neues Stadium getreten. Die geschichtliche und staatsrechtliche Kritik verneint das Vorhandensein eines rechtsgültigen Testaments, da die Bruchstücke von letztwilligen Verfügungen nicht als solches angesprochen werden könnten. Dieser Rechtsstreit ist von Bedeutung für die Höhe der Entschädigungssumme. Die Lösung der Frage muß zweifellos die Rückerstattung dessen zur Folge haben, worauf der preußische Staat seit dem Todestag Friedrich Wilhelms III. einen unangreifbaren Anspruch hat.

In Bayern hat die Abfindung des Hauses Wittelsbach auch bereits Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen, vor allem in einer Protestversammlung des Republikanischen Reichsbundes Bayern in München gegeben. Die Unterscheidung zwischen dem, was Eigentum der Wittelsbacher war und ist, und dem, was durch die Übertragung des Domänenbesitzes als »unveräußerliches Staatsgut« Eigentum des Volkes wurde, ist sehr schwierig. Preußen, Württemberg und Sachsen vollzogen schon vor dem Krieg eine ziemlich sichere Abgrenzung des staatlichen und fürstlichen Vermögensbereichs durch »Verstaatlichung« der Domänen. In einer Anzahl anderer Staaten wurden die Domänen noch im 19. Jahrhundert ausdrücklich als Eigentum der regierenden Familie erklärt. Eine klare Teilung des Domänenbesitzes zwischen Staat und Fürstenhaus endlich wurde schon längst in Hessen, Oldenburg, Sachsen-Gotha, Altenburg und An-

halt vorgenommen. Die Wittelsbacher allein haben das Malheur gehabt unter dem Druck des freigeistigen und liberalen Ministerpräsidenten Graf Montgelas die Umwandlung des Krongutes in ein »unveräußerliches Staatsgut« statutarisch für alle Zeiten festgelegt zu sehen. Nun versuchten sie sich durch ein Rechtsgut haben des Münchener Rechtsgelehrten Beyerle aus der Schlinge zu ziehen und fast das gesamte unveräußerliche Staatsgut für sich in Anspruch zu nehmen. Dagegen protestierte eine Resolution des Republikanischen Reichsbunds Bayern, sie machte es den politischen Parteien, die sich zur Republik bekennen, zur Pflicht durch Ausarbeitung von Gegengutachten den beabsichtigten Raub des kostbarsten bayrischen Volksguts illusorisch zu machen.

Republikanischer Reichsbund

Am 29. und 30. April fand in München die erste Tagung des Republikanischen Reichsbunds statt. Die Konferenz führte zu der Vereinigung aller republikanischen Organisationen, zu dem gemeinsamen Spitzenverband des Republikanischen Reichsbunds. Es wurde beschlossen ein republikanisches Abzeichen für das ganze Reichsgebiet einzuführen, eine republikanische Hymne zu veröffentlichen und eine Bundeszeitung herauszugeben. Der Reichspräsident Ebert, der Reichskanzler Wirth, der ehemalige österreichische Bundeskanzler Renner und eine Anzahl Landesregierungen hatten Telegramme gesandt. Der ehemalige Reichsminister Hugo Preuß sprach über die Notwendigkeit der republikanischen Staatsform für Deutschland. Er legte dar, daß die Wurzeln des deutschen Volksstaats in der großdeutschen Einheitsbewegung von 1848 aufzufinden seien. Die Erhaltung der deutschen Republik sei eine nationale und internationale Notwendigkeit und Pflicht des deutschen Volkes. Ludwig Quidde sprach über die Bedeutung der Demokratie und Republik für den Völkerfrieden. Der Bearbeiter dieser Rundschau kennzeichnet den Charakter der republikanischen Propaganda in Bayern, die unter Bloßstellung des Kahr-Poehnerschen Regimes den monarchistischen Pseudofreistaat in eine demokratische Republik organischer Selbstverwaltung umwandeln müsse.

Kurze Chronik Der aus Sozialdemokraten und Unabhängigen zusammengesetzten Regierung Sachsens hatten die Kommunisten bisher die parlamentarische Unterstützung ge-

währt, lehnten aber kürzlich in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien den Justizetat ab. Die Situation wurde noch dadurch verschärft, daß in der selben Sitzung der Antrag der sozialistischen Parteien angenommen wurde den 1. Mai und den 9. November in Sachsen zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären. Darauf brachten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei einen formellen Antrag auf Volksentscheid ein, der auf die Auflösung des Landtags hinzielt. Der Antrag der Rechtsparteien wurde jedoch mit 48 sozialistischen Stimmen gegen 47 Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt. $\diamond$ Die Wahlen zum Landtag *Waldecks* brachten den Sozialdemokraten 4 Sitze, den Demokraten 2, den Unabhängigen 1, dem Landeswahlverband (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Landbund und Handwerkerbund) 9. $\diamond$ Der sächsische Landtag beschloß, wie oben erwähnt, den 1. Mai und den 9. November zu *republikanischen Feiertagen* zu erklären. Der 1. Mai wurde auch durch den thüringischen Landtag als gesetzlicher Feiertag anerkannt. $\diamond$ Am 14. Mai wurde in München die *Fahne der deutschen Republik* von deutschnationalen Rowdies heruntergeholt und verbrannt. Einmütig protestierten die sozialdemokratische und die demokratische Presse Deutschlands gegen diesen Akt der Selbstbeschmutzung. Lediglich die Deutschnationale Volkspartei Münchens erhob Einspruch gegen die »aufreizende Hissung der neudeutschen Fahne des Umsturzes und des Klassenkampfes«.

Literatur Die deutsche Verfassungsliteratur erfuhr eine neue Bereicherung durch das Buch *Adolf Hedlers* Die deutsche Verfassung im Wandel der Zeiten (in der Schriftenreihe Hilfsbücher für Volkshochschulen /Gotha, F. A. Perthes/). Hedler, der sich seit Jahrzehnten erfolgreich mit der Frage der staatsbürgerlichen Erziehung beschäftigt, gibt hier eine geschickte Einführung in die Verfassungskunde vom altgermanischen Volksstaat bis zur deutschen Republik der Gegenwart. $\diamond$ Überaus fesselnde Charakteristiken moderner und geschichtlicher Führerpersönlichkeiten gibt das 2bändige Werk *Meister der Politik* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Erich Marcks und Karl Alexander von Müller bringen da eine »weltgeschichtliche Reihe von Bildnissen«, beginnend mit dem alten Hellas (Perikles), schließend mit dem modernen Japan (Ito Hirobumi). Man wird an diese Essays, deren Lektüre je-

dem politisch Interessierten sehr empfohlen sei, natürlich, und namentlich von unserm Standpunkt aus, im einzelnen Kritik anzulegen haben. Man wird aber auf sie als Quelle politisch-psychologischer Erkenntnis des öftern zurückkommen. $\diamond$ Mehr der politischen Idee als der einzelnen Persönlichkeit ist die Sammlung *Der deutsche Staatsgedanke* /München, Dreimaskenverlag/ gewidmet. Sie will in 3 Reihen (Führer und Denker, Die Parteien und der Staat, Deutsche Probleme) das Werden des deutschen Nationalbewußtseins schildern. Leider ist das Werk nicht von überspannten Nationalismen und mancherlei Geschichtsirrümern frei. $\diamond$ Zu erwähnen ist auch in diesem Zusammenhang die beachtenswerte Schrift *Paul Joachimsens* Vom deutschen Volk zum deutschen Staat /Leipzig, Teubner/. Der Leitsatz des Buches ist: »Trotz des römischen Rechts und trotz uralter demokratischer Erinnerungen gelang es nicht das Fürstentum dem Einheitsgedanken dienstbar zu machen.« $\diamond$ Ein fürs erste dauernd aktuelles Werk ist das Buch des Hallenser Professors *Rudolf Hübner* Die Staatsform der Republik /Bonn, Kurt Schroeder/. Hübner entwirft 3 lebendige Gemälde des staatlichen Aufbaus der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Schweiz, um dann die Folgerungen daraus für Deutschland zu ziehen. $\diamond$ Als »Lehrbuch des deutschen Verfassungswerkes« ist dem Hübnerschen Buch die kleine Schrift *Wilhelm Cohnstaedts* Amerikanische Demokratie und ihre Lehren /Frankfurt, Sozietätsdruckerei/ an die Seite zu stellen. $\diamond$ Einen Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstands vom März-April 1920 schrieb *Gerhard Colm* /Essen, Baedeker/. Man kann ihm strenge Objektivität nachrühmen. $\diamond$ Persönlicher gehalten sind die Revolutionserinnerungen unseres Genossen *Wilhelm Blos* /Stuttgart, Berger/. Blos, der der erste Staatspräsident Württembergs war, erhebt schwere Anklage gegen die süddeutschen »Kommunisten« und Revolutionsverwirrten aller Arten. $\diamond$ Der Zentrumsabgeordnete *Friedrich Grebe* rechnet in einer Broschüre Sind wir national? (in der Schriftenreihe des Reichsverbandes des Deutschen Windthorstbundes /Berlin, Verlag des Reichssekretariats der Deutschen Zentrumsparlei/) mit der Phrase von dem »Internationalismus« des Zentrums ab und legt dieser falschen Behauptung gegenüber die wahre Auffassung des Zentrums über Vaterland und Heimatliebe klar.

Wirtschaft / Julius Kaliski

Getreideumlage Die Getreideumlage ist wieder einmal Objekt heftiger innenpolitischer Kämpfe geworden. Von den landwirtschaftlichen Verbänden wird die Fortführung der Umlage als Ausnahmegesetz gegen die Landwirtschaft bezeichnet, das nur dann erträglich werden könnte, wenn die Preise für das Umlagegetreide der jeweiligen Marktnotierung angepaßt werden würden. Das Streben um den möglichst höchsten Preis wird natürlich der Landwirtschaft zum bitteren Vorwurf gemacht, wobei leider vergessen wird, daß Landwirte auch Menschen sind, genau so wie die, die in den Städten wohnen, und offenbar keinen Anspruch darauf erheben der Nation und ihrer Wirtschaft hingebungsvoller zu dienen als die Angehörigen anderer Berufe.

Durch die mit dem Entwertungsprozeß der Mark verbundene ungeheure Steigerung der Getreidepreise sieht sich die Regierung genötigt der unbeschränkten weiteren Preisentwicklung einen Damm entgegenzusetzen, um so mehr, als über dieses hohe Maß von Preiserhöhung hinaus spekulative Preistreiberien nicht ausbleiben. Von den Führern der Landwirtschaft wird die Notwendigkeit einer Sicherung der Brotversorgung ernstlich nicht geleugnet werden. Sie behaupten nur, daß diese Sicherung ohne Zwang von landwirtschaftlichen Organisationen erfüllt werden könnte. Nach den bisherigen Erfahrungen in unseren Zeitläuften haben nun freilich Zusagen ohne reale Garantien wenig Wert; daß die Führer der Landwirtschaft diese Garantien auch nicht geben können, sind die Folgen der Unterlassungssünden, an denen auch die Landwirtschaft nicht ohne Schuld ist. Was bei einiger Voraussicht erkannt werden mußte, und was in den Sozialistischen Monatsheften stets betont worden ist, war, daß nach dem Krieg die Gefahr einer Krise unserer Lebensmittelversorgung stärker als vorher werden würde. Die Zwangswirtschaft mußte zusammenbrechen, die Spekulationswirtschaft in der Lebensmittelversorgung zu den schlimmsten Ungeheuerlichkeiten führen. Man hat sich aber nicht entschließen können die Maßnahmen zu treffen, die, mit dem Ziel einer Produktivitätssteigerung unserer Landwirtschaft, die Sicherung der Versorgung herbeizuführen vermocht hätten; die Zusammenfassung der einzelnen landwirtschaftlichen Gebiete zu Selbstverwaltungskörpern unter solidarischer Haf-

tung, die Zusammenarbeit dieser Gemeinschaften mit den gleichfalls zusammengeschlossenen und solidarisch haftenden Händlerverbänden. Eine derartige Konzentration der Kräfte hätte auch die Reichsgetreidestelle in eigene Regie genommen und mancherlei andere Aufgaben, die ungelöst blieben, erfüllen können. Sie hätte neben unabsehbarem Vorteil für die Gesamtwirtschaft auch nationale Erziehungsarbeit bedeutet. Mit allem öffentlichen und privaten Nutzen wären aber auch Beschränkungen der einzelnen damit verbunden gewesen; Grund genug, um alles abzulehnen; denn die Menschen auf dem Land handeln, um es noch einmal zu sagen, leider wie die in der Stadt. Augenblicklicher Gewinn ist entscheidend, und der Stimmung der vielen, allzu vielen tragen die Führer Rechnung, anstatt sie zu führen. So kann der Gruppenegoismus der Landwirtschaft von der Mitschuld an der jetzigen Situation nicht freigesprochen werden. Wodurch freilich die Verständnislosigkeit der städtischen "Konsumenten" für die Produktions- und Lebensbedingungen der Landwirtschaft von ihrer Hauptschuld nicht entlastet wird.

Kohlenversorgung

England hat in den ersten Monaten dieses Jahres 1351,35 Millionen Kilo Kohlen, die einen Gesamtwert von 1,3 Millionen Pfund Sterling im englischen Ausfuhrhafen hatten, nach Deutschland geliefert. Durch die Fracht von etwa $6\frac{1}{2}$ Shilling pro Tonne erhöhte sich dieser Wert im deutschen Anknüpfungshafen auf etwa 1,8 Millionen Pfund, das sind, bei einem Kurs von 1200 Mark pro Pfund Sterling, etwa 2,1 Milliarden Mark. Ferner sollen in Newcastle in einer Woche deutsche Aufträge im Umfang von 1 Million Tonnen eingelaufen sein. In der Meldung heißt es weiter, daß es auf Grund dieser Vorgänge nicht ausgeschlossen erscheine, daß im laufenden Jahr die Einfuhr den Friedensumfang (im Jahre 1913 wurden 9 Millionen Tonnen britische Kohle eingeführt) wieder erreichen werde. Im Anschluß an diese Darstellung wird von den Unternehmerverbänden des Bergbaus nun auf die Notwendigkeit der Einlegung von Übersichten hingewiesen, um so eine Steigerung der inländischen Kohlenproduktion herbeizuführen und fremde Kohle von deutschen Märkten nach Möglichkeit fernzuhalten. Die Notwendigkeit zu Übersichten ist unbestritten, sie ist auch in den Verhandlungen dieser Tage von den Gewerkschaftsführern mit allem

Nachdruck betont worden. Im übrigen aber ist festzustellen: Daß es mit unserer Kohlenversorgung so steht, das ist das Ergebnis unserer gesamten Wirtschaftspolitik, die auf den Gewinn des Tages abzielt, ohne das Leben von morgen zu berücksichtigen. Unsere Verpflichtung zu Kohlenlieferungen nach dem Vertrag von Spaa hat man irreführend als die Quelle des Versiegens deutscher Wirtschaftskraft ausgegeben, und man begegnet leider nur zu oft der Auffassung, daß der deutschen Produktion an einer wirklichen Steigerung der deutschen Kohlenproduktion eigentlich nichts gelegen sein könne, da eine solche Steigerung am Ende doch nur zu Mehrforderungen der Entente führen würde. Die Anlage neuer Schächte hätte unter allen Umständen bewerkstelligt werden müssen, und die Freimachung von Arbeitskräften für diese Aufgabe hätte unter keinen Umständen unterbleiben dürfen. Ebenso wenig ist der Einwand stichhaltig, daß es an finanziellen Mitteln zu erheblichen Neuinvestitionen und Werksverbesserungen gefehlt hätte. Gewiß war es einfacher durch stetige Preiserhöhungen den verlangten Gewinnausgleich zu schaffen, der zweckmäßigerweise durch Produktionsmehrung hätte erzielt werden müssen. Bei einer Zusammenfassung der einzelnen Gewerbe zu Produktionsgemeinschaften war auch der Boden für die Flüssigmachung von Krediten im Dienst einer Produktions- und Produktivitätssteigerung zu gewinnen. Als diese Fragen erörtert wurden, bestritt die Industrie nicht nur das Bestehen sondern auch die Wahrscheinlichkeit einer Kreditnot, und man unternahm nichts. Die Entwicklung der englischen Kohlenausfuhr ist selbstverständlich kein zufälliges Ergebnis sondern die Folge einer klar überlegten und energisch durchgeführten Wirtschaftspolitik Englands. Ihr entsprach die englische Gesamtpolitik gegenüber Deutschland, dessen wirtschaftliche Erholung niemals im Sinn Englands liegen konnte. Harmlosigkeit erwartete von England eine Stabilisierung der Mark zum Zweck einer Stärkung des deutschen Wettbewerbs. Statt einer derartigen Stabilisierung forderte England von Deutschland die Erhöhung der Preise für Kohle, Brot und Eisenbahnfrachten auf den Weltmarktpreis, und dieser Weisung entsprach man, ohne aber unsere innere Wirtschaft zu rationalisieren. Die Wirkung ist eine Schwächung und Unterbindung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, die sich nur durch Pro-

duktionssteigerung hätte behaupten oder wiedergewinnen lassen. Was bei uns unterlassen wird, bleibt in England nicht ungetan; dafür muß auch die Gestaltung der englischen Kohlenausfuhr als ein nicht zu übersehendes Zeichen gelten.

Großbanken Stärker noch als früher beherrscht heute die Willkür die Bilanzen der Großbanken. Es wird nur das ausgewiesen, was man auszuweisen für gut befindet. Ein Beispiel für die Unterschiede, die bei dem Ausweisen der Ziffern möglich sind, ist die Einbeziehung oder das Fortlassen der Effekten- und Konsortialgewinne. Beide Möglichkeiten sind in diesem Jahr je nach Bedarf angewandt worden. Unter diesen Vorbehalten ergibt sich folgendes: Alle Konten weisen als Folge der Inflation starke Steigerungen auf, die bei den Ziffern der Gewinn- und Verlustrechnungen nur vereinzelt über 100% hinausgehen, bei den Bilanzziffern vielfach zwischen 200 und 300% schwanken. Hätte man nicht das österreichische Beispiel vor Augen, in dem die Bankgewinne 12stellige Ziffern erreichen, so könnte man von imposanten (nicht imponierenden) Zahlen sprechen. Es ergibt sich folgender Bruttogewinn: Diskontogesellschaft 672,5 (im Vorjahr 397,9) Millionen Mark, Dresdener Bank 831,7 (421,8), Darmstädter Bank 577,4 (263,0), Handelsgesellschaft 151,1 (72,7), Nationalbank 265,0 (110,07), Commerz- und Privatbank 452,4 (210), Mitteldeutsche Kreditbank 150,0 (73,5) Millionen. Alles aber Papier. Ganz ist die Erkenntnis dessen den Leitern der großen Institute nicht verloren gegangen; jedenfalls ist versucht worden durch außergewöhnlich hohe Rückstellungen die eigene Stoßkraft zu stärken. Es verteilen Deutsche Bank 24 (gegen 18) % bei einem Reingewinn von 292 (185) Millionen Mark, die Diskontogesellschaft 20 (16) % bei 228 (160), die Dresdener Bank 16 (12½) % bei 206 (144), die Darmstädter Bank 14 (10) % bei 89 (58), die Nationalbank 14 (10) % bei 79 (15), die Handelsgesellschaft 16 (12½) % bei 62 (37), die Kommerz- und Privatbank 16 (12) % bei 98 (66), die Mitteldeutsche Kreditbank 12½ (10) % bei 34 (16). Die Deutsche Bank macht sich als einzige die Mühe im Geschäftsbericht Goldmarkparitäten auszurechnen. Ihr Umsatz belief sich 1921 auf 2125 Milliarden Mark, gegen 1281 im Vorjahr. Nach dem Dollardurchschnittskurs im Jahr 1921 berechnet, entspricht dieser Umsatz rund

85 Milliarden Goldmark; im Jahr 1913, also vor Aufnahme der Bergisch-Märkischen Bank, des Schlesienschen Bankvereins, der Norddeutschen Kreditanstalt, der Hannoverschen Bank, setzte das Institut schon 129 Milliarden Goldmark um. Die anvertrauten Gelder betrugen am Jahresende 38,6 Milliarden Mark entsprechend 881,6 Millionen Goldmark; Ende 1913 beliefen sie sich auf 1580 Millionen Goldmark. Den Bedürfnissen der Wirtschaft stellte das Institut am Schluß des Berichtsjahrs 9,7 Milliarden Mark Kredite zur Verfügung; in Wirklichkeit nur 221,5 Millionen Goldmark, gegenüber 855,2 Millionen, die Ende 1913 an Schuldner ausgeliehen waren. Die 8 Großbanken haben zusammen insgesamt über 111,27 Milliarden fremder Gelder verfügt, von denen 51,06 Kreditoren in provisionsfreien Rechnungen waren. Von diesem Betrag ist noch nicht ein Drittel, nämlich 33,29 Milliarden Mark, der Wirtschaft auf dem Umweg über die Debitoren wieder zugeflossen. Fast die Hälfte, 50,5 Milliarden Mark, wurden in Reichsschatzwechseln angelegt.

In diesen Ziffern und Bilanzen spiegelt sich die deutsche Wirtschaft wider: Gewinnziffern, die volkswirtschaftlich mindestens zweideutig sind, und die jedenfalls einen Zusammenhang mit einer irgendwie gearteten Produktionspolitik nicht erkennen lassen.

Österreichische Währung Während Anfang Mai 100 österreichische Kronen in

Berlin 3,85 Mark notierten, sank der Kurs Anfang Juni bis auf 1,45 Mark. Angesichts dieses erneuten Kronenbankerotts ist nicht nur der Ruf um Hilfe aus Österreich stärker geworden, man begann auch über neue Projekte zur Stützung der österreichischen Währung zu diskutieren. Otto Bauer trat mit einem Plan deutsch-österreichischer Währungsgemeinschaft hervor, den er Ende Februar 1919 bei den Verhandlungen, die er als österreichischer Staatssekretär des Äußern in Berlin führte, in Vorschlag gebracht hatte: »Das Deutsche Reich gewährt der deutschösterreichischen Regierung einen Kredit in Papiermark, durch den die umlaufenden deutschösterreichischen Kronennoten in Mark bedeckt werden. Dieser Kredit setzt die deutschösterreichische Regierung in die Lage die Verpflichtung zu übernehmen jedem Inhaber deutschösterreichischer Kronennoten seine Kronen auf sein Verlangen zu einem gesetzlich fixierten Kurs in Mark umzuwechseln.« In einer Rede

führte er zur Ergänzung seines Vorschlags aus, daß damals die Mark auf 2 Kronen stand. »Wir schlugen der deutschen Regierung vor den Kredit so zu bemessen, daß wir in die Lage versetzt werden jedem, der es verlangt, seine Kronen zu einem gesetzlich fixierten Austauschverhältnis von 1 Mark = 1 Krone 70 Heller (es klingt heute wie ein Märchen) gegen Mark auszutauschen. Damit wäre der Kurs der Krone an den Kurs der Mark gebunden worden. Es hätten zwar weiter unsere Kronennoten zirkuliert, aber der Kurs der Krone hätte unter 58 Pfennige nicht mehr sinken können, weil ja die Staatskassen gesetzlich verpflichtet sind und dank dem Kredit auch dazu in der Lage gewesen wären jedem, der es verlangt, seine Krone gegen 58 Pfennige umzuwechseln. Diesen Übergang zur Markkernwährung stellten wir uns damals als eine Vorbereitung zum Anschluß an Deutschland vor.«

Otto Bauer sieht die Währungsfrage als eine Verrechnungssache an und begeht damit den gleichen Fehler, den die meisten Währungspolitiker auch in Deutschland begehen. Wenn die deutsche Politik, wie hier im Oktober 1918 verlangt wurde, durch Zusammenberufung einer gesamtdeutschen Konstituante auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen den Anschluß Deutsch Österreichs bewirkt hätte (was damals keine Entente hindern konnte), so hätte sie auch die Mittel gefunden die österreichische Währung zu stützen. Am erfolgreichsten wäre das durch die Gesundung der deutschen Währung geschehen, für die genau so viel oder so wenig geschehen ist wie für die österreichische Valuta: Man wartete auf eine Rettungsaktion von angelsächsischer Seite. Wenn nach der offiziellen deutschen Auffassung, die jetzt auch die gesamte deutsche Presse beherrscht, Deutschland keine Auslandsanleihen infolge der Politik Frankreichs bekommt, so muß sich uns doch einmal die Frage aufdrängen, warum sich denn der englisch-amerikanische Welttrast auch dem kleinen Österreich gegenüber so wenig gebefreudigt verhält. Statt des vergeblichen Harrens und Hoffens wäre eine Ordnung der Wirtschaft im eigenen Land aus eigener Kraft das sicherste Fundament für eine Regeneration der Währung geworden. Eine aktive Innenwirtschaft dürfte dann schon von selbst den Weg zu einer aktiven Außenpolitik zeigen: ist beides doch so in einander verflochten, daß das eine ohne das andere gar nicht funktionieren könnte.

**Zusammen-
schluß**

In Köln wurde der *Verband rheinischer Industrieller* begründet. Er bezweckt die Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der in ihm vereinigten Industrien, unter engem Zusammenarbeiten mit den Nachbarverbänden in Düsseldorf, Essen und Mainz; er schließt sich körperchaftlich dem Reichsverband der deutschen Industrie an. Diese Gründung bedeutet eine Erweiterung und Festigung der rheinischen Industrie.

Eine bemerkenswerte, ihrem Wesen nach einer Genossenschaft ähnelnde Gründung, erfolgte gleichfalls im Rheinland: Eine Reihe Firmen der *Kleineisenindustrie* hat sich unter der Firma *Eisenzentrale* als Gesellschaft mit beschränkter Haftung zusammengeschlossen, mit dem Zweck die Versorgung ihrer Mitglieder mit Rohstoffen, Halbzeugen, Walzfabrikaten usw. durch Vermittlung des Einkaufs usw. zu übernehmen.

Der deutsche *Waggonbau*trust, der durch die andauernden Ausdehnungsbestrebungen der Linke-Hofmann-Werke im Entstehen ist, macht weitere Fortschritte. Die Linke-Hofmann-Werke haben jetzt durch eine Fusion die *Lauchhammer Aktiengesellschaft* in sich aufgenommen, von der sie allerdings schon vorher die Aktienmajorität besessen hatten.

Die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* hat mit der *deutschösterreichischen* Regierung einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge sie die Wöllersdorfer Werke, die größten staatlichen Betriebe Deutsch Österreichs, die bisher einen monatlichen Zuschuß von 2 bis 3 Milliarden Kronen erforderten, übernimmt, um sie in eine privatwirtschaftliche Aktiengesellschaft umzuwandeln, in der die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft die Führung hat, die österreichische Regierung und eine Gruppe österreichischer Industrieller beteiligt bleiben. Ein Gegenangebot der Wiener Industrie, das erst nach dem Bekanntwerden der Verhandlungen mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft abgegeben wurde, konnte wegen der schlechten Bedingungen von der Regierung nicht angenommen werden; jedoch herrscht über diese Angelegenheit in Wien eine große Verärgerung.

Auch die *deutschen Großbanken* legen Wert auf die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutsch Österreich. Jetzt hat die Dresdener Bank ein Aktienpaket der Wiener Unionbank übernommen. An der Wiener Unionbank beteiligten sich ferner die Böhmisches Union-

bank und die Banca Ungaro-Italiana. Die Nationalbank und die Darmstädter Bank, die bereits seit dem November 1921 durch eine Interessengemeinschaft verbunden sind, werden in ihren nächsten Generalversammlungen ihre vollständige Fusion beschließen. Im Berliner Bankgewerbe macht die Konzentrationsbewegung gleichfalls bemerkenswerte Fortschritte, besonders auch unter den Privatbankhäusern. So hat sich die Firma Bernheim, Beer & Co. mit der Firma Carl Blum & Co. zu der Firma Bernheim, Blum & Co. vereinigt. Ferner hat das Bankhaus S. Bleichröder & Co. die Berliner Bankfirma S. Schoenberger & Co., zu der sie schon immer in naher Beziehung stand, kommanditiert.

Kurze Chronik Der Londoner Diskontosatz, der bisher schon den niedrigen Stand von 4% erreicht hatte, ist weiter auf 3½% herabgesetzt worden. Es ist dies die 3. Diskontermäßigung in diesem Jahr. In ihr kommt die außerordentliche Flüssigkeit des *englischen Geldmarkts* zum Ausdruck, die wiederum eine Folge des niederliegenden englischen Wirtschaftslebens ist. **◇** In Breslau fand ein Kongreß *deutscher Handelsvertreter* statt, auf dem besonders die Frage der Eingliederung der Handelsvertreter in das neu zu schaffende Arbeitsrecht behandelt wurde. Es wurden alle Bestrebungen verurteilt die Handelsvertreter in dieses Rechtsgebiet einzubeziehen. **◇** Das *Goldzollaufgeld*, das erst am 1. April von 4400 auf 5900 % erhöht worden war, ist mit Wirkung vom 25. Juni ab weiter auf 6400% gesteigert worden. **◇** Vom 26. Juni an werden *Reichssilbermünzen* durch die Reichsbank und die Post bis auf weiteres zum 30fachen Betrag des Nennwerts angekauft. **◇** In Spanien hat man jetzt begonnen *Kali* zu fördern. **◇** In Köln ist eine *Messegesellschaft* gegründet worden, mit dem Zweck Handel, Industrie und Handwerk durch die Veranstaltung von Messen zu fördern. Zu Mitgliedern der Gesellschaft gehören die Stadt Köln, die Handelskammer, die Handwerkskammer, der Verband Kölner Großfirmen, der Verein der Industriellen für den Regierungsbezirk Köln, der Kölner Detailistenverband und je ein bevollmächtigter Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunds, des Deutschen Gewerkschaftsbunds, des Gewerkschaftsrings und des Zentralverbands der Angestellten.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

England: Elektrizitätsversorgung Über die Elektrizitätsgesetzgebung in England wird in der vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Sammelmappe Deutschland und die wirtschaftliche Lage ausführlich berichtet. Darnach ist auch in England in den letzten Jahren der Versuch gemacht worden durch gesetzgeberische Maßnahmen für die englische Elektrizitätsversorgung einen gemeinwirtschaftlichen Rahmen zu schaffen. Die englische Gesetzgebung hat sich schon seit einer Reihe von Jahren mit der Elektrizität beschäftigt. Bereits im Jahr 1882 wurde ein Gesetz erlassen, das eine Genehmigung des Handelsamts für die Abgabe von elektrischer Energie vorsieht. Ein weiteres Gesetz, das im Jahr 1888 in Kraft trat, regelt das Rückkaufsrecht elektrischer Zentralen durch die Gemeinden. Durch den Electric Lighting Clauses Act wurden die Konzessionsverordnungen vereinheitlicht und zusammengefaßt. Im Jahr 1909 kam ein Gesetz heraus, das dem Handelsamt das Recht verlieh die Benutzung von Straßen zur Errichtung von Elektrizitätsleitungen auch außerhalb der Gemeindegebiete zu gestatten. Um eine großzügige Elektrifizierung des ganzen Landes durchzuführen, wurde im Jahr 1919 ein neues, die Elektrizitätswirtschaft grundsätzlich regelndes Gesetz angenommen. Dieses Gesetz gibt die wichtigsten Richtlinien für die Elektrizitätspolitik; es sieht keine Zwangsablösung der Werke vor sondern nur eine Einlösung mit Zustimmung des Unternehmers. Die behördliche Spitze bilden die Elektrizitätskommissare. Sie haben über die Elektrizitätswirtschaft zu wachen. Für die einzelnen Wirtschaftsbezirke werden Zweckverbände geschaffen, in denen Staat, Land, Bezirk, Gemeinde, Unternehmer und Verbraucher vereinigt sind. Das Gesetz enthält 8 Hauptabschnitte. Die 5 Elektrizitätskommissare werden vom Board of Trade ernannt, und zwar sollen 3 auf Grund ihrer kaufmännischen und wissenschaftlichen Befähigung ausgewählt werden. Die Kommissare sind im wesentlichen Träger der Elektrizitätspolitik, sie sollen auf diesem Gebiet theoretische und praktische Arbeit leisten. Zur Verbesserung der Brennstoffverwertung und der Ökonomie im Kraftwerksbetrieb können sie wissenschaftliche Untersuchungen in die Wege leiten. In ihrer Hand liegt ferner die Abgrenzung besonderer Elektrizitätsbezirke. Die Zweckverbände haben die Aufgabe innerhalb ihres Gebiets in hinreichendem Maß und preiswert

elektrische Energie herzustellen. Sie können zu diesem Behuf Kraftwerke einrichten und das Leitungsnetz ausbauen. Außerdem haben sie das Recht, wo Unternehmer auf Grund von Konzessionen Anlagen errichtet haben, diese ganz oder teilweise zu erwerben. Es kann ihnen das Recht gegeben werden zum Bau einer neuen Kraftstation Grundstücke zu enteignen. Ohne Zustimmung des Elektrizitätskommissars darf keine neue Anlage errichtet werden. Auch die Pläne zur Ausnutzung der Wasserkräfte und zur Verteilung der Energie muß der Kommissar genehmigen, der sehr oft die Pläne selbst ausarbeitet. Die Elektrizitätszweckverbände dürfen auch Betriebe zur Verarbeitung von Nebenprodukten errichten und betreiben. Die Einheitlichkeit in der Gewinnung elektrischer Energie wird dadurch gewährleistet, daß die Elektrizitätskommissare Vorschriften über Stromart, Wechselzahl und Spannung zu erlassen haben. Auch werden von ihnen eingehende Statistiken über Elektrizitätserzeugung und -verbrauch geführt.

Die Elektrizitätserzeugung in öffentlichen Werken steht in England weit hinter der in Deutschland zurück. Aber unter der gemeinwirtschaftlichen Regelung nimmt der Energieverbrauch ganz bedeutend zu. In dem Bericht der Elektrizitätskommissare für die Zeit vom 3. Januar 1920 bis zum 3. März 1921 wird angegeben, daß von den 501 Kraftwerken in England, von denen Mitteilungen eingegangen sind, während der Berichtszeit insgesamt 5167 Millionen Kilowattstunden abgegeben wurden. Davon entfallen 4,4 Milliarden auf die eigentlichen Kraftwerke, 783 Millionen Kilowattstunden auf die Bahnkraftwerke. Gegenüber dem Jahr 1914 ist eine Verdoppelung der Stromabgabe zu verzeichnen. Aber die Zahl der Werke hat sich nur ganz unbedeutend vermehrt, während die Anlagen selbst weiter ausgebaut worden sind.

Eisenbahnwesen

Der Kampf gegen den Staatsbetrieb im Eisenbahnwesen wird immer noch mit Hochdruck geführt. Ohne Erfolg. In 2 wertvollen Schriften hat das Reichsverkehrsministerium nun auch den Nachweis geführt, daß eine Besserung im Eisenbahnwesen durch den Privatbetrieb nicht erzielt werden kann und der Staat imstande ist die Bahnen wieder rentabel zu machen. In der Schrift Zur Lage der Reichsbahn /Berlin, Hans Robert Engelmann/ werden die Wirtschaftslage der Reichsbahn, die Betriebs- und Verkehrs-

verhältnisse, die Entwicklung der Betriebsleistungen, die Werkstättenleistungen usw. ausführlich dargestellt, und es wird nachgewiesen, daß die Bahnen des Auslands, Privat- wie Staatsbahnen, mit den selben Schwierigkeiten zu kämpfen haben wie die deutschen Bahnen und vor allem mit dem selben Defizit arbeiten wie die Staatsbahnen. Bei den englischen Bahnen, die alle in Privatbesitz sind, betrug im Jahr 1920 der reine Betriebsüberschuß 2 Millionen Pfund Sterling, womit aber die Dividenden nicht gedeckt werden konnten. Der Staat mußte deshalb 46 Millionen Pfund zuzahlen. Die niederländischen Eisenbahnen (Privatbahnen) rechnen für das Rechnungsjahr 1921 mit einem Fehlbetrag von 20 Millionen Gulden, der vertragsmäßig dem Staat zur Last fällt. Der Gesamtfehlbetrag der französischen Bahnen betrug im Jahr 1920 rund 3 Milliarden Francs. Die dänischen Staatsbahnen haben das Jahr 1920 mit 54,2 Millionen Kronen Fehlbetrag abgeschlossen. Die schwedischen Privateisenbahnen haben in der Zeit vom Januar bis zum Oktober 1921 einen Verlust von 5,34 Millionen Kronen gehabt. Die belgischen Staatsbahnen hatten 1920 einen Fehlbetrag von 400 Millionen Francs. In Ungarn weist der Voranschlag für 1921 einen Fehlbetrag von 1185 Millionen Kronen auf. In Jugoslawien wird der Fehlbetrag für 1922 auf 952 Millionen Dinar geschätzt. Die Prinz Heinrich-Bahn in Luxemburg hat 1920 einen Verlust von 10 Millionen Francs gehabt. Die schweizerischen Bundesbahnen hatten in den letzten 3 Jahren ein Defizit von 203 Millionen Franken zu verzeichnen. Die Bilanz der italienischen Staatsbahnen für das Jahr 1920-1921 schließt mit einem Defizit von 1 045 526 Lire ab. Die Vereinigten Staaten haben ihren Privatbahnen bereits einen Zuschuß von 900 Millionen Dollar zugewandt, der Präsident hat sich ferner die Ermächtigung erbeten den Eisenbahnen für den sofortigen Bedarf eine Anleihe von einer weitem halben Milliarde Dollar zu geben. Sehr treffend sagt der Reichsverkehrsminister Wilhelm Groener zum Geleit der 2. Schrift Die Reichsbahn /Berlin, Georg Stilke/: Ohne die Ursachen des Defizits mit ernster Gründlichkeit zu prüfen, habe man ein Werturteil über den Staatsbetrieb gefällt, aber vergessen, daß es auch den großen privatwirtschaftlich betriebenen Eisenbahnen in anderen Ländern finanziell meist herzlich schlecht geht. »Man zieht Vergleiche mit der Industrie und übersieht, daß es aus den Ursachen, die

der Industrie auf die Beine geholfen haben, der Eisenbahn schlecht gehen muß.« An dem Marktsturz könne sich die Industrie vorübergehend erholen, während die Eisenbahn daran wieder neu erkranken müsse. Das sei der gewaltige Unterschied zwischen Industrie und Eisenbahn, und daran könne auch die privatwirtschaftliche Betriebsweise nicht das mindeste ändern.

Den beiden Schriften des Reichsverkehrsministeriums kommt eine Schrift Karl Trautvetters Die Notlage der deutschen Kleinbahnen und Privateisenbahnen und Mittel zu ihrer Behebung /Berlin, Julius Springer/ zu Hilfe. Zusammenfassend wird hier gesagt, die deutschen Privateisenbahnen hätten schon vor dem Weltkrieg in der Mehrzahl eine sehr geringe Rentabilität aufzuweisen gehabt. Durch den Krieg und seine Folgen sei der vollständige wirtschaftliche Zusammenbruch vieler derartiger Verkehrsunternehmen herbeigeführt worden. Zur Behebung oder Linderung der Notlage wird auch hier hauptsächlich die Tarifierhöhung angegeben.

Nach der Verordnung der Reichsregierung vom 24. April 1922 sind nun, entsprechend den Vorschriften des Artikels 93 der Reichsverfassung in Deutschland 13 Landeseisenbahnräte und ein Reichseisenbahnrat gewählt worden. Die Gesamtzahl der Sitze des Eisenbahnrats in Köln beträgt 64, in München 48, in Berlin 48, in Breslau 56, in Dresden 32, in Frankfurt am Main 52, in Hannover 64, in Hamburg 48, in Magdeburg 52, in Erfurt 32, in Karlsruhe 32, in Königsberg 28, in Stuttgart 32. Der Reichseisenbahnrat besteht aus 50 Mitgliedern. Die Landeseisenbahnräte werden von den Handels-, Handwerks-, Landwirtschaftskammern, Gewerkschaften und anderen Organisationen gewählt. Ein Teil der Mitglieder wird durch die Länder ernannt. Die Mitglieder des Reichseisenbahnrats gehen zum Teil aus den Wahlen der Landeseisenbahnräte hervor, 20 werden vom Reichswirtschaftsrat ernannt. Als Aufgabe der Beiräte bezeichnet die Reichsverfassung: »beratende Mitwirkung in Angelegenheiten des Verkehrs und der Tarife der Reichseisenbahnen«.

Die Generalversammlung der Niederländisch-Westfälischen Eisenbahngesellschaft in Winterswijk hat beschlossen ihre Eisenbahnlinien zu einem Preis von $3\frac{1}{4}$ Millionen Gulden an den holländischen Staat zu verkaufen und die Gesellschaft zum 1. Januar 1923 aufzulösen. Damit geht nach 50jährigem Bestehen

diejenige holländische Eisenbahngesellschaft ein, die die besten geldlichen Erfolge aufzuweisen hatte.

Die Gesamtlänge der durchweg breitspurigen Staatsbahnen *Finnlands* betrug Ende 1918 3906,2 Kilometer, gegen nur 96,12 Kilometer breitspurige Privatbahnen. Die schmalspurigen Bahnen sind in Privatbesitz. Im Jahr 1918 hatten die Staatsbahnen einen Fehlbetrag von 22 515 195 finnischen Mark, während im Jahr 1916 noch ein Reinertrag von 34 849 976 finnischen Mark erzielt wurde. Die ungünstige finanzielle Lage ist die Folge der gedrückten wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch den Weltkrieg sowie die Steigerung der Löhne und Materialpreise herbeigeführt wurden.

Der Fehlbetrag der *italienischen* Staatsbahn für das Betriebsjahr 1920-1921 stellt sich auf 1 Milliarde Lire, obwohl die Einnahmen sich auf 2,5 Milliarden belaufen. Die Ausgaben für das Personal betrugen allein schon 1,8 Milliarde Lire, für die Brennstoffe 1,3 Milliarde Lire.

Wasserkräfte Zum Ausbau geeigneter Wasserkräfte hat die Provinz *Oberhessen* umfang-

reiche Vorarbeiten ausführen lassen. Der Provinzialausschuß beschloß von den 4 oder 5 ausbaufähigen Wasserkräften, die in Oberhessen vorhanden sind, die Wasserkraft an der Nidder auszubauen und ein Kraftwerk bei Lißberg zu errichten. In der *Schweiz* wurde durch den ungewöhnlich tiefen Wasserstand der Flüsse der Erlaß eines Gesetzes über die Regelung der Verteilung hydroelektrischer Kraft veranlaßt. Das Gesetz, das jetzt endgültig angenommen worden ist, fordert, daß eine Verbindung zwischen den Elektrizitätswerken hergestellt werde, wenn dadurch allgemeine Vorteile zu erzielen sind. Ist die Energieversorgung mangelhaft, so sollen sie vorzugsweise solchen Zwecken dienen, die der Allgemeinheit zugute kommen. Die Ausfuhr elektrischer Kraft ist unter gewissen Bedingungen verboten.

Einen großzügigen Plan für den Bau der Moldautalsperre bei Stechowitz in *Tschechien* hat die Direktion für den Bau von Wasserstraßen in Prag ausgearbeitet. Die Sperrmauer besteht aus Felsblöcken und Bruchstücken, die einen Kubikinhalt von mehr als 1,5 Millionen Kubikmeter haben. Die Durchfahrt durch die Talsperre für Schiffe und Flöße wird durch besondere Vorrichtungen ermöglicht. Unterhalb der Sperrmauer soll ein Elektrizitätswerk mit einer Leistungsfähigkeit von 105 000 Pferdestärken an-

gelegt werden. Die Kosten des ganzen Werks dürften sich auf etwa 2 Milliarden Mark belaufen. Der Ertrag aus der gewonnenen elektrischen Energie, die durchschnittlich auf 350 Millionen Kilowattstunden geschätzt wird (was einer jährlichen Ersparnis von etwa 65 000 Wagen vollwertiger Kohle gleichkommt), wird die gesamten Baukosten verzinsen. In *Frankreich* wird nun das große Projekt verwirklicht den Rhone zum Zweck der Kraftausbeutung, Schifffahrt und Bewässerung auszubauen. Die Stadt Paris und die 78 Nachbargemeinden sowie die in diesem Gebiet wirkenden Wirtschaftsverbände, Handelskammern, Landwirtschafts- und Arbeiterverbände sollen hierzu ein Kapital von 9 Millionen Mark zeichnen. Von sämtlichen Interessenten sollen vorläufig 360 Millionen Francs in Obligationen gezeichnet werden, für die der Staat Garantie leistet. In Paris erwartet man, daß, wenn das Rhoneprojekt verwirklicht ist, der Strom um 50 % verbilligt werden kann. Die Arbeiten werden demnächst in Angriff genommen.

In *Spanien* zieht das Parlament in Erwägung die Wasserkräfte des Ebro auszubauen. Durch den Bau eines Dammes am Oberlauf des Ebro bei Reinoso würde eine Erzeugung von 185 000 Pferdestärken und die Bewässerung von 275 000 Morgen Landes ermöglicht werden.

Das Bauprogramm des *schwedischen* Staates sieht bis zum Jahr 1927 die Ausnutzung von bereits 35 % aller seiner Wasserkräfte vor. Die großen staatlichen hydroelektrischen Kraftstationen werden vergrößert und ausgebaut. Einen wichtigen Schritt hierzu bedeutet die große Überlandlinie zwischen den staatlichen Kraftwerken in Trollhättan und dem gleichfalls dem schwedischen Staat gehörigen Kraftwerk in Västeras. Die Voltzahl dieser Überlandlinie kann bis auf 220 000 gebracht werden. Eine weitere Überlandlinie von 220 000 Volt wird vom Indalfluß ebenfalls nach Västeras geführt werden.

Elektrizitätswirtschaft

Der *preussische* Landtag hat die Errichtung des Großkraftwerks Hannover beschlossen und die Regierung ermächtigt 400 Millionen Mark zur Förderung einer Aktiengesellschaft zu verausgaben. In *Sachsen* ist das letzte Stück der 100 000 Volt-Leitung, die das Kraftwerk Lauta der Elektrowerke mit dem staatlichen Hauptspannwerk Dresden Süd und damit über die schon bestehende 100 000 Volt-Leitung Hirschfelde-Dresden Süd mit dem Kraftwerk Hirschfelde der

staatlichen Elektrizitätswerke Dresden verbindet, nun fertiggestellt worden. Der zwischen Dresden Süd und Gorbitz bei Dresden liegende Teil der genannten 100 000 Volt-Leitung ist bereits vor 1½ Jahren fertiggestellt worden und versorgt die Stadt Dresden mit 60 000 Volt Strom.

Die Zahl der Elektrizitätswerke der *Vereinigten Staaten* von Amerika nach dem Stand vom 1. Oktober 1921 betrug 5532 mit einer Generatorenleistung von 14466915 Kilowattstunden gegen 1212200 Kilowattstunden im Jahr 1902. Das entspricht einer Zunahme um 1092 % in 19 Jahren. Von den 5532 Werken befinden sich 64 % in privater Hand, 36 % in öffentlicher Verwaltung. Je 20 % aller privaten und öffentlichen Werke erzeugen selbst keinen Strom sondern kaufen ihn, um ihn zu verkaufen. 1421 Werke oder 75,7 % benutzen Wasserkraft.

Kurze Chronik Der sächsische Staat will in Bad Elster ein großes *Volkskurheim* errichten, das auch den Minderbemittelten aus allen Teilen des Reiches zur Verfügung stehen soll. Die gesamten Kuranlagen und die Anlagen zur Förderung der Heilmittel in Bad Elster befinden sich bereits durchgängig in Besitz des sächsischen Staates. $\diamond$ Der deutsche Verkehrsminister hat für dieses Jahr die Einrichtung und den Betrieb von 13 *Flugstrecken* genehmigt, mit dem Vorbehalt, daß die entsprechenden Reichsbeihilfen von den gesetzgebenden Körperschaften bewilligt werden. Die Fluglinien sind bereits am 1. April in Betrieb genommen worden. $\diamond$ Um die Kohle aus den Kohlenlagern, die mit *Oberschlesien* an Polen gekommen sind, leicht verfrachten zu können, wurde ein Plan für den Bau eines Kanalsystems entworfen und ausgearbeitet, das auch der Zufuhr polnischer Kohlenüberschüsse nach Rumänien dienen würde. Der 1. Teil des Kanalsystems soll sich von Oberschlesien zur Weichsel erstrecken und die Posener und Warschauer sowie die Ostgebiete versorgen. Der 2. Teil wird sein Wasser aus dem Flußgebiet der Oberweichsel, des San, Dnjestr und Pruth beziehen und ist für den südpolnischen Verkehr und zur Verbindung der obereschlesischen Industriegebiete mit Rumänien bestimmt. $\diamond$ In *Frankreich* wurden mehrere Projekte zum Bau eines Schiffsahrtskanals von Straßburg nach Orléans aufgestellt. Der Kanal soll durch Verlängerung des Rhein-Marne-Kanals von Vitry le François an hergestellt werden.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Preußen: Die neuen Entwürfe einer Städteordnung und Landgemeindeordnung für Preußen sind nunmehr vom Staatsministerium genehmigt worden und sollen dem Staatsrat zur Begutachtung zugehen. Bereits am 26. und 27. Mai hat sich der 9. Preussische Städtetag mit dem Entwurf einer Städteordnung beschäftigt und eine ausführliche Resolution dazu angenommen. Sie forderte eine Einschränkung und Vereinfachung der Staatsaufsicht nach folgenden Grundsätzen: a) erschöpfende Regelung in der Städteordnung, b) Verhinderung, Beanstandung und Beseitigung von Gesetzwidrigkeiten, c) Beschränkung des Bestätigungs- und des Disziplinarrechts auf das im Staatsinteresse unbedingt erforderliche Maß, d) Aufhebung der Nachprüfung der Beschlüsse und Verfügungen der Gemeindeorgane lediglich auf ihre Zweckmäßigkeit hin, e) ausreichender Rechtsschutz, f) Ausschcheidung des Landrats in der Aufsicht über kreisangehörige Städte. Sie verlangte ferner eine Vereinfachung des Verfahrens bei der Eingemeindung und Erleichterung des Ausscheidens der kreisangehörigen Städte aus dem Landkreis, die Anerkennung der beiden Verfassungsformen (Magistrats- und Bürgermeisterei-verfassung), den Ausschluß von Beamten, Angestellten und Arbeitern von der Wahl in den Gemeindevorstand und die Wiederherstellung der finanziellen Selbstständigkeit der Kommunen.

Im großen und ganzen hatte der Städtetag nur wenig an den Grundlinien des Entwurfs auszusetzen. Zu den Verhandlungen hatte auch die sozialdemokratische Fraktion des Städtetags eine Resolution vorgelegt, in der sie in 6 Punkten ihre Wünsche zusammenfaßte. Nach ihrer Auffassung ist grundsätzlich eine einheitliche Regelung des gesamten Gemeindeverfassungsrechts für das ganze Reich anzustreben. Es soll also wieder einmal die große Gleichheitswalze über das Deutsche Reich geführt werden, in vollständiger Verkennung der Tatsache, daß äußere Vereinheitlichung durchaus nicht mit innerer Einheit gleichbedeutend ist, vielmehr jede Entwicklung größere Differenzierung bedeutet. Solange dieses Ziel für das Reich nicht erreicht werden kann, soll wenigstens in Preußen das Selbstverwaltungsrecht für Staat und Land einheitlich geregelt werden. Es soll also an die Stelle der beiden Entwürfe ein einheitlicher Entwurf einer Gemeindeordnung gesetzt werden. Die Ma-

gistratsverfassung wird ebenso wie die Bürgermeistereiverfassung abgelehnt, an ihrer Stelle das Einkörpersystem als Ausdruck des auf demokratischem Weg ermittelten Willens der Bürgerschaft verlangt. Die Gemeindevertretung wählt den Gemeindevorstand als ihr ausführendes Organ. Er soll ein Kollegium sein. Das Aufsichtsrecht des Staats soll auf Eingriffe bei Verletzung von Gesetzen beschränkt sein. Das Bestätigungsrecht ist aufzuheben. Punkt 5 beschäftigt sich mit der kommunalen Finanzwirtschaft und deckt sich im Ziel mit den Forderungen des Städtetags. Punkt 6 verlangt ein unbeschränktes, gesetzlich begründetes Recht der Gemeinde zur Übernahme und Führung von Unternehmungen, die dem gemeinen Wohl der Bevölkerung dienen. Es sind also, wenn wir von der grundlegenden Forderung des Einkörpersystems absehen, nur Unterschiede im Grad zwischen den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion und den Beschlüssen des Städtetags. Das gilt streng genommen auch für die Verfassungsforderung. Denn da die sozialdemokratische Fraktion ein leitendes und ausführendes Organ der Gemeindevertretung einsetzen will, und zwar als Kollegium, dem sie offenbar eine gewisse Selbständigkeit geben muß, so schrumpft der Unterschied von der Magistratsverfassung darauf zusammen, wie weit man das Recht der Leitung und Ausführung ausdehnt. Es ist daher auch etwas übertrieben, wenn in der Resolution behauptet wird, die Schaffensfreude und das Verantwortungsgefühl der örtlichen Volksvertretungen würden durch die Annahme des Entwurfs auf das schwerste beeinträchtigt. Der Entwurf enthält eine Reihe wichtiger Fortschritte, wenn auch zugegeben werden muß, daß er nicht alle Blütenträume zur Reife bringt. Die Punkte aber, gegen die sich die Kritik richten muß, sind in der Hauptsache andere, als sie in der sozialdemokratischen Resolution niedergelegt sind.

Diese, wie überhaupt die Kritik in der sozialistischen Presse, macht den Fehler im Grunde nur das zu wiederholen, was vor der Revolution kritisch gegen den "Obrigkeitsstaat" und sein Verhältnis zur Selbstverwaltung geschrieben worden ist. Diese Kritik vergißt ganz, daß die staatsrechtlichen Verhältnisse von Grund aus anders geworden sind. Offenbar aber muß die Stellung der Selbstverwaltung in einem demokratischen Gemeinwesen völlig anders sein als in dem bureaukratisch-konstitutionellen der Vorkriegs-

zeit. War sie hier der Gegenpol zu der bureaukratisch organisierten Staatsmacht, so ist sie jetzt ein Glied in dem genossenschaftlichen Aufbau öffentlicher Organisation. Geht man von dieser Auffassung aus, so fließt daraus zweierlei: 1. Die Unterscheidung von Selbstverwaltungsangelegenheiten und Auftragsangelegenheiten, die dem Entwurf zugrunde liegt, muß fortfallen. Es kann keinen Unterschied zwischen Angelegenheiten geben, die die Gemeinde unter eigener Verantwortung führt, und solchen, die sie nach Anweisung staatlicher, als Vorgesetzte erscheinender Stellen zu verwalten hat. Alle kommunale Verwaltung ist ihrem Wesen nach öffentliche Verwaltung und als solche identisch mit der des Staats. Die Aufgabe der staatlichen Behörde beschränkt sich also auf die Aufsicht, deren Ausdehnung allein unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Wohls zu konstruieren ist.

2. Bei der Konstruktion der Aufsichtsbefugnisse des Staats kann das Bedürfnis der Gemeinden ihre Geschäfte möglichst selbstständig unter eigener Verantwortung zu führen nur insofern leitendes Prinzip sein, als nicht höhere Interessen der Gesamtheit es beschränken. Der allgemeine Satz »Keine Beschränkung der Selbstverwaltung, deshalb Eingriffe des Staates nur bei Verletzung von Gesetzen, Beseitigung des Bestätigungsrechts« usw., ist daher in dieser Absolutheit falsch. Die große Schwierigkeit besteht dabei darin, daß sich die Grenze zwischen Staatsaufsicht und Selbstverwaltung nicht nach allgemeinen Grundsätzen ziehen läßt sondern, wie jede politische Einrichtung, schließlich das Ergebnis eines Kompromisses politischer Kräfte ist und nach ihrem Verhältnis verschieden gezogen wird. In Deutschland macht aber eine solche Grenzziehung deshalb besondere Schwierigkeiten, weil es an einer gemeinsamen politischen Überzeugung als Grundlage für politisches Handeln in den entscheidenden Fragen der staatlichen und kommunalen Verfassung fehlt, jede Partei daher ihre Auffassung auch gesetzgeberisch restlos zu verwirklichen strebt.

Die Hauptmängel des Entwurfs scheinen mir im wesentlichen die folgenden:

1. die Unterscheidung von Selbstverwaltungsangelegenheiten und Auftragsangelegenheiten, daher die doppelte Rolle der Selbstverwaltungskörper als freie, nur nach den Gesetzen handelnde, mit eigener Verantwortung ausgestattete Körperschaften und als nach Anweisung han-

delnde subordinierte Organe des Reichs oder des Staats, denen die Verantwortung für den Inhalt der Anweisungen zufällt (zu den Auftragsgeschäften rechnet der Entwurf vor allem die Verwaltung der Ortspolizei und die Wahrnehmung der örtlichen Geschäfte in der allgemeinen Landesverwaltung);

2. die Zulassung nur zweier Arten von Verfassungen: der Magistratsverfassung und der Bürgermeistereiverfassung, und nur nach den Formen des Gesetzes;

3. die geringe Bewegungsfreiheit der Städte bei der Gestaltung ihrer gewerblichen Betriebe;

4. der Mangel eines ausreichenden Schutzes des einzelnen Bürgers gegen die Gemeinde oder, richtiger gesagt, des einzelnen Bürgers und der Minoritätsparteien gegen den Mißbrauch kommunaler Gewalt durch die in der Gemeinde herrschenden Parteien (die im Entwurf vorgesehene Beschwerde an die Aufsichtsbehörde genügt nicht);

5. unzulänglicher Schutz gegen Korruption, gegen Vetternwirtschaft usw.

Totenliste

Anfang Juni ist der ordentliche Honorarprofessor der Nationalökonomie an der Berliner Universität **Rudolf Eberstadt** plötzlich im Alter von 66 Jahren verschieden. Eberstadt hat vor allem auf dem Gebiet des Wohnungswesens im Sinn der Bodenreformbestrebungen sehr verdienstlich gewirkt. Sein Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungspolitik, das 1918 in 3., erweiterter Auflage erschien, faßt das Ergebnis seiner langjährigen und umfassenden Studien zusammen. Es ist durch die Gründlichkeit der Quellenforschung, den Reichtum an Anschauungsmaterial und die Fülle von Ideen ausgezeichnet und verdient einen Ehrenplatz in der Wohnungsliteratur. So anfechtbar die ökonomischen Theorien Eberstadts über die Grundrente sein mögen, stets war er ein großer Anreger zu wissenschaftlicher Bearbeitung alter und neuer Probleme. Die stark apodiktische Weise, in der er seine Anschauungen vorzutragen liebte, hat ihrer Verbreitung nicht geschadet, sie vielmehr in Kreisen zur Geltung gebracht, denen vorsichtige Abwägung von Begriffen und kausalen Zusammenhängen bei ihrer Neigung zu praktischem Handeln ferner liegt. So hat Eberstadt einen großen, weit über die Fachkreise wirkenden Einfluß ausgeübt und die Wohnungspolitik in den Bann seiner Ideen gebracht.

Kurze Chronik In Düsseldorf wurde eine Fachausstellung für *Städtereinigung* veranstaltet. Sie umfaßte alle technischen Neuerungen auf dem Gebiet des Fuhrwesens, der Müllabfuhr, der Müllverwertung, der Kanal- und Straßenreinigung und bot durch Vorführung von Fahrzeugen und Maschinen sowie durch öffentliche Vorträge gute Anregungen zur technischen und wirtschaftlichen Verbesserung der Betriebe. $\diamond$ In den Haushaltsplan des Freistaats *Hessen* ist eine größere Summe eingesetzt worden zur Beihilfe an Gemeinden und Städte, die Werkstätten für Erwerbsbeschränkte unterhalten oder einzurichten gedenken. $\diamond$ Die Städtetage von *Lichtenstein-Callenstein* haben die Errichtung eines Ziegeleibetriebs beschlossen. $\diamond$ In dieser Rundschau (in diesem Band, Seite 103) war berichtet worden, daß infolge Kündigung der amtlichen Inseratenaufträge durch das frühere Publikationsorgan der Landkreis *Linden* sich gezwungen gesehen hätte ein eigenes Organ herauszugeben. Wie der Landrat des Kreises H. Krüger mitteilt, ist an dieser Nachricht nur richtig, daß sich der Landkreis *Linden* ein amtliches Organ geschaffen hat, um weitere Schichten der Bevölkerung am kommunalen und sozialen Leben zu interessieren und Verständnis für die Arbeit der Behörden zu erwecken. Die mir vorliegenden Kommunalen Mitteilungen dieses Kreises zeigen einen neuen Typ eines Kreisblatts. Sie bringen außer amtlichen Mitteilungen Artikel über wichtige Fragen aus dem Gemeindeleben, Gesetze usw., Nachrichten des Kreisvereins für Volkswohlfahrt und ein kleines Unterhaltungsblatt *Aus Heimat und Kultur*.

Literatur

Kurz vor seinem Tod hatte **Rudolf Eberstadt** in der bekannten Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* ein Bändchen *Das Wohnungswesen* erscheinen lassen, in dem er die Ergebnisse seiner in dem Handbuch des Wohnungswesens ausführlich dargelegten Untersuchungen auf den beschränkten Raum von etwas mehr als 100 Seiten zusammenzufassen versuchte. In 4 Abschnitten werden die Grundlagen des Wohnungs- und Siedelungswesens, die Wohnungszustände, Haus- und Siedlungsformen sowie die neueren Maßnahmen und Bestrebungen dargestellt. Die lesenswerte Schrift bildet eine vortreffliche Einführung zu den größeren Werken des Verfassers.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Georg Chaym

Sexualforschung Bei der Unsicherheit in den

Ergebnissen der Psychologie kommt man immer wie-

der dazu auf die anatomischen und physiologischen Grundlagen zurückzugehen und die psychischen Vorhänge aus chemischen, physikalischen oder physischen zu "erklären". Ganz besonders zeigt sich dieses psychologische Verfahren in den Grenz- und Gemeinschaftsgebieten der Psychologie. So in der Lehre vom menschlichen Geschlechtsleben, in der die Trennung des Physiologischen vom Psychologischen allerdings besonders schwer ist, und die Bearbeiter ausnahmslos Mediziner sind, deren Bildungsgang sie auf den Glauben an den Primat der Physiologie vor der Psychologie einstellt. Es sollte eigentlich gar nicht schwierig sein den Geschlechtstrieb psychologisch zu definieren, und man wird Hermann Rohleder zustimmen, wenn er ihn in seiner Sexualphysiologie (Hamburg, Paul Hartung) als »Begehren zu geschlechtlichen Handlungen« umschreibt; dagegen wird man ihm nicht beipflichten können, wenn er sagt, der Geschlechtstrieb habe »den Zweck der Fortpflanzung zu dienen«. Constantin Bucura (Geschlechtsunterschiede beim Menschen / Wien, Hölder/) hat schon recht, wenn er meint: »Mit der Hervorhebung des Endresultats [das, wie man noch hinzufügen muß, in den allermeisten Fällen gar nicht das Willensziel ist] ist eine Definition nicht gegeben.« Aber die falsche Einstellung wird deutlich, wenn er dann den Geschlechtstrieb als »die Hauptfunktion der innern Sekretion der Keimdrüsen« definiert. Die Kenntnis der physischen Grundlagen des Geschlechtslebens, vor allem der neueren Forschungsergebnisse, ist, wie Rohleder richtig bemerkt, nur wenig über die engeren Fachkreise hinausgedrungen, obwohl eine gemeinverständliche Darstellung der Hauptprobleme der Sexualbiologie in dem Bändchen Heinrich Boruttau's Fortpflanzung und Geschlechtsunterschiede des Menschen (in der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt / Leipzig, Teubner) vorliegt. Diesem Mangel sucht das oben genannte Buch Rohleders abzuweichen, das sich in einem 2. Teil Sexualpsychologie fortsetzt. Der Pädagoge wird manchen Gewinn von der Schrift haben. Doch dürfte aus der Darstellung die Bedeutung der sogenannten innern Sekretion für den Laien nicht hinreichend klar werden. Es

ist vielleicht angebracht über den gegenwärtigen Stand dieser Lehre kurz zu berichten.

Nach früherer Auffassung treten beim Mann die in den Hoden gebildeten Spermazellen in das Blut und rufen im Gehirn die sexuellen Erregungen oder, in der Pubertät, Reizungen der Ernährungszentren wach, von denen die nervösen Bahnen nach den in der Reifezeit wachsenden Organen führen; entsprechendes galt für die Menstruation der Frau, für die Festsetzung der befruchteten Eizelle usw. Wesentlich erschien also, besonders bei der Frau, die Regelung vom Zentralnervensystem her, und beim Mann die anregende Wirkung der Produkte der Keimdrüsen. Beide Auffassungen, noch heute in Laienkreisen weit verbreitet, sind aufgegeben worden. Bouin und Steinach stellten durch Tierexperimente fest, daß nicht die in den Samenkanälchen des Hodens entstehenden Produkte die sexuell erregenden und das Auftreten der körperlichen Geschlechtsmerkmale bedingenden Stoffe sind, sondern Ausscheidungen, Sekrete, die sich in dem zwischen jenen Kanälchen liegenden Gewebe bilden. Dieses Gewebe nennt Steinach die Pubertätsdrüse. Und die Steinach'sche Operation geht von der Annahme aus, daß das Sekret dieser Drüse, wie in der Reifezeit des heranwachsenden Menschen, so überhaupt eine allgemein anregende Wirkung ausübt. Eine namentlich für den Biologen unentbehrliche, vorzügliche Darstellung der Forschungen auf diesem Gebiet gibt das Buch des Professors der Physiologie an der Universität Dorpat Alexander Lipschütz Die Pubertätsdrüse und ihre Wirkungen / Bern, Ernst Bircher/. Lipschütz ist, in wohlthuendem Gegensatz zu vielen Physiologen, überzeugt, »daß eine Erforschung des psychosexuellen Verhaltens beim Menschen sich durch die Physiologie nicht erschöpfen läßt. Die Physiologie ist hier Abstraktion. In gleicher Weise wie durch die Struktur des Nervensystems und durch die innere Sekretion der Geschlechtsdrüsen wird das psychosexuelle Verhalten des Menschen gestaltet durch den ganzen Komplex der Bedingungen, die wir als "Kultur" zusammenfassen können.«

Internationaler Kongreß für Sexualforschung Langsam machen sich Umstimmungen im Lebensgefühl der Sexualsphäre bemerkbar, die durch wissenschaftliche Erkenntnisse freilich kaum beschleunigt werden können. So ging man schon et-

was bedenklich zu der 1. internationalen Tagung für Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage, die im September 1921 in Berlin stattfand (siehe die Rundschau Hygiene, in diesem Band, Seite 320), und die nur da der Höhe stand, wo die Erörterungen sich auf dem Gebiet der reinen Sexualwissenschaft bewegten. Samuel Jessner /Königsberg/, der Inhaber des ersten deutschen Lehrstuhls für Sexuallehre, bezeichnete als das Ziel der Sexuologie das Wohlergehen der Menschen. Alexander Lipschütz /Dorpat/ sprach über den gegenwärtigen Stand der Lehre von der innern Sekretion. Arthur Biedl /Prag/ begründete seine Anschauung von der Bisexualität des befruchteten Eis und betonte, daß auch im Physiologischen die Erscheinung "nur Mann" und "nur Weib" eine Abstraktion sei; geschlechtsspezifische Sekretionen fänden nicht allein in den Keimdrüsen sondern auch an anderen Stellen des Körpers statt, die Einsicht in den Zusammenhang des gesamten endokrinen Systems eröffne die Aussicht auf die Möglichkeit einer willkürlichen Beeinflussung der Geschlechtsformung. Arthur Weil /Berlin/ sprach über die Körpermaße als Ausdrucksform der durch die innere Sekretion bedingten geschlechtlichen Konstitution. Er glaubt auf Grund zahlreicher Messungen festgestellt zu haben, daß für jedes Geschlecht gewisse Längenverhältnisse des Skeletts (Oberlänge zu Unterlänge, Schulterbreite zu Hüftbreite) charakteristisch seien, und die sexuellen Zwischenformen davon abweichende Proportionen aufwiesen. Beachtenswert erscheint die Mitteilung Heinz Stabells /Berlin/, daß von ihm vorgenommene Hodenüberpflanzungen bei Bisexuellen und Homosexuellen keinen Erfolg gebracht hätten, was er auf die Verankerung der Sexualitätsrichtung im Zentralorgan zurückführt. Christian von Ehrenfels /Prag/ trat wieder wie seit Jahren gegen die Monogamie auf, die zwar den Höhepunkt kultureller Moral für die traditionellen Werte darstelle, aber die Ziele der Eugenik: die Schaffung körperlich und geistig höchstwertiger Menschen, nur wenig fördern könne. Helene Stöcker sprach über Erotik und Altruismus; ihr Vortrag ist auch in der von H. Houben bei Klinkhardt in Leipzig herausgegebenen Schrift Die Liebe der Zukunft enthalten. Nach ihr wurde die Vergeistigung der Sexualität zur Liebe nach dem doch nicht ganz fruchtlosen Umweg über die christliche Askese zum Teil durch die Erkenntnisse der

Wissenschaft gefördert, die viele Vorurteile, die die Anerkennung der Gleichberechtigung der weiblichen Sexualität und Erotik hemmten, beseitigten, und so die »sinnlich-seelische Ebenbürtigkeit der Geschlechter« vorbereiteten, zum Teil durch das Erleben jenes tiefsten Altruismus, der den »verhängnisvollen Irrglauben, Rücksicht auf andere sei eine lästige Einschränkung individuellen Genusses und von der starken Persönlichkeit nicht zu verlangen«, überwand und aus der Erkenntnis der unlöslichen Abhängigkeit des eigenen Glücks vom Glück des Nächsten die Kraft der höchsten Liebe schöpft. In scharf zugespitzten, oft agitatorischen Ausführungen verfocht Johannes Werthauer /Berlin/ in seinem Vortrag Sexualität und Gesetzgebung die naturalistische Auffassung, daß Liebe durchaus nur Sache des einzelnen sei. Da die Sexualität voraussetzungslose Wissenschaft ist, die Gesetzgebung aber Hilfsmittel der Klasse, die sich im Besitz erhalten will, müsse es zum Zusammenstoß dieser beiden Betätigungssphären kommen, die eigentlich gar nichts mit einander zu tun hätten. Als Anhänger der Lehre von Pawlow und Bechterew, die alle Psychologie durch das Studium der Reflexe "objektiv" machen zu können glauben, entwickelte Ischlonskij /Moskau/ in seinem Vortrag über das Problem der Liebe im Licht der experimentellen Biologie das Verfahren, durch das dem Mangel einer objektiven Methode auf der psychologischen Seite der Sexuelforschung abgeholfen werden soll. Diese Lehre nimmt das Vorhandensein unbedingter (ursprünglicher) und bedingter Reflexe an; der Geschlechtstrieb ist nach ihr ein unbedingter, jede Liebe ein bedingter Reflex. Eine »neue Liebe«, also ein neuer Reflex kann nur auftreten, das heißt ein neues Merkmal wirkt nur reflexauslösend, wenn ein mit ihm zusammenhängendes anderes Merkmal schon früher einen Liebesreflex ausgelöst hat. Nicht die innere Sekretion, sondern die Seele als das »System der unbedingten Reflexe« sei das primum movens. Der letzte Tag gehörte den "Reform"-bestrebungen. Wie schwierig es ist von der Wissenschaft aus solche Bestrebungen zu begründen, zeigte besonders deutlich der Vortrag Georg Friedländers /Berlin/ Weiblicher Geschlechtstrieb und Sexualreform. Die "doppelte Moral", so meinte er, stamme aus der Unkenntnis des weiblichen Triblebens (der Dresdener Ethnologe Ferdinand von Reitzen-

stein behauptete in der Diskussion: die Aufhebung dieser doppelten Moral bedeute auch die Aufhebung der Familie); die Triebstärke sei bei Weib und Mann gleich, nur sei die Libido der Frau periodischen Schwankungen unterworfen. Da aber die Möglichkeit zum Orgasmus zum großen Teil vom männlichen Partner abhängen müsse daraus gegebenenfalls ein Grund zur Ehescheidung hergeleitet werden. In der Diskussion wurde ihm entgegengehalten, die zahlreichen Frauen mit mangelhafter Geschlechtsempfindung ("frigide" Frauen) sprächen für die geringere weibliche Triebstärke; eine Funktion, die in so hohem Maß ausfallen könne, sei offenbar nicht sehr stark. Die Diskussionen zum Thema Sexualpädagogik brachten nicht einen einzigen neuen Gedanken.

Homosexualität Die Homosexualität, der Geschlechtstrieb zu Personen mit gleichen körperlichen Geschlechtsmerkmalen, wurde gern in Parallele zum Hermaphroditismus gestellt, woraus manche Irrtümer entstanden sind. Das Problem des Hermaphroditismus kann durch die neuen Ergebnisse der experimentellen Biologie als gelöst betrachtet werden. Da es jetzt als sicher gelten kann, daß die Gestaltung der körperlichen Geschlechtsmerkmale auf innersekretorischen Wirkungen der Pubertätsdrüsenzellen beruht, muß der Hermaphroditismus auf das Vorhandensein von zweierlei Pubertätsdrüsen oder einer "bisexuellen" im selben Individuum zurückgeführt werden. Da auch die psychischen Geschlechtsmerkmale bis zu einem gewissen Grad von der Pubertätsdrüse gestaltet und erhalten werden, und da man leicht geneigt ist die Homosexualität als "psychischen Hermaphroditismus" aufzufassen, lag es nahe die bei Tieren gewonnenen Erfahrungen über "Umstimmung des Geschlechts" durch Einpflanzung der andersgeschlechtlichen Pubertätsdrüsen nach vorheriger Kastration auch auf den Menschen zu übertragen. Dies ist der berühmte Versuch von Steinach und Lichtenstern: Ein 30 Jahre alter Mann, mit ausgesprochen weiblichen körperlichen Geschlechtsmerkmalen und überwiegend homosexueller Einstellung, hatte durch Hodentuberkulose beide Hoden verloren; nach Einpflanzung eines kryptorchenen Hodens eines gesunden Mannes wurden die körperlichen und psychischen Geschlechtsmerkmale in männlicher Richtung umgestimmt. Auf dem Kongreß für Sexualwissenschaft

wurde, wie schon erwähnt, über Mißerfolge bei gleichen Operationen berichtet. Das kann nicht wundernehmen, denn natürlich hat die Homosexualität die verschiedensten Ursachen, und die psychischen Geschlechtsmerkmale besitzen beim Menschen aus vielen Gründen eine weitgehende Unabhängigkeit von ihren innersekretorischen "Grundlagen". Doch erlaubt vielleicht die für das Problem des Hermaphroditismus nicht unwichtige Frage, ob nicht normalerweise die Pubertätsdrüse bisexuell und die Gestaltung der Geschlechtsmerkmale durch das dynamische Übergewicht der einen Zellenart bedingt sei, mit aller notwendigen Vorsicht eine Übertragung auf das Gebiet des Psychischen.

Die Unabhängigkeit der psychischen Komponente des Geschlechtstriebs von der physischen macht die Entscheidung sehr schwierig, ob die Homosexualität angeboren oder erworben ist. Vielleicht (den Anamnesen ist nicht immer sehr zu trauen) gibt es eine rein angeborene, eine rein erworbene und eine auf Grund einer leichter oder schwerer aktivierbaren Anlage erworbene. Neuerdings ist *Emil Kraepelin* wieder mehrfach scharf gegen die Lehre von der nur angeborenen Homosexualität aufgetreten; in seiner Psychiatrie / Leipzig, J.A. Barth/ nennt er sie eine »Erscheinungsform des Entartungsirreseins«. Auch *Richard von Krafft-Ebing* faßt (in einer Abhandlung der Zeitschrift für pädagogische Psychologie) die angeborene Homosexualität als ein »funktionelles Degenerationszeichen« auf. Die Homosexualität erscheint ihm als das Steckenbleiben der sexuellen Geschlechtsentwicklung auf einer Stufe unvollkommener Reifung; sie kann aus Onanie entstehen, besonders bei geschlechtlichen Mißerfolgen und entsprechender Verführung. Er sagt geradezu, die Homosexualität könne »gezüchtet werden«. Durchaus unsicher und höchst willkürlich scheint ihm die Feststellung sogenannter körperlicher Angleichungen an das andere Geschlecht, und er hält den Beweis nicht für erbracht, daß die beobachteten Abweichungen in irgendeiner gesetzlichen Beziehung zu den Entgleisungen des Geschlechtstriebs stehen. Da er in ihnen eine für den Bestand des Volkes gefährliche Entartungserscheinung sieht, verlangt er den »Kampf gegen die Ausbreitung der Homosexualität mit allen Mitteln«. Eine heftige, stellenweise recht grobe Streitschrift gegen die Homosexuellen ist die Arbeit des Wiener Arztes *Eugen*

Fried Das männliche Urningtum in seiner sozialen Bedeutung /Wien, Selbstverlag/, die sich mit aller Schärfe und Leidenschaft gegen die Bestrebungen wendet die Straflosigkeit homosexueller Akte zu erreichen. Er schildert »die ungeheure Verbreitung des Urningtums, seine herrschende Macht und ragende Höhenstellung«, die immer mehr das ganze Staatsleben zu beherrschen drohe.

Freundschaft Schon vor 120 Jahren sagte Basil von Ramdohr in seinem voluminösen Werk

Venus Urania von der Freundschaft: »Es hat uns niemand bis jetzt eine Erklärung von der Freundschaft gegeben, die dem Fehler der Unbestimmtheit ausweiche.« Das trifft auch heute noch für alle die zu, die nicht wie die »Pansexualisten« alle und jede Beziehung zwischen Menschen, mag sie freundlich oder feindlich sein, letzten Endes auf die Sexualität zurückführen, und die die Freundschaft gegen die Sexualität abzugrenzen versuchen, in der Überzeugung, daß Männer- und Frauenfreundschaft der tiefsten, innigsten Art ohne jeden sexuellen Unterton bestehen kann. Diesen Standpunkt vertritt die wertvolle Monographie *Siegfried Placzeks* Freundschaft und Sexualität /Bonn, Marcus & Weber/. Nachdem Placzek an vielen Beispielen die Schwierigkeit der Abgrenzung von Freundschaft und Sexualität gezeigt und selbst betont hat, daß durchgängig faßbare und anwendbare Unterscheidungsmerkmale bei einem so komplizierten psychischen Geschehen nicht bestehen können, glaubt er einen wesentlichen Grundunterschied doch darin sehen zu dürfen, »daß das Liebesgefühl stets von dem Willen zur Unterwerfung beherrscht wird, das Freundschaftsgefühl eine rein seelische, gleichmäßige Verkettung ohne Herrschgellüste ist«.

Aus der überreichen Fülle des Stoffs sei hier nur die Beurteilung des Falls Nietzsche-Wagner erwähnt. Placzek lehnt vor allem das Freundsche Verfahren (von dem Freundschaftler Wilhelm Stekel durchgeführt) ab auch hier einen sexuellen und zwar homosexuellen Untergrund zu sehen. Für die Freudianer sind ja nie die Motive, die jemand für sein Handeln angibt, die wirklich treibenden, sondern die verdrängten unbewußten. So stehen sie immer auf einer unangreifbaren Insel. Die »Liebe« Nietzsches zu Wagner will Stekel einmal aus dem Neid Nietzsches auf Wagners musikalische Begabung und dann aus seiner Liebe zu Frau Cosima

ableiten; aus dem Neid hätte er sich in die Liebe »gerettet«. Im zweiten Fall wäre die Liebe auf ein anderes Objekt »übergesprungen«. Placzek dagegen, der in der Binswangerschen Klinik zu Jena den kranken Nietzsche beobachten konnte, zeigt an einer Reihe von Beispielen, daß seine übermäßigen Größenideen und seine maßlosen haßerfüllten Sinnlosigkeiten gegen Wagner nur die Ausgeburten eines kranken, in der Auflösung begriffenen Gehirns seien.

Placzek sieht in der Freundschaft ein »Gefühl der freien Zusammenschließung der Seelen, des innern Verbundenseins, der Anziehung und Hingebung an einander, der Verschmelzung der Persönlichkeiten«, und man kann sich mit dieser Begriffsbestimmung wohl bescheiden. Aber der Kausalitätshunger psychologisch-biologischer Monisten sucht noch weiter nach der einen Ursache für menschliche Zusammenschlüsse und findet sie, wie erwähnt, in der Sexualität. Diese Meinung vertritt vor allem *Hans Blüher* im 2. Band seines Buchs Die Rolle der Erotik in der männlichen Gesellschaft /Jena, Eugen Diederichs/ (zum 1. Band siehe diese Rundschau, 1918 II, Seite 1218 ff.). Blüher sieht in den gemeinsamen geistigen Interessen oder dergleichen, überhaupt in jeder »Begründung der Freundschaft durch das Bewußtsein« nur eine Rationalisierung unbewußter Strömungen, jener triebhaften Komponenten, die uns denjenigen Mann zum Freund wählen läßt, »der unser Liebling geworden wäre, wenn wir selbst dem Typus inversus angehörten«. Aus dem schon angegebenen Grund läßt sich gegen solche Begründungen aus dem Unbewußten nichts vorbringen: nur werden sie darum nicht richtig. Blüher hatte im 1. Band seines Werks die These aufgestellt, daß der tiefste Ursprung der menschlichen Staatsbildung im menschlichen Eros und zwar im mann-männlichen liege und sich in den Männerbünden auswirke; aus dem Anprall dieser gegen die Familie, die aus der Quelle des mann-weiblichen Eros gespeist werde, erwachse der Staat; der Träger des Männerbundes sei der Typus inversus. Den Erweis dieser These sollte der 2. Band bringen; er ist aber da nicht erbracht. Blüher stützt seine Deduktionen auf die von Heinrich Schurz beschriebene Einrichtung der »Männerhäuser«, die sich bei vielen sogenannten primitiven Völkern finden; es sind Häuser, in denen sich meist die mannbar gewordenen, noch nicht verheirateten Jünglinge aufhalten.

Dieses Zusammenleben verdankt, meint Blüher, seinen Ursprung dem mann-männlichen Eros. Man kann dies selbstverständlich nie direkt erfahren, die als Zweck angegebenen Motive oder die im Männerbund herrschenden Gebräuche sind eben nur die Rationalisierungen der unbewußten Triebe. Man muß, nach dem psychoanalytischen Verfahren, vom manifesten zum latenten Inhalt übergehen. Solcher vom mann-männlichen Eros gehaltenen Bünde analysiert Blüher mehrere; so den Bund der Freimaurer, den Wandervogel, die Kadettenanstalten, den Templerorden und die studentischen Verbindungen. Angenommen selbst, diese Analysen träfen zu, und es verbände ein gleicher Quellpunkt jene Männerhäuser mit den späteren Spiel- und Tanzhäusern, mit der Küche, Braustube (bei "Fraueninvasion") und dem Speisehaus, dem Beratungshaus, den Rauchstuben und Wirtshäusern, so ist doch nicht ersichtlich, wie daraus die Gesellschaft und der Staat (beides ist nicht das selbe, und Blüher spricht nur vom Staat) entstehen sollte. Man wird im Gegenteil sagen müssen, daß jene Männerhäuser und alle Männerbünde eine irgendwie organisierte Gesellschaft zur Voraussetzung haben. Zum Verständnis der Entstehung der Gesellschaft genügt die heute ziemlich allgemeine Annahme ihrer Entstehung aus der Geschlechtsgemeinschaft, der Sippe. Was aber drängt Blüher und seinen von ihm zwar nicht erwähnten Vorgänger Benedict Friedlaender (der sich in seiner Auffassung von der Blüherschen nur durch die Qualifizierung der gleichgeschlechtlichen Liebe nicht als invertierter Sexualität sondern als dritter neben der Geschlechts- und Elternliebe unterscheidet) zu der Annahme eines die Menschen zusammenbringenden Triebs, den Blüher übrigens nur den Männern zuspricht? Friedlaender sagt es einmal deutlich: Ohne die zwischen den Geschlechtsgleichen wirksame Liebe würde der Staat »in lauter Familien zerrieben«. Abgesehen davon, daß dabei ein an heutigen Zuständen orientierter Familienbegriff benutzt wird, erinnert dieses Verfahren sehr an die Kohäsionskraft der Physiker, die das durch eine Theorie Zerrissene zusammenhalten soll. Der Begriff einer männlichen Gesellschaft als eines durch den mann-männlichen Eros zusammengehaltenen Fundaments des Staates hat keine Existenzberechtigung. Es muß nun hier auch noch der vielumredeten Schrift *Gustav Wynekens*

Eros /Lauenburg, Adoli Saal, gedacht werden. Sie rührt an eins der empfindlichsten und tiefsten Probleme aller wahren Pädagogik, an die "Paiderasteia". Wyneken beginnt mit einer scharfen Absage an die medizinisch-naturalistische Wertsetzung, die, ihre Maßstäbe einer fiktiven Natur statt dem Menschentum entnehmend, das ethisch belanglose Urteil "Naturwidrig" fällt. Er will dann eine scharfe Abgrenzung des Eros gegen die Sexualität geben, die einander entgegengesetzt seien. Aber gerade an der griechischen Paiderasteia läßt sich diese Abgrenzung kaum demonstrieren. Und so kommt auch Wyneken über jene einfache Entgegensetzung nicht hinaus, um so weniger, als er selbst einmal vom Geschlechtstrieb und der Liebe sagt, es sei nicht »eins die Ursache des andern«, und ein andermal, die Sexualität sei »die leibhaftige Möglichkeit und Kraftquelle des Eros«. Es ist schade, daß er in seiner Schrift nur von fern auf die wesentliche Frage hinweist, welche Bedeutung eine erotische (nicht aggressiv-sexuelle) Einstellung des Lehrers zum Schüler heute haben könne. Die gegenwärtige Zeit zeigt ein derartig starkes Anwachsen aller Arten der Homosexualität und läßt sie so laut an die Öffentlichkeit treten, daß der Glaube an die nur angeborene "konträre" Anlage sehr schwer fällt. Die Bewegung verfügt auch über eigene Zeitschriften; ich erwähne Die Gemeinschaft der Eigenen (herausgegeben von Adolf Brand) und Die Freundschaft (Organ des Deutschen Freundschaftsverbands).

Sexualpädagogik In den etwa 170 Jahren, da es eine sexualpädagogische Literatur gibt, ist eine unübersehbare Zahl von Schriften über das Thema erschienen, aber fast nirgends ist ein neues Motiv darin angeschlagen worden. Der Grund für diese Ergebnislosigkeit ist vielleicht der, daß alle Pädagogik nur durch das Leben, nicht durch den Vortrag fruchtbar wird. Doch hat die Sexualpädagogik ihren Tätigkeitsbereich erweitert. Die 3 Faktoren der Erziehung: Familie, Schule, Öffentlichkeit, sind in verschiedenen Zeiten in wechselnder Stärke wirksam. Das macht sich auch in der Sexualpädagogik bemerkbar. In ihren Anfängen, etwa 1774, als Basedows Elementarwerk erschien, als die Aufgabe der öffentlichen Schule noch wenig in das Bewußtsein des Volks gedrungen war, wandte sie sich vor allem an die Familie; als dies dann nur geringen Erfolg brachte, an die öffentlich-

rechtlichen Gewalten, den Staat (so in der Schrift Bernhard Christian Fausts *Wie der Geschlechtstrieb der Menschen in Ordnung zu bringen, und wie die Menschen besser und glücklicher zu machen* /1791/). Als dann die Bedeutung der Schule stieg, und die Familie immer mehr Erziehungselemente an sie abgab, konnte sie doch noch keine positive Sexualpädagogik entwickeln, weil jeder, auch nur ferne Hinweis auf Geschlechtliches von ihr mit Scheu vermieden wurde. Erst in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, mit der Reaktion der Familie gegen die Schule, erwachten auch die sexualpädagogischen Bestrebungen zu neuem Leben, und es erschienen eine Fülle einschlägiger Schriften, deren Gipfelpunkt vielleicht der 1917 vom Dürerbund herausgegebene Sammelband *Am Lebensquell* darstellt. Die Schule, von den Ärzten aufgerüttelt, begann sich auf ihre sexualpädagogischen Aufgaben zu besinnen; man stritt über den Umfang dieser Aufgaben. In dieser Periode stehen wir heute noch. Auf der Tagung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte 1906 wurde beschlossen ein Merkblatt zur Handhabung der sexuellen Aufklärung an höheren Unterrichtsanstalten herauszugeben; es hatte den Erfolg, daß auf einigen höheren Schulen die Abiturienten in einem ärztlichen Vortrag auf die Gefahren des Geschlechtsverkehrs hingewiesen werden. Aber der Staat als solcher nahm an der Bewegung noch nicht teil (die rein negativen strafgesetzlichen Bestimmungen kann man nicht als sexualpädagogisch bezeichnen), bis der Krieg auch in diesem Punkt eine neue Bewegung schuf. Im Juni 1916 nahm das preußische Herrenhaus einen von Freiherrn von Bissing auf Grund seiner Erfahrungen im besetzten Gebiet eingebrachten Antrag an, der eine Besserung der sexuellen Mißstände und eine Einschränkung der Geschlechtskrankheiten bezweckte und besonders auf sexualpädagogische Maßnahmen hinwies. In Verfolg dieses Antrags berief der Göttinger Mathematiker Felix Klein, als Mitglied der Unterrichtskommission des Herrenhauses, zur Klärung der Frage eine Konferenz von Medizinern und Schulmännern ein, die 1916 in Berlin tagte. Ein Bericht darüber, von H. E. Timerding herausgegeben, liegt als 2. Heft der 2. Folge der Schriften des Deutschen Ausschusses für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht /Leipzig, Teubner/ vor. Er stellt folgende Forderungen auf: Es sind sexu-

alpädagogische Kurse für die amtierenden Lehrer und Vorlesungen für Studierende aller Fakultäten einzurichten; der biologische Unterricht ist in allen Schulgattungen zu fördern; Elternhaus und Schule sollen sich der sexuellen Erziehung widmen; die Schule hat das Elternhaus zu ergänzen und nötigenfalls zu ersetzen.

Praktische Vorschläge für die Durchführung einer sexuellen Erziehung hat der verstorbene Breslauer Sexualhygieniker Martin Chotzen im 12. Band der Zeitschrift für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veröffentlicht. Der damalige preußische Kultusminister aber stand solchen Bestrebungen nicht sehr freundlich gegenüber. Er sagte im Herrenhaus unter anderm, es sei nicht die Aufgabe der Schule in dem Unterricht direkte sexuelle Belehrung zu geben. Auch der biologische Unterricht, so hoch er zu bewerten ist, dürfe dazu nicht verwendet werden. Für die Schule blieben in der Hauptsache die Mittel, die auf dem Gebiet der Moral und der Religion liegen. Das neue preußische Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung stand glücklicherweise auf einem andern Standpunkt und ließ durch das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin im Oktober 1919 einen Lehrgang für Einführung in die Sexualpädagogik veranstalten; die Vorträge erschienen dann im Druck bei E. S. Mittler in Berlin. W. Hoffmann (*Die Psychologie der Jugendlichen im Reifealter*) behandelte da die Verschiedenheit in Tempo und Rhythmus der psychologischen und geistigen Entwicklung beider Geschlechter. Er glaubt, daß der Sexualcharakter der Geschlechter sich besonders in der religiösen Sphäre des Lebens Geltung verschaffe: »Die Seele des Mädchens ist im Ewigen nicht festgewurzelt, daher wird sie auch leicht entwurzelt; der Jüngling verliert die Religion nach dem Kampfe, die Jungfrau jedoch ohne Kampf.« Walter Schoenichen, der Leiter der Pädagogischen Abteilung im Zentralinstitut, fordert, daß die Belehrung über die Grundtatsachen der Vermehrung bereits vor der Pubertät abgeschlossen sei; über die Fortpflanzung der Tiere sei dann auf der Oberstufe zu sprechen, ohne daß man direkt auf die Zeugung und die Zeugungswerkzeuge des Menschen eingehe. H. E. Timerding verwirft in seinem Vortrag, der im Mittelpunkt der ganzen Veranstaltung stand, die Haltung der Schulmänner alten Stils, denn das Ergebnis ihres Verfahrens

spreche gegen sie. Das Elternhaus versage meist, weil die Eltern keine Zeit, Fähigkeit oder nicht genügendes Wissen hätten, und die eigene Kinderzeit für sie in merkwürdiger Weise vergessen sei. Die Schule aber belaste den Schüler gerade in den Pubertätsjahren durch die Masse wie durch die dieser Periode nicht gemäße Art des Lehrstoffs. Der Widerstand des Schülers gegen diesen Stoff übertrage sich auf den Lehrer, der gerade in dieser Zeit die schwerste Aufgabe habe. Die Sexualpädagogik der Schule dürfe über dem sozialhygienischen Ziel das ethische nicht vergessen; der biologische Unterricht könne ihm dienen, indem er über die Einzelperson hinaus die großen Zusammenhänge sehen lehre. Der Religionsunterricht verfehle, da er seine Forderung unbedingter Keuschheit außerirdisch begründe, bei vielen seine Wirkung. Von der Darstellung der Sittengeschichte verspricht sich Timerding nicht viel, vor allem, weil der Zusammenhang zwischen geschichtlicher Auf- oder Abwärtsentwicklung und geschlechtlicher Sittlichkeit nicht ganz eindeutig feststellbar sei. Die Hauptaufgabe falle dem sprachlichen, besonders dem deutschen Unterricht zu, der allerdings nicht ängstlich jeder Besprechung des Erotischen aus dem Weg gehen dürfe. Schließlich könne auch die Kunst in den Dienst der Sexualethik gestellt werden. Auch die Ulmer Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltete einen ähnlichen Lehrgang mit 7 Vorträgen, die bei W. Fiebig in Berlin erschienen. Besondere Beachtung verdient hier der Vortrag des Ulmer Rabbiners Ferdinand Straßburger Sittlichkeitserziehung, Persönlichkeit und Familie; er sollte in der Hand jedes Erziehers sein. An die Studenten wendet sich der Vortrag Robert Gaupps Das sexuelle Problem vom psychologischen Standpunkt /Tübingen, Laupp/, der nach lichtvollen Darlegungen der sexualpsychologischen Erscheinungen resigniert mit dem Hinweis auf den für uns jetzt unlösbaren Konflikt zwischen Natur und Kultur schließen muß. Die sexualpädagogischen Schriftsteller lieben Allgemeinheiten und kindheitsfremdes Pathos, mit dem die ratsuchenden Eltern, besonders aus der Klasse der Arbeiter und des kleinen Bürgertums, nichts anfangen können. Ein Beispiel ist Gertrud Prellwitz' Schrift Wunder des Lebens /Jena, Eugen Diederichs/, in der Kinder und Eltern etwa im Macterlinckschen Stil sprechen. Lei-

der ist auch das gutgemeinte Heftchen von Paul und Maria Krische <Paul Krische hat uns sonst so gute volkstümliche Bücher gegeben> Vom werdenden Leben /Berlin, A. Hoffmann/ ähnlich. Die Eltern verlangen nach einem Buch, das ihnen nicht pädagogische Redensarten sondern klare praktische Regeln gibt. Solche finden sie in der Broschüre Julian Marcuses Geschlechtliche Erziehung in der Familie /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ und in der Schrift Karl Herrligkoffers Die erste Sünde /München, Lindauer/. Beide geben nicht bloße "Aufklärung" sondern betonen die Wichtigkeit der Willenserziehung; besonders das 2. Heft, das man jungen Menschen in die Hand geben kann, gibt eine eindringliche Darstellung praktischer Lebensordnung.

Ferner übersieht die sexualpädagogische Literatur, wie verschieden nach Inhalt und Form die sexualpädagogischen Maßnahmen in verschiedenem sozialen Milieu sein müssen. Die 12jährige Zeitungsaus Trägerin, die morgens im Hausflur die Schilderung des Lustmordes liest, das "wohlbehütete" Kind des Vorderhauses und der Villa, das der Gouvernante oder gar dem Hausmädchen anvertraut ist, die Arbeiterkinder, die die Straßen bevölkern: jedes stellt für sich ein sexualpädagogisches Problem dar. Und schließlich: Die Sexualpädagogik hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Aber ich habe nichts von Anwendungen ihrer Ergebnisse in der Sexualpädagogik und Sexualhygiene gehört. Wie wichtig müßte allein schon die Erkenntnis werden, daß das Erwachen des Geschlechtstriebes nicht von der Reifung der Keimdrüsen abhängt.

Da die Pädagogik als die Wissenschaft oder Kunst den heranwachsenden Menschen in das soziale Leben einzufügen praktische Ethik zur Grundlage hat, wenn dies auch nicht alle Pädagogen zugeben wollen, so bedarf auch die Sexualpädagogik einer Sexualethik. Die hier auftretenden zahlreichen und oft sehr verwickelten Probleme fanden eine gemeinverständliche Darstellung in dem Büchlein H. E. Timerdings Sexualethik (in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt), einer beachtenswerten Arbeit.

Die geringen bisherigen Erfolge sexualpädagogischer Maßnahmen führen oft zu pessimistischer Resignation. Da trat im letzten Jahrzehnt ein neuer Kämpfer auf den Plan: die Jugend selbst. In der freien, autonomen Jugendbewegung ist

das Bewußtsein erwacht, daß ein Anfang gemacht werden muß, eine neue Erotik heraufkommen will. Der zünftige Erzieher tut gut sich da nicht einzumengen und etwaige Auswüchse nicht tragisch zu nehmen. Man durchblättere, um eine Vorstellung von diesen Bestrebungen zu bekommen, einmal die Hefte der Jungen Menschen, die in Hamburg erscheinen.

Totenliste

Der Begründer und Leiter des Psychophysischen Laboratoriums der Kopenhagener Universität **Alfred Lehmann** ist, 63 Jahre alt, am 29. September 1921 gestorben. Im Gegensatz zu der des andern großen dänischen Psychologen, Harald Höffding, geht seine Einstellung zur Psychologie mehr auf die physiologische Seite. Dies kommt besonders stark in einem der ersten großen Werke *Die körperlichen Äußerungen psychischer Zustände* /Leipzig, O. R. Reisland/ zum Ausdruck, dessen 3. Band *Die Elemente der Psychodynamik* sein für psychophysiologische Bestimmungen wichtiges Hemmungs- und Bahnungsgesetz enthält, dann aber auch in den Hauptgesetzen des menschlichen Gefühlslebens /Leipzig, O. R. Reisland/. Hervorragendes hat er für die kritische Bearbeitung der Psychophysik, der von Fechner begründeten, einst übereifrig, heute wenig betriebenen messenden Experimentalpsychologie geleistet; in seinem Lehrbuch der psychologischen Methodik /Leipzig, O. R. Reisland/, dessen Titel irreführen könnte. Die in seinem großen Werk *Das Wetter und unsere Arbeit* /Leipzig, Wilhelm Engelmann/ steckenden Anregungen sind, zum Beispiel für die Pädagogik, noch gar nicht ausgenutzt. Viel Aufsehen hat sein sehr kritisches Buch *Aberglaube und Zauberei* /Stuttgart, Ferdinand Enke/ erregt, das gerade heute, in der Hochflut des Okkultismus und Spiritismus, unschätzbare Dienste leisten kann. In Darmstadt verschied im Oktober der außerordentliche Professor der Philosophie an der Technischen Hochschule **Ernst Schrader**, 56 Jahre alt. Sein Interesse galt zuerst besonders der Psychologie des Urteils, über die er 3 Schriften veröffentlicht hat. Sein Grundgedanke war: das spezifisch Urteilsmäßige nur in den verneinenden, verwerfenden Urteilen zu sehen, die sich nicht wie die bejahenden rein aus den Assoziations- und Reproduktionsgesetzen erklären lassen; das bejahende Urteil unterscheidet sich von der bloßen Assoziation durch das Bewußtsein der auch möglichen

Ablehnung. Diese durch keine Selbstbeobachtung zu stützende Theorie hat keine Anhänger gefunden. In letzter Zeit hatte sich Schrader der Psychotechnik zugewandt.

Der Begründer und Leiter des Erziehungsheims und Kindersanatoriums auf der Sophienhöhe bei Jena **Johannes Trüper** ist Ende des vorigen Jahres, 60 Jahre alt, gestorben. Er war Mitherausgeber und eifriger Mitarbeiter der Zeitschrift für Kinderforschung und der zahlreichen, als Beihefte der Zeitschrift erscheinenden Beiträge zur Kinderforschung und Heilerziehung /Langensalza, Beyer & Söhne/. Hier wie auch in der Zeitschrift *Die Kinderfehler* hat er viele Beiträge zur Psychopathologie der Kindheit geliefert; im Bücherschrank jedes Lehrers sollten seine Bücher *Zur Frage der Behandlung unserer jugendlichen Missetäter* und das *Personalienbuch* stehen, das die Frage der Schülerindividualisten ein gut Stück weitergebracht hat und durch seine geschichtliche Darstellung dieser Frage und die reiche Anregung zur Schülerbeobachtung wertvoll ist. Wie in der Rundschau *Frauenbewegung* (in diesem Band, Seite 530) berichtet wurde, ist **Grete Meisel-Hef** nach langem schweren Leiden gestorben. In den Schriften dieser glutvollen, immer ehrlichen Streiterin für eine erhöhte Sexualethik, dieser scharfen Beobachterin in der Sexualpsychologie, spiegelt sich ein Stück der geistigen Frauenbewegung.

Kurze Chronik Auf Anregung des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt hat **William Stern** /Hamburg/ im Abgeordnetenhaus vor Landtagsmitgliedern über die Bedeutung der *angewandten Psychologie* gesprochen. Sein Hinweis auf die Notwendigkeit der Zentralisation der dazu gehörigen wissenschaftlichen und praktischen Arbeit, auch zum Zweck der Paralyse psychotechnischen Kurpfuschertums, geschah wohl im Hinblick auf den Antrag das von **Otto Lipmann** geleitete Institut für angewandte Psychologie zu verstaatlichen. < Eine Hauptstelle für praktische Psychologie wird in Berlin-Spandau mit Unterstützung des preußischen Ministeriums des Innern errichtet. Das Institut soll der Allgemeinheit kostenlos für wissenschaftliche *psychologische Beratung* zur Verfügung stehen, mit dem Ziel der Berufsberatung und der »wissenschaftlichen Seelsorge« im Sinn einer Poliklinik. Leiter ist **R. W. Schulte**, der durch seine sportpsychologischen

Untersuchungen bekannte Abteilungsleiter der Deutschen Hochschule für Leibesübungen. $\diamond$ Der Leiter des Provinzialinstituts für praktische Psychologie in Halle *Fritz Giese* wurde dort Dozent für Wirtschaftspsychologie an der Universität. $\diamond$ Der Privatdozent an der Wiener Universität *Heinrich Gomperz* ist dort ordentlicher Professor für Philosophie geworden. Von seinen Schriften sind für die Psychologie wichtig: *Zur Psychologie der logischen Grundtatsachen* /1897/ und *Das Problem der Willensfreiheit* /1907/. $\diamond$ Am 8. April vollendete *Iwan Bloch* sein 50. Lebensjahr. In seiner Geschichte der Prostitution wird zum erstenmal die ganze Weite dieses Gebiets dargestellt, und in der, unter dem Pseudonym Eugen Dühren veröffentlichten Biographie des Rétif de la Bretonne hat er uns wieder mit dem kulturgeschichtlich und rein menschlich interessanten Leben dieses erstaunlichen Erotikers, dieses geistreichen Schuhfetischisten, bekannt gemacht. $\diamond$ Am 4. Mai wurde *Albert Moll* 60 Jahre alt. Moll hat zuerst auf dem Gebiet des Hypnotismus durch mehrere Schriften ernste Arbeit gegen den Okkultismus geleistet. Sein Werk *Das Sexualleben des Kindes* ist für den Erzieher, sein Handbuch der Sexualwissenschaft für jeden an dieser Wissenschaft Interessierten unentbehrlich.

Literatur

Eine liebevolle, tiefgehende und umfassende Analyse des dichterischen Schaffens Gerhart Hauptmanns vom psychologisch-ästhetischen Gesichtspunkt gibt *Joachim Hans Marschan* in seiner Schrift *Das Mitleid bei Gerhart Hauptmann* /Dortmund, Fr. W. Ruhfuß/. Er behandelt die Auffassung vom Mitleid in der Ethik von Aristoteles, Schopenhauer und Nietzsche sowie seine Rolle im Drama nach der Ästhetik von Aristoteles, Lessing, Schiller, Grillparzer und Freytag. Während nun bisher Schuld, Leid, Mitleid und die Läuterung von diesen Gemütsbewegungen, irgendwie ursächlich verknüpft, den Wesenskern der Tragödie bilden, stellt Hauptmann stets »das Leiden unter dem unentrinnbaren Zwange des Schicksals dar«, dieses Leiden, das aus der Ohnmacht gegen das Leben, aus der Last der Erbmasse, aus den Qualen des Zusammenlebenmüssens und, ganz besonders, aus der Tragik der menschlichen Vereinsamung quillt. Aber die Darstellung des Leids ist nur das Mittel, durch das sich das Mitleid des Dichters äußert.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Volksbildung Unter dem Titel *Soziologie des Volksbildungswesens* publiziert Leopold von Wiese bei Duncker & Humblot in München im Auftrag des Kölner Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften einen Sammelband wertvoller Beiträge, in denen sich die an die Volkshochschulbewegung anknüpfenden Hoffnungen wie die Geschichte der Bewegung selbst in Deutschland und anderen Ländern widerspiegeln. Dem ebenso instruktiven wie von warmer Begeisterung für die Sache getragenen Werk wäre in allen Schichten ein weiterer Leserkreis zu wünschen.

Durch die fremdartig gelehrt klingende Bezeichnung Soziologie sollte man sich nicht abschrecken lassen. Sie hängt mit der von *Leopold von Wiese* vertretenen Anschauung zusammen, gegen die in dieser Rundschau früher schon einmal bei Besprechung seiner Zeitschrift für Sozialwissenschaft polemisiert wurde. Mit jener Anschauung, die es als eine spezifische Aufgabe der Soziologie erklärt in der Betrachtung gesellschaftlicher Erscheinungen den mannigfachen Arten menschlicher Gegenseitigkeitsbeziehungen nachzugehen, die da in Frage kommen, sie systematisch zu zergliedern und zu klassifizieren. Die damals allgemein geäußerten Bedenken, daß der Versuch eines solchen systematischen Verfahrens von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sei, von sich aus keinerlei Gesichtspunkte erschließe, die nicht ebenso gut sich auch ohne solchen Umweg ergeben, bestätigen sich in diesem Werk. In den Beiträgen, und gerade den interessantesten, läßt sich von einem innern Verhältnis zu jener Art soziologischer »Beziehungslehre«, die dem Herausgeber vorschwebt, und die nach seinen einleitenden programmatischen Auslassungen dem Sammelwerk eigentlich das charakteristische Gepräge hätte geben sollen, kaum irgendetwas spüren. Doch ist das keineswegs ein Schaden. So unerlässlich bei Behandlung von Problemen, die wirklich (wie beispielsweise der wirtschaftliche kapitalistische Gesamtprozeß in seinem gesetzmäßigen, sich ständig fortentwickelnden Gesamtzusammenhang) systematischer Behandlung fähig und bedürftig sind, ein streng methodisches Verfahren ist, so aussichtslos erscheint es auf der andern Seite durch Analyse und Klassifikation menschlicher Beziehungen allgemeine Rezepte für die Behandlung soziologischer Zusammenhänge über-

haupt herauszudestillieren. Ein Schema müßte da zu fremdem lästigen Zwang werden. Anordnung und Behandlung des Stoffs wird sich stets nach seiner Besonderheit und den Zielen, die sich die Untersuchung jeweils steckt, richten müssen. In diesem Sinn ist es ein Vorzug, daß sich die Mitarbeiter an die erstrebte formale Einheit der Behandlung nur oberflächlich oder überhaupt nicht kehren.

Von seiner Auffassung des Wesens und der Ziele soziologischer Forschung abgesehen, wird man den übrigen Ausführungen des Herausgebers, die von der Sache selber, nicht von der Methode handeln, um so entschiedener beistimmen dürfen. Ein hoher und dabei doch nüchtern alle mystischen Verstiegenheiten ablehnender Idealismus tritt zutage, der um so höher einzuschätzen ist, als der Verfasser lange Jahre praktisch in der Tagesarbeit der Bewegung mitgearbeitet hat. »Einstellung auf das Wesentliche« erscheint ihm eine der ersten Forderungen, und das Wesentliche sieht er im Ziel persönlich-menschlicher Kultur, die an sich selbst und nicht in Unterordnung unter andere Zwecke wie Wirtschaft, Politik, Berufsleben erstrebt wird. »Alle Volksbildung muß sich aus den wahren Bedürfnissen schlichter Menschen ergeben. Damit ist alles Wirklichkeitsfremde, alle Mystik und schwärmerische Ideologie abgelehnt.« Ja, er hält es für möglich, daß Volksbildung »die Kraft zu einer neuen Gemeinschaft, die über den Klassengegensätzen steht, aus sich erzeuge«. Dem einzelnen soll sie »einen höhern Grad von Selbstbewußtsein [im philosophischen Sinn des Wortes] verleihen... Entgegen allem bloßen Vegetieren, allem Kadavergehorsam, allem animalischen bloßen Getriebensein«. Das sei eine Aufgabe, vor der jeder skeptisch spintisierende Einwurf, ob sich denn auf diesem Weg wirklich auch das Durchschnittsmaß des individuellen Glücks und Wohlbefindens steigern werde, zu verstummen habe. Jedenfalls künde sich in der Bewegung zugleich »die geistige Emanzipation der gesellschaftlichen Unterklasse« an; eine Emanzipation, bei der der Begriff der Bildung nun selber einen andern Sinn erhält. Was da begehrt wird, ist nicht die mit scholastischem Beiwerk beladene Gelehrsamkeit kleiner Oberklassenkreise, deren Vertreter aus ihrem Wissensvorrat gelegentlich den oder jenen Brocken spenden. Es erhebe sich das Ideal einer »Einheit auf neuer geistiger Grundlage«, das im Gegensatz zu der frühern Autoritätsgebundenheit und der Wertung nach der

sozialen Rangordnung in dem Gefühl menschlicher Selbstachtung und eigenen geistigen Lebens wurzele. Dies Ideal behalte seine Geltung, wenn auch, was bisher geleistet wurde und geleistet werden konnte, in noch so bedrückend weitem Abstand dahinter zurückbleibt. Die »Gefahr der Resignation« dünkt Wiese größer als die »der Überspannung der Erwartungen«. Was die Frage der Organisation anlangt, so hält er mögliche Bewegungsfreiheit und Dezentralisation für das Gebotene. Den Trieb zum Denken und zur Selbstverständigung gilt es vor allem zu entfalten. Ohne solche intellektualistische Fundamentierung zerflattere alles ins unbestimmte. Neben den auf Diskussionen angewiesenen Arbeitsgemeinschaften dürften die Vortragskurse, die sich an größere Kreise wenden und zusammen mit geistiger Anregung auch das feste Gerippe eines Wissensstoffs vermitteln wollen, nicht vernachlässigt werden.

Diese Gedanken, die der Herausgeber im Schlußwort zusammenfaßt, klingen ähnlich auch in den Beiträgen der Mitarbeiter wieder und wieder an, schlingen sich durch das Ganze als ein einigendes Band. Überraschend ist es dem bekannten Soziologen *Max Scheler*, der vor Jahren in seinem Buch *Der Genius des Krieges* mit sensationellem Aufwand von Mystik und Sophistik das blinde Wüten des blutigen Völkermords verherrlichte, in diesem Kreis humanitär-demokratischer Fortschrittsfreunde wieder zu begegnen. Ob dem eine grundsätzliche Abkehr von jenem frühern Standpunkt religiös romantischer Glorifizierung der Gewalt zugrunde liegt, oder ob er ohne solche Abrechnung die Vereinbarkeit des Unvereinbaren sich selber vortäuscht, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls fehlt seinen Ausführungen über Universalität und Volkshochschule, die zu den interessantesten des Buchs gehören, jeder Nachhall militäristischer Reminiszenzen. Stark tritt auch hier seine Antipathie gegen utilitaristische Tendenzen hervor, jedoch in durchaus anderer Weise als in dem Kriegsbuch und ohne Spiegelfechtereien. Seine Kritik der Universitätsverhältnisse, die er am Maßstab des klassischen Bildungsideals mißt, und die Reformideen, die er in dieser Hinsicht äußert, geben manche Anregung. Er tritt für eine Scheidung der bloßen Fachausbildung, wie sie heute in den Fakultäten betrieben wird, von der eigentlichen Forschertätigkeit ein und befürwortet die Errichtung von Instituten, an denen, außerhalb der eigentlichen Universitätsorganisation, repräsentative führende

Köpfe vor einem nicht nur aus Studenten sondern auch aus älteren Semestern zusammengesetzten Auditorium sprechen sollen. Anstalten nach der Art des in Paris neben der Sorbonne bestehenden Collège de France, »an dem hervorragende Forscher, die eine besondere Begabung für geistige Synthese besitzen, als Philosophen, Historiker, Kunstgelehrte, Soziologen, Religionswissenschaftler usw., das Wissen der Zeit, unter Berücksichtigung aller Fortschritte der Forschung und unter dem Lichte verschiedener Weltanschauungen vermitteln«. Die Betonung des weltanschaulich Philosophischen ist auch für seine Auffassung der Aufgaben der Volkshochschulen charakteristisch. Sie sollen nicht Propaganda für die und jene bestimmte religiöse, philosophische, politische Weltanschauung machen, ebensowenig wie sie nationalistisch sein dürften. Aber sie müßten nach Möglichkeit »diejenigen Materialien bieten, die für Weltanschauungsfragen besonders relevant sind«. Es ist von größter Wichtigkeit, »daß die verschiedenen Gruppen unseres Volkes ihre eigenen Weltanschauungen kennen und vergleichen lernen, falsche Vorurteile in ihnen zerstört werden, und daß alles, was bisher erstarrt war, wieder in flüssige Bewegung versetzt wird«. Fach- und Berufsausbildung seien anderswo zu pflegen als in der Volkshochschule, die gerade der Zerstreuung und Vereinzelung des Fachlichen durch Pflege des Menschlich-Allgemeinen ein Gegengewicht zu schaffen habe. Dem akademischen Lehrer, der an der Volkshochschule wirke, werde der ihm dadurch erwachsende Zwang »sein Wissensgut zu integrieren und es aus der künstlichen Terminologie herauszunehmen«, selbst eine reiche Quelle geistiger Förderung werden. Beherzigenswert ist seine Mahnung an Geistesarbeiter auch bei gedrückter Lage nicht zu vergessen, welchen Glücks sie dadurch schon teilhaftig wurden, daß sie jenen Millionen gegenüber, die der Last rein körperlicher Arbeit ausgeliefert sind, ein wesentlich geistig tätiges Leben führen durften. Ein wunderlicher Idealismus, der immer nur argumentiere: Ich muß mehr haben, weil ich geistiger Arbeiter bin, als ob es sozusagen ein Naturrecht wäre, daß die dem einzelnen höhere Befriedigung schaffende Tätigkeit ihm zugleich auch eine ökonomische Vorrangsstelle sichern müsse.

Was von den Blühträumen, die sich an die Idee der Volkshochschule spinnen, zur Frucht gedeihen mag, kann niemand wissen. Die Erfahrungen, die in den paar

Jahren seit der Revolution in Deutschland bisher gemacht wurden, sind einstweilen nicht eben sonderlich ermutigend. Von jenem Bildungstrieb, den man gerade der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft früher so oft nachrühmte, läßt sich heute (wo doch die gegen früher unvergleichlich gesteigerte Macht der Arbeiter die Erwerbung politischer und ökonomischer Bildung, schon vom Standpunkt des Klasseninteressenstandpunkts zu einem dringendsten Bedürfnis machen sollte, und der Achtstundentag die Muße bietet) vielfach erschreckend wenig spüren. Das zeigt sich unter anderem an dem Beispiel der größten und umfassendsten, der Berliner Volkshochschule. Gerade die Kurse, die für Arbeiter, meint man, besonderes Interesse haben müßten, solche also, die aktuelle sozialpolitische oder gewerkschaftliche Fragen behandeln oder in die Gedankenwelt des Sozialismus und der ökonomischen Theorien einführen, haben überaus mäßige Besuchsziffern. Der Trieb nach eigener Selbstverständigung über das, was einem in dem widerspruchsvollen Treiben der Gesellschaft in Form von Weltanschauungen, Idealen, Forderungen usw. entgegentritt, der Wunsch in diesem Sinn selbständige Persönlichkeit zu werden, wird allem Anschein nach erst in recht eng gezogenen Grenzen empfunden. Aber er stellt darum für die Arbeiterbewegung, wenn diese nicht verflachen soll, ein elementares, mit dem Vorrücken zu größerer Macht an Bedeutung ständig wachsendes Erfordernis dar. Gelingt es nicht hier Hebel anzusetzen, das Bewußtsein von der Pflicht kritischer Selbstbesinnung und unbestochenen Wahrheitsstrebens in weitem Umfang wachzurufen, dann fehlt auch jede zuverlässige Sicherung gegen Invasionen einer gedankenlosen Phrasendemagogie, die sich an blind gehässige und rein zerstörende Instinkte wendet.

Für die Zukunft der Arbeiterbewegung wird die Stellungnahme der Massen selbst zu den Aufgaben, auf die die Volkshochschulbewegung der Idee nach hinweist, jedenfalls von mitentscheidender Bedeutung sein. Davon wird großenteils abhängen, ob und wie weit der Sozialismus eine idealistische, über bloße Magenhorizonte auf allgemeine Menschheitsziele gerichtete Bewegung bleibt.

Vielleicht, daß in noch jüngeren Jahren, wo die Empfänglichkeit am stärksten, die Schule selber eine Art von Vorarbeit zu leisten vermag, indem sie bei Gelegenheiten, die natürlich dem kindlichen Verstand geschickt angepaßt sein müssen,

planmäßig darauf hinwirkt das Gefühl für die Notwendigkeit der eigentlichen Überlegung und für die Minderwertigkeit gedankenlos nachgeplapperter Vorurteile wachzurufen. So beschränkt im allgemeinen naturgemäß die Grenzen sind, innerhalb deren die Schule auf Charakterbildung wirken kann, so Gewichtiges vermag sie unter Umständen auf diesem Weg für die Entwicklungsmöglichkeiten einer fruchtbaren demokratisch-sozialen Entwicklung zu leisten, die ohne innere Bildung und aufgeklärt gerechte Denkart ihrer Bürger nicht gedeihen kann.

Naturvölker Grundriß der ethnologischen Volkswirtschaftslehre nennt sich ein 2bändiges Werk des Professors Max Schmidt /Stuttgart, Ferdinand Enke/. Der Verfasser, aus früheren Arbeiten bekannt, war, was den Stoff anlangt, nicht ausschließlich auf die Verarbeitung der in der ethnologischen Literatur verzeichneten, der Regel nach recht aphoristischen ökonomischen Beobachtungen angewiesen; ein langjähriger Aufenthalt unter brasilianischen Indianerstämmen hat ihm eine Fülle eigener Anschauungen zugeführt. Zu einer befriedigenden Bewältigung der Aufgabe, auf die der Titel deutet, werden indes vermutlich noch recht lange die Vorbedingungen fehlen. Nicht nur die Dürftigkeit der Angaben, die geringe ökonomisch-theoretische Schulung der meisten aller Beobachter steht dem im Weg. Ein solcher Grundriß müßte, wenn er mehr als eine bloße Massenanhäufung von Tatsachen geben will, auf einer begriffsmäßigen Durchdringung der hier in Frage kommenden Probleme basieren, müßte leitende Gesichtspunkte herauszuarbeiten suchen, die zugleich Perspektiven auf die Richtung und den Verlauf der spätern Entwicklung werfen. Ohne Sichhineinarbeiten und Durchdenken der in Marx' ökonomisch-sozialer Geschichtsauffassung vereinigten Ideen wird man dabei gewiß nicht weiterkommen können. Ein Blick auf das 5., die allgemeinsten Momente des menschlichen Arbeitsprozesses behandelnde Kapitel des Marx'schen Hauptwerks zeigt bereits, wieviel Anregungen gerade auch zu einer ökonomischen Ethnologie daher zu holen wären.

Man kann viele interessante Einzelheiten aus dem Schmidtschen Buch lernen; auch bemüht sich der Autor, der mit gutem Grund über die Unklarheit der Begriffe, mit denen in der Ethnographie operiert wird, Klage führt, in dieser Hinsicht zu korrigieren. Aber alle diese begrifflichen

Erörterungen stecken keine neuen Lichter auf. Es fehlt das geistige Band. Der Leser fühlt sich für die Mühe, die ihm in diesen Ausführungen zugemutet wird, nur selten belohnt, kommt über den Eindruck der Willkür dabei nicht hinweg. Es ist zum Beispiel gar nicht abzusehen, aus welchem Grund der Autor jene altgewohnte klare Unterscheidung von Naturalwirtschaft (in der geschlossene respektive mit einander in irgendeiner Weise kombinierte Verbände für den Eigenbedarf produzieren) und der sich auf dieser Grundlage entwickelnden Tauschwirtschaft (aus der am Ende die Warenproduktion und damit die Geldwirtschaft hervorgeht) fallen läßt, und statt dessen mit solchen unbestimmt vieldeutigen Termini wie Gemeinwirtschaft und Verkehrswirtschaft operiert. Oder was soll es heißen, daß er, gegen Adam Smith und Karl Bücher polemisierend, den Begriff Arbeitsteilung und Arbeitsgemeinschaft in der Anwendung auf die Wirtschaft primitiver Naturvölker für unhistorisch erklärt, als sinnwidrige Übertragung rein privatwirtschaftlicher Verhältnisse auf den Boden der Gemeinwirtschaft? Eine volkswirtschaftlich-ethnologische Betrachtungsweise müsse, behauptet er, statt dessen vom Begriff der Arbeitsverteilung ihren Ausgang nehmen. Aber setzt nicht Arbeitsverteilung unter noch so primitiven Verhältnissen immer ein Füreinanderarbeiten naturalwirtschaftlich zur Produktion für einander verbundener Personen und in diesem Sinn Arbeitsgemeinschaft voraus? Und was ist eine in naturalwirtschaftlichen Verbänden gegebene Arbeitsverteilung, bei der gewisse Arbeitsverrichtungen für den Verbandsbedarf besonderen einzelnen Personen dauernd übertragen werden, anders als eine (wenn auch noch unentwickelte) Arbeitsteilung? Und welche wunderliche Ausdrucksweise die Räubereien, Ausbeutungs- und Tributverhältnisse, die aus den Kriegen der Stämme entstehen, und größtenteils den Zweck der Kriege bilden, ökonomisch unter die Nomenklatur einer »feindlichen Verkehrswirtschaft« zu rubrizieren. Der Apparat derartiger Begriffsbestimmungen, die keine andere Wirkung haben als das Verständnis unnütz zu erschweren, verbindet sich dabei mit großer Breite. Wie das Vorwort andeutet, aus Universitätsvorlesungen entstanden, trägt die Darstellung den Forderungen der Zusammendrängung und Verdichtung, die die Buchform (und bei den heutigen Preisen mehr als je) verlangt, nur in geringem Maß

Rechnung. Statt eines Grundrisses, zu dem noch so viele unentbehrliche Bausteine fehlen, hätte man eine Reihenfolge ethnologisch-ökonomischer Skizzen gewünscht. So muß der Leser sich das Material dazu aus den 2 Bänden selbst zusammensuchen. Am reichlichsten findet es sich in dem 1., von der Rohproduktion handelnden Teil des 2. Bandes.

Lassalle In dem von Gustav Mayer herausgegebenen Lassalleschen Nachlaß, dessen 1.

Teil die sehr markant charakteristischen Jugendbriefe brachte (siehe diese Rundschau, 1921 II, Seite 620 ff.), ist ein neuer Band erschienen, der den Briefwechsel zwischen Lassalle und Marx enthält (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt). Diese Korrespondenz zeigt in scharfem Kontrast zu dem abstoßenden Ton mancher jener Studentenbriefe Lassalle von seinen besten Seiten. Die Begeisterung für große allgemeine Ziele, die leidenschaftliche Hingabe an selbstgestellte Aufgaben, die tiefe, ganz neidlose Bewunderung für Marx, seine trotz allen Kränkungen sich ständig gleich bleibende Bereitschaft ihm zu helfen treten beherrschend in den Vordergrund. Die große Mehrzahl seiner in den fünfziger und sechziger Jahren an Marx gerichteten Episteln, soweit diese im Marxschen Nachlaß aufgehoben waren, hat Franz Mehring im 4. Band des Marx-Engelsschen Nachlasses publiziert. Es kann dem Leser nur willkommen sein, daß Mayer dieses Material ohne Kürzungen mitaufgenommen hat. Er ergänzt es durch bisher noch unbekannte Lassallesche Briefe, vor allem aber durch die Marxschen Antworten, die sich in Lassalles Hinterlassenschaft fanden. Sie wirken weniger erfreulich. In Marx wie Engels hatte die rhetorisch selbstgefällige Manier Lassalles eine ausgeprägte Antipathie ausgelöst, die ihnen die Empfindung für das Große der Persönlichkeit wie auch für die lichten, liebenswerten Seiten seines Wesens trübte. Marx' spärliche Briefe sind von ausgeprägter Reserviertheit, und an einzelnen Stellen bricht ein kaum mehr verständliches Mißtrauen daraus hervor, das dann, so großzügig der sonst so empfindliche Lassalle immer wieder einlenkt, schließlich zum Bruch führte.

Kurze Chronik An der Universität München ist ein selbstständiges *Seminar für Wirtschaftsgeschichte* errichtet worden; zu seinem Leiter wurde Jakob Strieder ernannt. ◊

Die Gesellschaft zur Förderung des *Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr* hat sich trotz der Ungunst der Zeiten erfreulich weiter entwickelt. Die Mitgliederzahl ist von 5695 auf 6010 gestiegen; die Gesamteinnahmen betrugen im Jahr 1921 4,15 Millionen Mark, die Gesamtausgaben 2,9 Millionen, das Gesellschaftsvermögen beläuft sich auf 2,4 Millionen Mark. Das für 5 Millionen Mark erworbene und ausgebaute Institutsgebäude ist Eigentum des Instituts geworden. Die Institutsarbeit ist nach ihren 3 Richtungen, der Forschungs-, der Lehrtätigkeit und der Pflege der Beziehungen zur wirtschaftlichen Praxis, folgerichtig ausgebaut worden; besonders stark wurde die wissenschaftliche und praktische Auskunftsstelle in Anspruch genommen. Die Abonnentenzahl der wissenschaftlichen Zeitschrift des Instituts, des *Weltwirtschaftlichen Archivs*, ist erheblich gestiegen, desgleichen die Zahl der Mitarbeiter, vor allem im Ausland. ◊ Am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster fand unter der Leitung des Professors Johannes Plenge eine besondere Vortragsreihe über *Organisation und Propaganda* statt. ◊ An der Kölner Universität habilitierte sich der bisherige Sekretär des Sozialisierungsausschusses und Referent für Wiederherstellungs- und Steuerfragen Eduard Heimann für Volkswirtschaftslehre. Seine Habilitationsarbeit betitelt sich *Kritische und positive Beiträge zur Mehrwertlehre*. ◊ 70 Jahre alt wurde am 1. April der Leipziger Nationalökonom *Wilhelm Stieda*, der sich auch durch wirtschaftsgeschichtliche Forschungen einen Namen gemacht hat. Besonders beschäftigte er sich mit der Geschichte der Hanse, des Zunft- und Innungswesens, der keramischen Industrie in Mittel- und Süddeutschland, des Buchdrucks und -handels in Mecklenburg.

Literatur Des verstorbenen österreichischen Ökonomen *Eugen von Philippovichs* mehrbän-

diger Grundriß der politischen Ökonomie, gegenwärtig wohl das verbreitetste ökonomische Lehrbuch, erscheint jetzt in 10. Auflage (Tübingen, Mohr). Den 2., die Volkswirtschaft darstellenden Band hat der Herausgeber Felix Somary einer weitgreifenden Umarbeitung unterzogen. ◊ Von *Paul Barth's* Philosophie der Geschichte als Soziologie (Leipzig, O. R. Reisland), die seinerzeit in dieser Rundschau (1915 II, Seite 927 ff.) ausführlicher besprochen wurde, liegt eine neue, erweiterte Auflage vor. Der Verfasser setzt sich mit den Hauptrichtungen der

soziologischen Literatur referierend und kritisch auseinander. Der 1. Hauptabschnitt handelt über Saint-Simon, der Barth als Bahnbrecher der soziologischen Forschung gilt, über die »intellektualistische Soziologie« (Comte und andere), über die »biologische Soziologie« (Spencer, Schäffle und andere) und die »völkerrassistische Soziologie«; der 2. über das, was der Verfasser »einseitige Geschichtsauffassungen« nennt, wohnin auch die Marxsche ökonomische Geschichtsauffassung von ihm einrangiert wird. Des Verfassers eigene Ansicht, die in den abschließenden Ausführungen zum Ausdruck kommt, rückt die Frage des sittlich-humanitären Fortschritts in den Mittelpunkt. ◊ In 4., stark erweiterter Auflage liegt *Karl Diehls* Buch über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus vor, das zuerst 1905 erschien /Jena, Gustav Fischer/. Von den 3 Hauptabteilungen des Werks handelt die letzte, neu hinzugefügte ausschließlich von dem Sozialismus seit dem Weltkrieg. Bemerkenswert ist hier besonders die eingehende und systematische Analyse des sogenannten Programms des Bolschewismus. Die Sachlichkeit und Objektivität, die übersichtliche Gruppierung der charakteristischen Züge, die das Buch in seiner frühern Gestalt auszeichneten, prägen ebenso dieser Fortführung der Darstellung bis zur unmittelbaren Gegenwart den Stempel auf. ◊ Unter dem Titel *Gewerkschaftslehre* hat *Siegfried Nestripke* den einleitenden Teil seines 3bändigen Werks über die Gewerkschaftsbewegung (siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, 1920 I, Seite 276, 1921 I, Seite 247, und 1921 II, Seite 914) in umgearbeiteter Form als selbständige Broschüre herausgegeben /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/. Unter Ausscheidung alles Historischen wird der Leser mit dem Wesen der Gewerkschaften, ihren Zielen und den Hauptfragen der Organisation in knappem, plastisch herausgearbeitetem Überblick vertraut gemacht.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Drama

Zwischen den Polen der Realistik und des reinen Gedankendramas wandert *Hans José Rehlisch* einher. Es reizt ihn ein handfestes Menschenleben aufzurollen, tragisch, wie im Chauffeur Martin, komisch, wie in der Erziehung durch Kolibri. Und es lockt ihn wieder Lebensmöglichkeiten, die sich im Theoretischen halten, auszumessen. Natürlich

löst sich die Grübeleien, wenn sie zum Poetischen zielt, nicht ohne das innere Schauen auf. Und wirklich, es fesselt zu sehen, wie dieser Dramatiker das Schauspiel des Alltags durch metaphysischen Einschlag und die Moralität, die nur ins Ewige hinein gedacht ist, durch alltägliche Momente erfüllt. Das Paradies /Berlin, Oesterheld/ und Deukalion /Berlin, Oesterheld/ sind die Gedankendramen, ganz gestellt auf das Schwebende des poetischen Ausdrucks, rhythmisch gegliedert, den Vers suchend. Im Paradies haben sich die vom Krieg verschlagenen Männer in einer Ruhestätte zusammengefunden, die irgendwo, die nirgendwo liegt, die Einfachen, die schwerfälliger und mannigfaltiger Gefügten. Aus irgendeiner Ferne kommt ein Fabelwesen zu ihnen, eine jungfräuliche Trägerin aller Schönheit und aller Zukunft. Jeder sieht in den Mädchen, was sein Traum ist. Jeder begräbt in dem Mädchen, als es in Felsensohluchten zerschellt, was sein Traum war. Und es geht für alle die Welt des Paradieses unter. Der Dichter sucht formal außerordentlich zu vereinfachen. Er vervollkommt diesen Versuch im Deukalion zum äußersten. Nur 2 Personen leben auf der Bühne: der Mann und das Weib. Sie sind die Überlebenden aus der Sintflut, mit der Gott die Welt überschüttete. Da sie sich nun ganz allein wähen, wollen sie auf sich ganz allein das Leben aufbauen, die Verinnerlichung ihres Lebens, ihres Daseins Rundung und Ausgleich. Und es gelingt vorläufig nicht. Mann und Weib werden vor das ewige Trauerspiel geführt, das sich nur durch die Trennung löst. Der Mann, verloren an die Unendlichkeit der Welt und Überwelt, die Frau beengt durch die Endlichkeit der Sinne. Das hält eine Zeitlang. Das zerklüftet und zerklüftet aber das Glück. Sie trennen sich. Blut tobt in ihnen, das blindlings wirkt und führt. Sie finden sich zurück, und es gesellt sich zu ihnen die große Beseligung, weil sie in tiefster Niedergeschlagenheit entdecken, daß neues Menschengeschlecht ihre gefürchtete Einsamkeit beenden wird. So hört das Entsetzen von Mann und Weib auf, die nicht fähig sind in ewiger Verlassenheit zu bleiben. Gott allein besitzt die Kraft über die Jahrtausende hinaus Einsamkeit wie Freude zu genießen. Mann und Weib, die sich ohne die Zuwanderung des neuen Geschlechts getötet hätten, werden erlöst. Man spürt in der Antwort, die der Dichter auf das Problem gibt, den sozialen Menschen. Er isoliert sich nicht, um Ab-

straktes zu hegen, er beobachtet wohl. So ist es nicht erstaunlich, daß er gar die Heiterkeit zu einer Komödie findet. Diese Erziehung durch Kolibri /Berlin, Oosterheld/ hehelt den Eigensinn und den Eigennutz der Menschen, aber auch dies mit einer gewissen Übersinnlichkeit. Die Menschheit, die sehr begehrt ist nach einem unverhofft die Taschen füllenden Zufall, etwa nach einer Millionenerbschaft, wird ins Grotische gesteigert. Die hitzigsten Ehrenmänner werfen den Panzer ihres Vorurteils fort, wenn sie nur wittern, daß die Erfüllung der großen Sehnsucht nach dem großen Lebenslos wirklich kommt. In dieser Komödie wird ein ehrenwertes Putzgeschäft zunächst mit einem Bordell verwechselt. Daraus entwickeln sich die Verwirrungen und Entlarvungen. Die Menschlein werden kritisch gezupft, ohne daß die Menschenliebe im allgemeinen geschädigt wird. Bei einer Komödie ist schließlich diese Aussöhnung, gespickt mit Weisheitskörnern, die Hauptsache. Man soll die Weisheitskörner selbst nicht bei einem Dichter unterschätzen.

Das Schauspiel *Arnolt Bronnens Vatermord* /Berlin, S. Fischer/ ist dadurch stark, daß sich der pfadsuchende Dramatiker keine psychologische Nachsicht vergönnt. Er hämmert unbarmherzig in die Mutter, in den Vater und den verkannten Sohn hinein. Nur beschnüffelt Bronnen seine gedichteten Wesen allzu sehr wie ein Arzt für solche, die im Geist verwundet sind. Er kann sich nicht denken, daß Mißverständnisse in der Familie auch gut ausgehen. Er reißt sich nicht los von der Schlafvision des Sechzehnjährigen, er würge eigenhändig den ihm bösewollenden Papa ab. Man müßte Bronnens Dramatikerpsychologie verwerfen, entlüde sie sich nicht oft in sehr eindrucksvoller Rede. Diese Rhetorik Bronnens ist dichterisch.

Der Meister der russischen Prosa und des historischen Romans *Dmitrij Mereschkowskij* liebt als Verfasser des Dramas *Zarewitsch Alexej* /München, O. C. Recht/ das Dekorative, nur Theatralische. Er kontrastiert den westlichen Zaren Peter den Großen mit seinem fahrig- und durch Weibergeschichten verweichlichten Sohn Alexej. Die Dinge gehen äußerlich vor sich, die Menschen gehen selten in sich.

Durch das Drama *Der Bürgermeister von Stilmonde* /Leipzig, E. P. Tal/ hat sich *Maurice Maeterlinck* seinen Zorn über den Einfall der Deutschen in Belgien vom Herzen geschrieben. Das Drama ehrt nur den Patrioten, nicht den Poe-

ten. Es ist ein Tendenzwerk, das die Bosheit der Deutschen zeigt und die Qualen der Belgier beklagt. Gewiß, keine Ungerechtigkeit soll von uns Deutschen verbrämt werden. Wir wollen uns aber beeilen dieses Stück zu vergessen, das nichts ist als der Aufschrei eines ergrimten Mannes.

Endlich noch die Selbstanzeige: *Max Hochdorf* Die Schattensymphonie, ein Schauspiel nach dem Rumänischen /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/.

Roman

Ein fleißiger, sehr kultivierter und gelehrter Schriftsteller ist *Erwin Guido*

Kolbenheyer. Es gelingt ihm mit geschmeidiger Einfühlung die Kultur vergangener Jahrhunderte zu erfassen. Ja, er ist beinahe ein philologischer Meister, da er die deutsche Sprache des 17. Jahrhunderts sehr stilgerecht in ihren Floskeln und Schnörkeln wiederherstellt. Feinschmeckerei ist ein sehr persönlicher Genuß. So darf man vielleicht sagen, daß Kolbenheyer selbst der vernünftigste Bewunderer seines Werks ist. Dieses Werk ist aber sehr beträchtlich und ernst zu nehmen. Er hat versucht den Gedankengang des Wunderarztes Paracelsus und des Pantheisten Spinoza im Roman darzustellen. Er schrieb ein Buch von dem behaglichen Handwerkerleben der Vergangenheit und Novellen, von denen ein starker ästhetischer Reiz ausgeht. Die Titel der Kolbenheyerschen Bücher sind: *Amor Dei*, Meister Joachim Pausewang, Montsalvasch, Ahalibama, Die Kindheit des Paracelsus, Das Gestirn des Paracelsus; sie erschienen sämtlich im Verlag von Georg Müller in München.

Auffällig ist die Menge der französischen Romane über Maria Magdalena. Die Verfasser ironisieren das Leben dieser reuigen Frau nicht, wie es etwa Anatole France getan hätte. Sie legen nur ein breites Kulturgemälde des vorchristlichen Galiläa an und zeigen, üppig malend, das Haus der Büberin, ihre weltlichen Wanderungen und schließlich die rührende Szene, da Maria Magdalena sich zu Jesus' Füßen stürzt, um ihn mit ihrer kostbaren Narde zu überschütten. Auch der Stil dieser Romane ist festgelegt. Aus der Art, wie etwa Renan und Schlumberger und der ihnen nachahmende Fanatiker Léon Bloy solche Kulturgeschichte aufbauen, lernen die dichtenden Schriftsteller. Sie sind ziemlich pathetisch eingestimmt. Der letzte Magdalenenroman stammt von *Marcelle Vioux* und heißt *Une repentie* /Paris,

Charpentier/. Der Roman gleicht eher einer altertümlichen Chronik, und nur die psychologische Ausdeutung der magdalenischen Frömmigkeit übertüncht und belebt die Sachlichkeit des Berichts von den Ereignissen.

Das Haus am bunten Fluß von *Eberhard Frowein* /Berlin, Richard Bong/ ist gewiß keine Familienchronik, die frei vom Einfluß bedeutender Vorbilder geschrieben wurde. Aber es steht auch manche Selbstbeobachtung in dem Werk, das vom Fabrikherrn und seinen Angestellten erzählt. Jedes Kapitel ließe sich irgendwie ausnutzen, um die Stilquelle und auch die psychologische Methode als fremdes Gut zu erweisen. Aber das Ganze ist ordentlich gruppiert. Fesselnd dieser religiöse Fabrikant, der den Spekulationen nicht fernsteht und nebenbei noch einen unüberlegten Ehebruch begeht. Unterhaltend diese theologischen Schwarmgeister, die Sexuallotterie und Diebstahl mit brennender Litanei vereinigen. Der Roman gibt klare Bilder. Die Dinge verflochten sich jedoch eher zufällig als organisch.

Skizzen

Mit Neugier und mit einem Wohlgefallen, das nicht in einem banalen Schmunzeln bleibt, werden *Arthur Silbergleits* Skizzen gelesen, die unter dem Titel Das Farbenfest in der Sammlung der Mosaikbücher /Berlin, Mosaikverlag/ zusammengestellt sind. Anmut, die berechtigt wurde. Silbergleit erfindet und erzählt bunt, edel, gelassen, lächelnd, belehrend und tröstlich Anekdoten, die immer einen Sinn haben, die immer ein Stücklein erschöpfen, die niemals ins ungelöste versickern. Solche Kunst ist nicht gering. Es ist eine Kulturkunst, aber bei Silbergleit mischt sich in das Überlieferte ein schönes, weiches Herz. Diese Anekdoten sind Schöpfungen des anschaulich gewordenen Gefühls. Ein kleines Beispiel, dessen Abdruck wenig Raum verlangt: Ferero, ein junger Geigenbauer, wollte die zarten Busenformen seiner Geliebten, mit der er Nacht um Nacht heimlich schlief, auch in den Werken seiner Kunst festhalten. Er deutete sie daher in den Wölbungen seiner Violinen an. Und wenn er mit dem Fiedelbogen ihre Saiten streifte, jauchzten diese in der Trunkenheit seines Glücks auf, daß er nicht nur im Dämmerblau abendlicher Stunden ihre Brüste lieblosen durfte, sondern daß er sie auch im Strahlenglanz des Tages in den Schwellungen seiner Violinen über seinem Herzen zu ahnen vermochte.

Kurze Chronik Der Verlag Karl Mahnke in Verden an der Aller schreibt einen Preis von insgesamt 2000 Mark für bisher unveröffentlichte Märchen-, Puppen-, Weihnachts-, Wandervogelspiele und gute Einakter niederdeutschen Charakters möglichst in plattdeutscher Sprache aus. Der Einsendungstermin ist auf den 15. August 1922 festgesetzt. $\diamond$ Nach einer Statistik der Deutschen Bücherei in Leipzig sind in den letzten Monaten 160 Zeitschriften eingegangen, darunter 32, also 20 %, bereits im 1. Jahrgang. $\diamond$ In Köln ist eine bisher unbekannte Abschrift der 4 Dramen der *Roswitha von Gandersheim* aufgefunden worden; sie entstammt dem 12. Jahrhundert. Die einzige andere bis heute entdeckte befindet sich in der Münchener Staatsbibliothek. $\diamond$ In Wolfenbüttel fand man *Briefe Goethes* an Ernst Theodor Langer, die über Goethes Leben während seiner Rekoneszenzenzeit in Frankfurt nach den Leipziger Studienjahren und während seiner Straßburger Studentenzeit berichten, von seiner Stellung zu den Herrnhutern, von seinen Studien, Dichtungen und Liebesverhältnissen handeln. $\diamond$ Bisher unbekannte *Briefe Byrons*, die er mit intimen Freunden, wie Shelley, Hobhouse und Lady Melbourne, in den Jahren 1812 bis 1816 gewechselt hat, sind jetzt in 2 Bänden bei John Murray in London veröffentlicht worden. Von besonderer Bedeutung für die Biographie Byrons sind vor allem die Briefe an Lady Melbourne, die die unglückliche Ehe des Dichters zustande gebracht hatte. $\diamond$ Auf freie Anregung aus den verschiedensten Teilen Deutschlands hat sich im Frühjahr eine *Cäsar Flaischlen-Gesellschaft* gebildet, die für die Vertreibung der Werke des Dichters wirken und das Bild seiner Persönlichkeit als vorbildlich bewahren will. An die Mitglieder sollen jährlich sorgfältig ausgestattete Veröffentlichungen, Manuskriptblätter, Handzeichnungen, Vertonungen, Briefe, Selbsterlebtes usw. gesandt werden; auch wird in der Berliner Wohnung des Dichters ein Cäsar Flaischlen-Archiv errichtet.

Literatur

Der Jüdische Verlag in Berlin brachte 2 wichtige Arbeiten heraus: *Simon Bernfeld* hat die jüdische Literatur als Historiker beschrieben, und *Joseph Klausner* setzt die Geschichte der klassischen Hebraistik durch seine Geschichte der neuhebräischen Literatur fort. Diese beiden Bücher bilden eine glückliche

Einheit. Bernfeld zeigt das Werden der Heiligen Schriften, das Dichten des jüdischen Volks an seinen Chroniken, seiner lyrischen Schönheit und seiner sittlichen Gerechtigkeit. Er vergißt nicht den Einfluß zu bedenken und zu offenbaren, den diese geweihten Werke auf das Empfinden, das Formsuchen und die Frömmigkeit der ganzen Welt ausgeübt haben. Dabei schreibt er durchaus volkstümlich. Die Propheten wachen in ihren Persönlichkeiten auf. Ihre Darstellung bringt uns hier biographische Lebendigkeit. Diese ganze jüdische Literatur, die bis in die Frühzeit des Christentums hineinreicht, ist eng an die Nation gebunden. Dann werden die Juden über die ganze Erde zerstreut. Sie machen die Qual der Verbannung, der Heimatlosigkeit, der Verfolgung durch. Doch sie festigen sich erst recht in ihrer Liebe zum Schrifttum in der heiligen Sprache. Das Hebräische stirbt nicht aus. Es wird nicht in seiner Entwicklung unterbrochen, wie etwa das Griechische, das unter der den Balkan regierenden Gewalt Herrschaft der Türken schweigen mußte. Es blieb lebendige Sprache, sogar Verkehrssprache. Durch das Hebräische wurde die biblische Weisheit der westlichen Welt gerettet, und auch das Hellenentum und sogar die Gelehrsamkeit orientalischer Denker, Ärzte und Büchersammler kam nur durch das Hebräische nach dem Westen. Jedes europäische Land, die romanischen Länder zunächst, Italien und Spanien besonders, dann aber Deutschland und alles slawische Reich nahm die Juden auf. Sie wurden gemartert, sie wurden gesteinigt, sie wurden verbrannt, sie wurden ins Ghetto gesperrt. Sie dichteten, sie philosophierten trotzdem in hebräischer Sprache, vielleicht gerade deswegen. Die ungeheure Widerstandskraft lebte in den hebräischen Dichtern Salomon Gabirol, Jehuda Halevi, den großen Matadoren der platonischen Lehre und des Liebeslieds und des religiösen Gedichts. Die Renaissance ehrte die Hebraisten jüdischen Glaubens und ihre christlichen Mitforscher. Die Aufklärung erzeugte in ganz Europa die fleißigen Vermittler, die italienische Dichtung übersetzten, die später Schiller und Goethe und Heine in eine gemodelte, in eine modernisierte, durch jahrhundertelangen Gebrauch sehr geschmeidig gewordene Sprache übertrugen; bis zum heutigen Tag, wo all die dunkle Sehnsucht des jüdischen Volkes nach eigenem politischen und kulturellen Leben auf alter jüdischer Erde vom Traum zur Wirklichkeit ge-

führt wird. ◊ Karl Federn hat volkstümlich knapp, aufschlußreich, vertrauenswürdig das Leben des *Dante Alighieri* erzählt /Jena, Erich Lichtenstein'. ◊ Hermann Sinsheimer vertiefte sich mit Innigkeit in das Werk *Heinrich Manns* /München, Verlag der Weißen Bücher,. Da er ein feiner Kritiker ist, da ihm der Horizont ins Weite gegeben wurde, verfällt er nicht in bloßes Anhimeln. Er erklärt, er unterrichtet, er weicht ein. Heil dem Dichter Heinrich Mann, der uns ein vorzügliches Gefährte war, daß er diesen vorsichtig hymnisierenden Anwalt fand!

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Lastkraftwagen Im Reich gibt es eine Menge Bahnstrecken, die alljährlich große Zuschüsse erfordern, weil sie nicht rentabel sind. Früher konnte man sich das leisten, da der Eisenbahnverkehr Überschüsse abwarf. Es liegt aber im Interesse des Reichs jetzt diese Linien einzustellen. Sollen nun dadurch nicht schwere Schädigungen der betroffenen Gebiete und Ansiedlungen hervorgerufen werden, so muß man Ersatz schaffen. Man hat nun vorgeschlagen den Verkehr auf diesen Linien durch Kraftwagen aufrechtzuerhalten. Der Bahnkörper soll unter Umständen zu einer Kraftwagenstraße umgewandelt werden. Man könnte in der Tat solche unrentablen Strecken noch öfter durch Einführung von Akkumulatorenbetrieb rentabel machen. Wo das nicht geht, sollte man auch an die gleislose elektrische Bahn denken. Wählt man den Kraftwagen, so bedeutete dies ein Zurückgreifen auf den alten Vorschlag: für den Zubringerverkehr überhaupt den Kraftwagen zu benutzen. Die Eisenbahnverwaltung ging auf diesem Gebiet nur zögernd vor, weil die alte Bureaukratie im Kraftwagen einer Wettbewerber, nicht eine Hilfe sah. Jetzt zwingen die Verhältnisse zu besserer Einsicht. Diesem Zubringerverkehr hatte August Scherl bei der Propagierung seiner Einschienenbahn eine besonders wichtige Rolle zugewiesen. In Amerika ist er durch den Zwang der Verhältnisse längst zur Tatsache geworden. Man möchte bei der Gelegenheit auch die Fabrikanschlüsse beseitigen, die ja auch tatsächlich oftmals der Entwicklung des Geländes sehr hinderlich sind. Bedingung ist dabei natürlich ein entsprechender Ausbau der Fahrstraßen. Diese sind aber gerade während des

Krieges sehr vernachlässigt worden. Und die Straßenbaukosten sind jetzt so hoch, daß ihre Aufbringung in großen Städten, zum Beispiel in Berlin, zu einem besondern Finanzproblem geworden ist. Wie viel schwieriger ist erst die Neuanlage solcher Straßen! Auch ist zu bedenken, daß die Kosten des Kraftwagenbetriebs die der Eisenbahn erheblich übersteigen. Da aber andererseits der Kraftwagen besser ausgenutzt werden kann, so sind diese höheren Betriebskosten wieder einzusparen.

Der Lastkraftwagenverkehr hat sich in Deutschland infolge des Mangels an Zugtieren und des allgemeinen Strebens nach Mechanisierung der Lastenförderung gewaltig gesteigert. Bis zum 1. Juli 1921 fand eine Zunahme von nicht weniger als 235 % an Lastkraftwagen gegenüber dem Bestand des Jahres 1914 statt. Der Bestand der Personenkraftwagen hat sich in der selben Zeit erst wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit gehoben. Freilich konnten aus den aufgelösten Heeresbeständen Kraftwagen zu günstigen Bedingungen erworben werden, was die Entwicklung stark förderte; aber sicher wird auch ein dauernder Gewinn für die Automobilindustrie bestehen bleiben. Von den Personenkraftwagen dienen 8171 dem öffentlichen Verkehr als Droschken und Omnibusse, 4034 dem Dienst öffentlicher Behörden und 48 760 beruflichen und sonstigen Zwecken. Die meisten Kraftwagen haben 6 oder 13 bis 14 Pferdestärken Leistung. Die 6pferdigen Wagen sind die üblichen Kleinwagen für den Stadtverkehr, die anderen, die mittleren 6sitzigen Personenkraftwagen für den Überlandverkehr. Die Wagen mit höheren Leistungen sind wegen der ungeheuren Kosten des Betriebsmaterials sehr selten. Von den Lastkraftwagen stehen 3739 im Dienst öffentlicher Behörden, 634 in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und 19 877 in dem des Handelsgewerbes usw. Hier überwiegen die Wagen mit 3000 Kilogramm und mehr Eigengewicht, als solche für mindestens 2,5 Tonnen Tragfähigkeit (80%). Landwirtschaftliche Betriebe machen vom Lastkraftwagen noch immer wenig Gebrauch.

Eine ganz andere Ausdehnung hat der Kraftwagenverkehr in Amerika gewonnen. Dort wurden Ende 1921 10,5 Millionen Fahrzeuge gezählt, davon allein 1 Million Lastkraftwagen. Gegen das Vorjahr bedeutet das wiederum eine Steigerung um 14,5%. Auf 10,1 Einwohner entfällt schon ein Fahrzeug. Im Deutschen Reich zählt man heute 1

Kraftfahrzeug auf rund 500 und 1 Personenkraftwagen auf rund 1000 Personen. Man ersieht daraus übrigens, eine wie große Aufnahmefähigkeit die amerikanische Automobilindustrie im eigenen Land hat. Dagegen kommt die Ausfuhr, etwa nach Deutschland, gar nicht in Frage. Nicht wenig trägt dazu bei, daß die amerikanische Landwirtschaft den Kraftwagen sehr stark benutzt, ja, im Verhältnis zur Einwohnerzahl haben die landwirtschaftlichen Gebiete dort viel mehr Kraftwagen als die mit starker Arbeiterbevölkerung. In Staaten wie Süddakota oder Nebraska kommt sogar 1 Kraftwagen auf weniger als 6 Einwohner. In wie hohem Grad die amerikanische Landwirtschaft Automobile benutzt, geht aus den Schätzungen hervor, nach denen sich 33% des amerikanischen Gesamtkraftwagenbestandes in Ortschaften unter 10 000 Einwohnern befinden. In dem rein agrarischen Staat Iowa besaßen 1920 85% aller Landwirte Automobile, mehr als 100 000 hatten an Stelle eines größeren Pferdebestands 2 oder 3 Automobile. Daneben sind noch 15 000 Schlepper und Motorpflüge in Gebrauch, so daß ein Drittel aller Kraftwagen in der Landwirtschaft benutzt wird.

Luftverkehr Die wirtschaftliche Bedeutung des Luftverkehrs tritt in Deutschland vorderhand nur dann in die Erscheinung, wenn die Eisenbahnen versagen, und die Flugzeuge für sie eintreten müssen. An dem deutschen Luftverkehr hat die Deutsche Luftreederei den Hauptanteil, die bereits ihr 4. Betriebsjahr eröffnet hat. Einschließlich ausländischer Strecken, die von der Reederei nur organisiert, aber mit fremden Flugzeugen betrieben werden, hat das Netz heute eine Gesamtlänge von 3095 Kilometer und erstreckt sich von Rotterdam bis nach Reval. 1921 sind auf diesem Netz 2325 regelmäßige Flüge ausgeführt worden, daneben über 3000 Sonder- oder Rundflüge, und dabei wurden insgesamt über 800 000 Kilometer zurückgelegt. Die frequentiertesten Strecken sind Berlin-Braunschweig-Essen - Dortmund, Hamburg - Rotterdam und Danzig-Riga-Reval. Der Verkehr wurde durch die Ungunst des Winterwetters nicht wesentlich behindert. Die Zuverlässigkeit der Flüge ist bereits sehr groß, denn auf 5220 ausgeführte und beendete Flüge entfallen nur 87, die nicht angetreten werden konnten, und 108, die unterbrochen werden mußten. An Unfällen, bei denen Personen verletzt wurden, waren nur 4 zu verzeichnen; ge-

tötet wurde niemand. Auf je 100 000 Kilometer Luftweg entfallen nur 0,6 Personenschäden, das heißt etwa halb so viel wie bei der Eisenbahn, wenn man dort die Beamten einschließt. Die Flüge wurden im Mittel von 45 Flugzeugen und 46 Führern ausgeführt. Auf ein Flugzeug kam nur in den besten Sommermonaten 2000 Kilometer Leistung, so daß die Ausnutzung des Betriebs und damit die Wirtschaftlichkeit noch sehr erheblich gesteigert werden kann. Von Bedeutung war der Luftpostverkehr für die Zeitungen. Nimmt man ihn zu Hilfe, so können die Berliner Abendausgaben, die bis 3 Uhr herauskommen, um 6 Uhr in Dresden verteilt werden, was namentlich für Börseninteressenten großen Wert hat.

Es wird beabsichtigt alle Hauptstädte Europas durch Luftverkehr unter einander zu verbinden. Der englische Flugsachverständige Major W. T. Blake teilt mit, daß der Luftdienst zwischen London und Irland ausgebaut, der tägliche Verkehr zwischen London und Paris bis nach der Schweiz ausgedehnt und ein ständiger Dienst zwischen London und Brüssel eingerichtet werden wird. Frankreich wird seinen Luftverkehr sehr weit ausdehnen: nach London, Brüssel, Amsterdam, auch nach Tschechien, Polen, Marokko, über Marseille, Genua nach Konstantinopel. Dänemark kauft in Deutschland Maschinen zur Einrichtung eines Flugverkehrs über ganz Skandinavien; Portugal will über Valladolid und Bordeaux einen Verkehr zwischen Lissabon und Paris, von Lissabon nach Oporto, Madrid und Faro einrichten.

Drahtlose Telegraphie

Gegenüber der Vorkriegszeit hat die Zahl der drahtlosen Schiffsstationen eine Verdreifachung erfahren; es sind ihrer jetzt fast 14 000 vorhanden, während die Küstenstationen nur um etwa 40% auf fast 1000 angestiegen sind, was die Abwicklung des Verkehrs sehr erschwert. Seit 1919 muß jedes Schiff von über 1200 Tonnen, das englischer Herkunft ist oder einen englischen Hafen anläuft, mit drahtloser Telegraphie ausgestattet sein. An Bord großer Personendampfer werden zur Ergänzung des Funkensenders Röhrensender für ungedämpfte Schwingungen von mehreren Kilowatt Antennenleistung benutzt, die auch, wenigstens für kleinere Entfernungen, das drahtlose Fernsprechen gestatten. Wichtigkeit gewinnen auch die elektrischen Peileinrichtungen zur Bestimmung des Schiffsorts. Man stellt solche Peiler

entweder wie in Amerika an Land auf oder an Bord. Bei Landstationen ist die technische Lösung mit einer 800 Meter-Welle verhältnismäßig einfach, aber sie hat den Fehler, daß der Kapitän den Schiffsort telegraphisch von der Landstation erhält; im andern Fall sind die technischen Schwierigkeiten recht groß, dagegen gewinnt der Kapitän seinen Ort durch eigene Messungen. Es steht zu erwarten, daß in dieser Hinsicht sehr bald bessere Einrichtungen in Gebrauch kommen. Sehr beachtenswert sind die Apparate, die Graf Georg von Arco auf der 23. Hauptversammlung der Schiffbautechnischen Gesellschaft im November vorigen Jahres zeigte. Es waren Glockenapparate für Notsignale und für Stationen, die nicht ununterbrochen mit einem Telegraphisten besetzt zu sein brauchen. Die Glocke spricht nur auf solche Sender an, die den Anruf in einer ganz bestimmten Zeichenfolge geben, nicht aber, wenn Telegramme in der Nähe gewechselt werden, oder eine Station absichtlich stört.

Schiffbau

Von immer größerer Bedeutung für den Schiffbau wird die Frage nach den Schiffsabmessungen. Die Wirtschaftlichkeit der Schiffsbenutzung ist bei großen Abmessungen eher gegeben; die Häfen, Kanäle, Schleusen und Docks aber werden dadurch sehr erheblich teurer. Dabei ist es aber auch nicht gleichgültig, ob bei großen Abmessungen größere Breite oder größere Tiefe gewählt wird. Größerer Tiefgang verteuert die Docks ganz gewaltig; die Kosten eines Docks nehmen mit der 3. Potenz des Tiefgangs zu. Auch die Häfen, Kanäle und Schleusen werden bei großem Tiefgang sehr teuer. Andererseits ist eine zu große Schiffsbreite unvorteilhaft, weil dadurch die Steifigkeit des Schiffes stark wächst, und unangenehm harte Schlingerbewegungen auftreten. Neuerdings ist man allerdings geneigt mehr als bisher in die Breite zu bauen; die amerikanischen technischen Zeitschriften beschäftigen sich stark damit. Anlaß dazu gab der deutsche Schlachtschiffbau, der, weil er mit den seichten Wattmeeren des Nordens rechnen mußte, keine zu tiefen Schiffe konstruieren durfte. Die Amerikaner haben sich diese Erfahrung zu eigen gemacht und finden, daß nicht allzu breite große Schiffe keine zu schlechten Eigenschaften aufweisen. Man muß nur darauf achten, daß Breite und Tiefe nicht in einem Mißverhältnis zu einander stehen. Der Quotient beider Zahlen bei den gro-

ßen deutschen Schiffen beträgt 2,3. Bei den amerikanischen, den Pazifischen Ozean befahrenden Dampfern ist die Verhältniszahl größer; sie geht bis zu 2,4; in einzelnen Fällen war sie auch noch höher, sogar bis 2,6, und bei dem Vaterland bis zu 3. Man rechnet, daß man beim Ausbau neuzeitiger Docks und Häfen bis zu 350 Meter Länge, 40 Meter Breite und 13,8 Meter Tiefgang wird gehen müssen, und glaubt, daß in den nächsten Jahrzehnten Hafentiefen von 18 Meter erreicht werden dürften. Die Dominien Royal Commission fordert in ihrem Bericht vom Jahr 1918 als Hafenmindesttiefen: 10 Meter auf dem Weg von England nach Ostasien und Australien über den Suezkanal; 10,35 Meter auf dem Pazifischen Ozean vom westlichen Canada nach Neuseeland und Australien; 11,6 Meter von England nach dem östlichen Canada, außerdem von England nach Neuseeland und Australien über Kapstadt und schließlich von England nach Neuseeland und Australien über Halifax, Jamaica und den Panamakanal.

Für die Wirtschaftlichkeit spielt im modernen Schiffbau vor allem der Herstellungspreis, sodann aber auch das Verhältnis der Bau- zu den Betriebskosten, ferner natürlich die voraussichtliche Lebensdauer eine ausschlaggebende Rolle. Bei Eisenbetonschiffen hebt das ungünstige Verhältnis von Eigengewicht zu Tragfähigkeit oft den Vorteil geringer Baukosten auf; die spezifischen Betriebskosten werden größer als die Ersparnisse an Zinsen und Tilgung. Für kleinere Eisenbetonschiffe ist die geringste Wanddicke, die man anwenden kann, 5 bis 10 Zentimeter. Bei großen Schiffen bekommen die Eisenbewehrungen die Maße der Schiffsverbände eiserner Schiffe. Für das Verhältnis der Eigenlast zur Nutzlast ergibt sich ein Mindestwert bei 4000 Tonnen Tragfähigkeit. Auch bei Eisenschiffen erhält man einen Mindestwert für das Verhältnis Eigengewicht zu Nutzlast; er liegt oberhalb 10 000 Tonnen Tragfähigkeit. Das Verhältnis von Tragfähigkeit zu Verdrängung ist bei Eisenbetonschiffen zwischen 3000 und 4000 Tonnen am günstigsten. Bei Flußschiffen sind die Verhältnisse anders, weil andere Bedingungen maßgebend sind. Für sie scheint der Eisenbeton bei 500 bis 1000 Tonnen Tragfähigkeit die günstigsten Verhältnisse aufzuweisen, wenn sie genug Tiefgang haben können, außerdem für Pontons, Docks usw., bei denen das Eigengewicht ja keine große Rolle mehr spielt.

Totenliste

Der Direktor des Zentralamts für internationalen Eisenbahntransport, der ehemalige schweizerische Bundespräsident *Ludwig Forrer*, ist Ende September 1921 in Bern, 76 Jahre alt, gestorben. Der Tod *Bernard Huldermanns*, des Direktors der Hamburg-Amerika-Linie, ist hier bereits in der Rundschau Wirtschaft (in diesem Band, Seite 457) mitgeteilt worden. Der Verstorbene gehörte als Leiter der größten deutschen Reederei zu den Führern der Seeschifffahrt.

Kurze Chronik Der Seeschiffsverkehr in Hamburg hat sich gegenüber 1920 verdoppelt, ge-

genüber 1919 vervierfacht. Dabei weist das Jahr 1921 eine ununterbrochene Steigerung auf. Der Schiffsverkehr betrug 1921 der Tonnenzahl nach etwa 2 Drittel des Verkehrs von 1913. Ähnlich günstig liegen die Verhältnisse in den bremischen Weserhäfen. Auch auf die Ostsee erstreckt sich die günstige Wirkung. $\diamond$ In der Klage der Stadt Berlin gegen die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft wegen Fortführung der *Schnellbahn* Gesundbrunnen-Neukölln hat einstweilen das Kammergericht zugunsten der Gesellschaft entschieden. Sie braucht den Bau nicht zu vollenden. Doch ist nicht gesagt, was mit dem bestehenden Torso werden soll, und wie die für den Bau benutzten Straßen in gebrauchsfähigen Zustand zu versetzen sind. Selbst diese Arbeit würde nach den Schätzungen vom 1. April dieses Jahres bereits einen Kostenaufwand von 27 Millionen Mark erfordern. $\diamond$ Seit Beginn der britischen Okkupation wurden in *Palästina* 227 Kilometer Eisenbahnen neu gebaut und 144 Kilometer wiederhergestellt.

Literatur

Im Bannkreis von Nauen betitelt sich ein Buch *Arthur Fürsts* / Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Es ist der Hauptsache nach eine leichtverständliche und unterhaltsame Wiedergabe aller in Frage kommenden Veröffentlichungen über das Thema, vor allem aus der Telefunkenzeitung, den Prospekten, Beschreibungen und Gebrauchsanleitungen der Firmen für drahtlose Telegraphie usw. Dinge, die alle sonst nicht jedem zugänglich sind. Das Buch, das vom dem Verlag schön ausgestattet ist, dürfte einem erheblichen Interesse begegnen. Bei der dauernd steigenden Bedeutung der Funkentelegraphie sind ihm viele Leser sicher; sie werden nicht enttäuscht werden.